

Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen, wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Die Redaktion

Teil E

Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E VI)

E. a) Themen global, die uns auch bewegen **Seiten E 1 – E 20**

- 01) Jahrhundertverbrechen fliegt gerade auf | Teil 14: Panikmache mit Fotos zu Beginn der „Pandemie“ jetzt als gezielte Irreführung entlarvt
- 02) Neuseeland: Ab 2025 „Furzsteuer“ auf Rinder-Emissionen
- 03) Mit zweierlei Maß: Gute und böse Referenden und die regelbasierte US-Ordnung. Von PETER HAISENKO
- 04) Philanthropische Subversion III: Ungarns Soros-Opposition mit ausländischem Geld finanziert. Von Károly Villányi und Tamás Jakubász
- 05) An Skurrilität nicht zu überbieten – Asia Winterspiele 2029 in Saudi-Arabien
- 06) Biden befürchtet atomares „Armageddon“ – Selenski fordert „Präventivschläge“ gegen Russland
- 07) NYT und Biden: „Orban ist weltweit Vorbild für die Rechte“. Von ELMAR FORSTER

E. b) 2 Sonderthema Corona-Pandemie **Seiten E 21 – E 22**

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

E. c) Wanderungen und Einwanderungen **Seite E 23**

Keine Berichte

E. d) Länder weltweit – im Überblick **Seiten E 24 – E 44**

- 01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 17.10.2022
- 02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 13.10.2022
- 03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 10.10.2022
- 04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 06.10.2022

E. e) Europa, Europa und die Welt **Seiten E 45 – E 51**

- 01) Gazprom-Chef: „Keine Garantie, dass Europa den Winter überlebt“
- 02) US-Außenminister: Nord-Stream-Gaslecks sind „riesige Chance“
- 03) Nord Stream kann zeitnah repariert werden – Pipeline-Röhren-Lager auf Rügen

Europäische Union (EU) (Seiten E 49 – E 51)

- 04) Die Schlinge zieht sich enger: Jetzt ermittelt auch die neue EU-Staatsanwaltschaft
- 05) Double-Measures der EU-Eliten: Brüsseler-Tintenbug weiter bei 23,3 Grad Celsius wohligh warm

E. f) Mitteleuropa

Seite E 52

Keine Berichte

E. g) Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 53 – E 105

BENELUX-LÄNDER (Seite E 53)

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 54– E 72)

- 01) Ehrung als Zeichen der Zeit – Baerbock ist „Politikerin des Jahres“
- 02) „Chemische Industrie“-Chef warnt: „Deutschland wird zum Industrie-Museum werden“
- 03) Habecks „Prophezeiungen“- 2023 Wirtschaftsleistung sinkt, Inflation wird steigen
- 04) Episode 1 - Putin ist nicht der einzige Verrückte im Kreml. Von Ed Koch
- 05) Trotz und nicht wegen - die Wahl in Niedersachsen. Von Ed Koch
- 06) Landtagswahl Niedersachsen: GroKo praktisch abgewählt – Rot-Grün kommt – AfD mit kräftigem Plus – FDP fliegt raus
- 07) Wir sind am Arsch. Von Ed Koch
- 08) Deutschlands Krankenhäuser vor der Zahlungsunfähigkeit
- 09) Geheimpapier enthüllt Regierungsmaßnahmen gegen „Desinformation“ und Einbindung von Schnüffel-Portalen wie „Correctiv“
- 10) ZurZeit-Podcast: „Kinder an der Macht“ – ein Traum wird zum Alptraum. Von WERNER REICHEL
- 11) Bäcker-Sterben: Serienpleiten dank rot-grünem Wirtschafts-Wahnsinn
- 12) Meinungsmacher. Von Ed Koch

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 73 – E 83)

- 13) Berlin kann auch anders.
Zusammenfassung, Kommentierung und Fotos: Ed Koch
- 14) Gedeckelt - Der Gasometer in Berlin-Schöneberg.
Zusammenstellung und Kommentierung von Ed Koch
- 15) Mit voller Energie 175 Jahre Gasag. Von Ed Koch

- 16) Bundesverfassungsrichter zu Berliner Wahl: „Zustände wie in einer Diktatur“. Von ELMAR FORSTER
17) Zu Lande, in der Luft und jetzt auch auf dem Wasser. Von Ed Koch

Österreich (Seiten E 84 – E 92)

- 18) US-Fitch-Ratings lässt Bombe vor Präsidenten-Wahl platzen: Österreich auf „negativ“ herabgestuft
19) Österreich: Wie demokratisch ist die Bundespräsidentenwahl?
20) Sorge um Österreich: Warum Pensionist Hubert (81) Dr. Walter Rosenkranz wählt (Video)
21) Österreich-Wahl: Van der Bellen – Systemkandidat als Spalter der Gesellschaft

Südtirol (Seiten E 93 – E 103)

- 22) Giorgia Meloni gefährdet deutsche Minderheiten in Südtirol und im Trentino! Hilferuf nach Bayern! PRESSEAUSSENDUNG

Schweiz (Seiten E 104 - E 105)

- 23) Schweiz: Regierung setzt Burka-Verbot um

E. h) Ostmitteleuropa

Seiten E 106– E 123

Polen (Seite E 106)

Keine Berichte

Tschechien (Seiten E 107 – E 110)

- 01) Regierungskoalition verteidigt Mehrheit im tschechischen Senat
02) Ein Viertel aller tschechischen Senioren lebt am Rande der Armut

Ungarn (Seiten E 111 – E 123)

- 03) Ungarischer Gedenktag 1849: „Zerschlagt die Throne! Hängt die Fürsten auf!“ – Ein Menetekel für die linken EU-Eliten?
Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER
04) Radio-Interview mit Viktor Orbán

E. i) Osteuropa

Seiten E 124 – E 128

Ukraine (Seiten E 124 – E 128)

- 01) Musk verbietet Starlink – Nutzung für „russische“ Krim
- 02) BR Ofner: „Nicht nur russische Kriegsverbrechen aufklären“

E. j) Kaukasusgebiet

Seite E 129

Keine Berichte

E. j) Südosteuropa

Seite E 130

Keine Berichte

E. k) Süd- und Westeuropa

Seiten E 131 – E 133

Frankreich (Seiten E 131 - E 133)

- 01) Frankreich empört über „astronomische“ Preise für US-Flüssiggas
- 02) Streiks in französischen Ölraffinerien weiten sich aus – Engpässe an Tankstellen

E. l) Nordwest- und Nordeuropa

Seiten E 134 – E 138

Dänemark (Seiten E 134 - E 135)

- 01) Bornholm ohne Strom – ist Unterseekabel schuld?

Schweden (Seiten E 136 – E 138)

- 02) Schweden: Rechts-liberale Minderheits-Regierung steht: Rechte Schwedendenokraten erhalten Duldungsrecht
- 03) Schweden verweigert Ergebnisweitergabe zu Nord-Stream Explosionen an Russland

Seite E VI zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 826 vom 20.10.2022

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	<i>Seite E 139</i>
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	<i>Seite E 140</i>
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	<i>Seite E 141</i>
„Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte	<i>Seite E 142</i>
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	<i>Seite E 143</i>
Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	<i>Seite E 144</i>

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1 – E 20

01) Jahrhundertverbrechen fliegt gerade auf | Teil 14: Panikmache mit Fotos zu Beginn der „Pandemie“ jetzt als gezielte Irreführung entlarvt

12. 10. 2022



Wir schreiben den April 2020 – Die bereits im Jahr 2019 geplante und gut vorbereitete „Pandemie“-Hysterie erreicht ihren vorläufigen Höhepunkt: Fake-Fotos von Särgen gehen um die Welt und das „Bild aus Bergamo“ sollte weltweit für Panik sorgen. Auf dem „Katastrophenbild“ soll ein Konvoi von Militär-LKWs ganze Leichenberg aus der italienischen Stadt wegtransportiert haben.

„Schutzmaßnahmen“ nach inszenierter Panikmache

Die Inszenierung lief nahezu perfekt, weltweit wurden mit „Schutzmaßnahmen“ die Bevölkerung terrorisiert. Maßnahmen, die ohne konzertierte Panikmache der gleichgeschalteten und von der Politik finanziell am Leben gehaltenen Mainstream-Medien undenkbar wären. Ausgangssperren wurden als „Lockdown“ verharmlost, Anständige Leute wie Verbrecher behandelt, wenn sie da nicht mitmachen wollten.

Einzig die Schweden machten da bis heute nicht mit, mit dem Resultat, dass dieses Land sowohl was die Neuinfektionen als auch die Anzahl der Opfer betrifft, weitaus besser dasteht als Länder wie Deutschland oder Impfrekord-Länder wie Portugal. Diese Tatsache scheint aber Leute wie Lauterbach nicht zu daran hindern, weitere Disziplinierungen für den Herbst gerade anzukurbeln – man verlässt sich auf die „erfolgreiche“ Gehirnwäsche der letzten zweieinhalb Jahre, die ein Heer von Verblendeten und Verwirrten züchtete. Der Wahnsinn soll offenbar nie enden.

Betrügereien mit Fotos aufgedeckt

Jetzt, zweieinhalb Jahre später wissen wir, dass die Situation, die vom „Bild aus Bergamo“ abgebildet wird, in Wirklichkeit gar nicht so dramatisch war, wie die halbe Welt



Das „Foto von Bergamo“

damals glaubte, schreibt *exxpress.at*. Zu jenem Zeitpunkt gab es in Italien nicht mehr Tote als bei manchen herkömmlichen Grippewellen und auch keine „Leichenberge“, wie dramatisch verbreitet wurde. Es waren schlicht und einfach die damalige Unwissenheit und Angst, die die italienischen Verantwortlichen dazu trieben, die Opfer des „Killervirus“ sofort einäschern zu lassen, berichtet jetzt dazu das Kulturjournal auf „Bayern 2“.

Weil das Krematorium in Bergamo aber nicht genug Kapazitäten dafür hatte, wurden die Leichen auch in umliegende Orte gebracht – eben mit jenen Militärlastwagen (insgesamt 13), die auf dem berühmten Foto zu sehen sind. Das „Bild aus Bergamo“ schuf demnach eine eigene aufgebauschte Realität. Damit man auch die unzähligen Säрге zu sehen bekam, zeigte man Bilder von Hallen voll mit Särgen. Auch hier wurde Betrogen was das Zeug hält (siehe Bild). Die dazu präsentierte Totenhalle war gar nicht in Bergamo, sondern in Lampedusa und das sieben (!) Jahre früher. Damals waren es ertrunkenen Flüchtlinge die es zu betrauern galt.



Medien gingen auch 2021 mit Panikfotos hausieren

Die Mainstreammedien entblödeten sich nicht, die getürkte Panikmache selbst ein Jahr später noch zu verbreiten. Wie haben hier ein Musterbeispiel solcher Fake-News herausgegriffen, da die Überschrift des Artikels am „Jahrestag“ des Panikbildes, am 18. März 2021 (!) in einer Unerhörtheit der Extraklasse gipfelte: Ausgerechnet „Momente der Wahrheit“ hieß es da. Hier ein Screenshot dazu:

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Neuseeland: Ab 2025 „Furzsteuer“ auf Rinder-Emissionen

11. 10. 2022



Premierministerin Ardern treibt den Great Reset weiter voran

Neuseelands linke Premierministerin Jacinda Ardern kündigte an, das von Kühen ausgestoßene Methan und Lachgas ab 2025 zu besteuern. In Neuseeland leben etwa 6,3 Millionen Kühe, die Landwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftszweig des Inselstaates im Südpazifik. Die „Furzsteuer“ wird mit dem Kampf gegen den angeblich ausschließlich vom Menschen verursachten Klimawandel begründet:

„Die Reduzierung der Emissionen wird den neuseeländischen Landwirten helfen, nicht nur die Besten der Welt, sondern auch die Besten für die Welt zu sein“, sagte Ardern.

Doch der Klimawandel ist nur ein billiger Vorwand. Ardern ist eine Verfechterin des Great Resets und zögerte nicht, während der Corona Krise ihren Landsleuten rigide Freiheitseinschränkungen aufzuzwingen. Und nun, mit der angekündigten Steuer auf die Emissionen der Rinder, soll dem angeblich „klimaschädlichen“ Fleischkonsum zu Leibe gerückt werden. Denn es ist klar, dass die Landwirte die Steuer an die Verbraucher weitergeben werden. Und viele kleine und mittlere Landwirtschaftsbetriebe werden wohl aufgeben müssen, wovon wiederum die Lebensmittelindustrie profitieren wird.

Vor den Auswirkungen der Pläne Arderns auf Neuseeland warnt denn auch Andrew Hoggard, Präsident der Landwirte Vereinigung Federated Farmers National:

„Der Plan der Regierung bedeutet, dass die kleinen Städte wie Wairoa, Pahiatua, Taumarunui – so ziemlich die gesamte Ostküste und die zentrale Nordinsel und ein guter Teil der Spitze des Südens – schneller von Pinien umgeben sein werden.“

Außerdem bezweifelt Hoggard, dass die neue Steuer zu einer Abnahme der Treibhausgasemission führend wird.

Die Beitrag erschien zuvor auf [ZURZEIT](#) unsere Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Mit zweierlei Maß: Gute und böse Referenden und die regelbasierte US-Ordnung

Von PETER HAISENKO

09. 10. 2022



Bild: shutterstock

Die Mitglieder der UNO haben sich bei der Gründung auf ein Regelwerk geeinigt, das Völkerrecht, das vorsieht, dass alle Mitglieder gleichberechtigt miteinander umgehen können. Einige sind aber „gleicher“ und die dürfen UN-Beschlüsse verhindern. Das hat den USA auf Dauer nicht ausgereicht und so haben sie ihre „regelbasierte Ordnung“ zu ihrem Vorteil erfunden. Die ist aber nicht im Einklang mit dem Völkerrecht, das in den UN-Regeln festgelegt worden ist.

Auch die USA haben sich verpflichtet, das UN-Völkerrecht einzuhalten. Wir wissen heute, dass sie diese Verpflichtung als lästige Lappalie ansehen und nur darauf drängen, dass sich alle anderen daran halten. Um ihrem eigenen Verhalten eine Scheinlegalität zu geben,

haben sie die „regelbasierte Ordnung“ erfunden, deren „Regeln“ ausschließlich von ihnen selbst bestimmt werden. Die aber werden andauernd nach Belieben geändert, so, wie es den Imperialisten in Washington gerade zu Pass kommt. „Verstößt“ jemand gegen diese willkürlichen „Regeln“, schreien sie Zeter und Mordio, obwohl diese „Regeln“ nichts mit dem Völkerrecht gemein haben, zu deren Einhaltung sie sich dereinst verpflichtet haben. Ihr Verhalten ist in etwa so, wie das eines Mafia-Bosses, der zwar für sich den Schutz des Gesetzes einfordert, wenn es für ihn von Vorteil ist, sich selbst aber über diese Gesetze stellt, wenn sie für ihn lästig sind.

Die Gewalthistorie der USA

Das Konstrukt USA ist aufgebaut auf Eroberung, Gewalt, Mord, Völkermord und Krieg, Hinterlist und Betrug. Das Rechtssystem und das allgemeine Bewusstsein tragen immer noch die Merkmale der Allmacht der Dorfpolizisten. Alaska wurde gekauft und niemand hat die Bevölkerung gefragt, ob sie das will. Die südlichen Bundesstaaten sind mit Gewalt von Mexiko abgetrotzt worden. Seit mehr als 200 Jahren führen die USA unablässig Kriege, die aber mit einer Ausnahme nie das eigene Territorium berührt haben, Diese Ausnahme ist der Krieg gegen die Südstaaten, der die gewaltsame Annexion für immer fixiert hat. Das ist also das Land, das sich anmaßt, über Regeln bestimmen zu wollen, die für den Rest der Welt gelten sollen. Das Land, dass sich gefahrlos in alle Kriege einmischen konnte, weil ihr eigenes Land auf der großen Insel zwischen Pazifik und Atlantik nie durch diese Kriege direkt betroffen war. Die Kriegsproduktion konnte immer ungestört laufen und ohne diese funktioniert die US-Wirtschaft nicht.

Die regelbasierte Ordnung der USA trieft nur so von lauter Doppelmoral. Nehmen wir dazu einige Beispiele von Referenden, die zu Sezessionen geführt haben. Und nein, ich werde hier nicht tiefer auf den Kosovo eingehen, denn dort gab es kein Referendum und dieser Vorgang ist reiflich bekannt. Ich stelle vielmehr einige Referenden vor, die im Geschichtsbewusstsein kaum vorhanden sind. Es sind dies Referenden, die vom Wertewesten nicht nur anerkannt, sondern sogar unterstützt und bejubelt wurden.

Die Auflösung der UdSSR:

- Am 28. Juli 1989 erklärte der Oberste Sowjet Lettlands seine Souveränität; am 3. März 1991 fand eine „Wahlbefragung über die Unabhängigkeit“ statt (88 % Zustimmung), deren Ergebnisse jedoch irrelevant sein sollten.

- Am 11. März 1990 erklärte der Oberste Rat Litauens seine Souveränität, und am 9. Februar 1991 fand eine Abstimmung über die Unabhängigkeit in Form einer Volksbefragung statt (90 % Ja-Stimmen), deren Ergebnis das Parlament entgegen der internationalen Rechtspraxis als Referendum anerkannte.

- Am 30. März 1990 erklärte der Hohe Rat Estlands seine Souveränität, und am 3. März 1991 wurde über die Unabhängigkeit abgestimmt (78 % Ja-Stimmen), wobei nur „Rechtsnachfolger“ (Personen, die vor 1940 die estnische Staatsbürgerschaft besaßen, und deren Nachkommen) und Personen mit „grünen Karten“ (die den Befürwortern der Unabhängigkeit verliehen wurden) abstimmen konnten.

- Im Rahmen der „Parade der Souveränität“ wurden in anderen Republiken Referenden über die Unabhängigkeit abgehalten, da die Verfassung der UdSSR verletzt und die Ergebnisse des gesamttrussischen Referendums vom 17. März 1991 ignoriert wurden. (76 % sprachen sich für die Beibehaltung der UdSSR als erneuerte Föderation souveräner und gleichberechtigter Republiken aus.)

- Das Gesetz der UdSSR über das Verfahren zur Entscheidung von Fragen im Zusammenhang mit der Abspaltung von Republiken sah vor, dass die Teilrepubliken das Recht hatten, selbst zu entscheiden, ob sie in der UdSSR bleiben wollten. Bei einem Referendum in Georgien (60 % für die Unabhängigkeit) wurde dieses Erfordernis jedoch nicht beachtet. Abchasien und Südossetien hielten 1999 Referenden ab (97,5 % für die Unabhängigkeit von Georgien), Südossetien 1992 und 2006 (beide Male 99,9 % für die Unabhängigkeit), und Russland erkannte die Unabhängigkeit beider Länder 2008 an.

Alle diese Referenden standen nicht in Einklang mit der Verfassung der UdSSR.

Ich stelle folglich fest: Der Kreml in Moskau hat stets die Ergebnisse von Referenden anerkannt, auch wenn deren Entstehung unter zweifelhaften Umständen stand und seinen Interessen zuwider lief. Die USA, der Wertewesten, hat sie ebenfalls anerkannt, solange sie dem Ziel dienten, das Territorium der ehemaligen Sowjetunion zu verkleinern, zu zerschlagen.

Die Auflösung Jugoslawiens:

- Das slowenische Parlament erklärte am 2. Juli 1990 seine Souveränität, am 23. Dezember 1990 fand ein Referendum über die Unabhängigkeit statt (88,5 % Ja-Stimmen), und am 25. Juni 1991 erklärte Slowenien seine Abspaltung von Jugoslawien.

- Am 19. Mai 1991 hielt Kroatien ein Referendum über die Abspaltung von Jugoslawien ab (90 % Ja-Stimmen); am 15. Juni 1991 verabschiedete das kroatische Parlament eine Resolution zur Abspaltung von Jugoslawien; im Januar 1992 erkannten die EU-Länder die Unabhängigkeit Kroatiens an. Kroatien ist jetzt Mitglied der Europäischen Union und der NATO.

- Am 8. September 1991 fand in Mazedonien ein Referendum über die Abspaltung von Jugoslawien statt (74 % Zustimmung), und am 17. September 1991 erklärte das Parlament Mazedonien zu einem unabhängigen Staat.

- Am 15. Oktober 1991 verabschiedete das Parlament von Bosnien und Herzegowina ein Memorandum über die Souveränität; zwischen dem 29. Februar und dem 1. März 1992 fand trotz eines Boykotts durch die örtlichen Serben ein Referendum über die Unabhängigkeit statt (63 % Zustimmung).

Die USA, der Wertewesten, waren nicht nur federführend bei der Zerschlagung Jugoslawiens, sie haben die Referenden vorbehaltlos anerkannt. Russland hat sie auch anerkannt, wenn auch zähneknirschend. Warum also sollte Russland jetzt die Referenden in der Ostukraine nicht anerkennen? DAS wäre genau die Doppelmoral, die der Westen traditionell praktiziert.

Der Beitritt von Texas zu den USA:

Obwohl es sich um ein Beispiel aus dem 19. Jahrhundert handelt, will ich nochmals auf Texas hinweisen. Und zwar deswegen, weil der Ablauf so sehr dem gleichkommt, was wir gerade in den ukrainischen Ostprovinzen beobachten können.

Texas gehörte zu Mexiko, bis von den USA unterstützte amerikanische Siedler revoltierten und die Kontrolle über den gesamten Staat übernahmen. Im Jahr 1836 verkündete ein Konvent von „Vertretern des texanischen Volkes“ die Trennung von Mexiko. Texas

versuchte, sich den USA anzuschließen, aber das Weiße Haus lehnte die Idee ab. Als sich Texas jedoch als unabhängiger Staat etablierte, änderte es seine Meinung und integrierte es 1845 in seinen Staatenverbund, was zu einem Krieg mit Mexiko führte, den die USA gewannen (1846–1848).

Der Westen scheut den Gang vor Gericht

Die Sezession der Krim von der Gewaltherrschaft Kiews und der folgende Beitritt zur russischen Föderation wird vom Westen beharrlich als Annexion bezeichnet. Wenn man aber in Washington oder London von dieser Sichtweise überzeugt wäre, dann hätte man sofort den Weg zum internationalen Gerichtshof in Den Haag beschritten. Hat man aber nicht, weil abzusehen war, dass sich dieses Gericht mit seinem Urteil zum Kosovo selbst einen Präzedenzfall gesetzt hat und so seinem eigenen Urteil kein gegensätzliches entgegenstellen wird. Aber auch ohne das Kosovo-Urteil hätte man in Den Haag nicht anders gekonnt, als die Rechtmäßigkeit dieser Sezession gemäß Völkerrecht anzuerkennen. Vergessen wir nicht: Im Kosovo gab es nicht einmal ein Referendum und der Westen erkennt die Sezession an.

Das ist also die „regelbasierte Ordnung“ der USA, die nicht einmal sich selbst treu bleibt. Die USA wissen, dass sie sich niemals einem internationalen Gericht stellen können, angesichts ihrer unzähligen Angriffskriege gegen Länder, die ihnen nichts angetan haben, außer sich ihren Befehlen zu widersetzen. Sie verstoßen fortlaufend gegen die Regeln des Völkerrechts und um dem den Anschein der Rechtmäßigkeit zu verleihen, haben sie ihre eigene regelbasierte Ordnung erfunden. Unter diesem Mäntelchen erdreisten sie sich, gegen alle Sanktionen zu befehlen, die sich ihnen nicht bedingungslos unterwerfen. Dass das jenseits jeglichen Völkerrechts geschieht, muss nicht weiter ausgeführt werden.

Putin handelt juristisch einwandfrei

Unisono schreit der Westen, man werde die Referenden in der Ostukraine nicht anerkennen. Nach den wenigen Beispielen, die ich hier angeführt habe und die keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben (zum Beispiel fehlt hier [Osttimor](#)), kann nicht einmal mehr von Doppelmoral gesprochen werden. Es ist schiere Willkür. Referenden werden „anerkannt“, wenn sie dem Ziel des Machterhalts des US-Imperiums dienen. Wenn aber Menschen für eine Sezession stimmen, weil sie ihr Leben und ihre Kultur retten wollen, endlich in Frieden leben wollen, dann ist das böse und darf nicht anerkannt werden. Der Westen ist dabei derart arrogant, dass er nicht einmal erwägt, das von einem internationalen Gericht bewerten zu lassen. Es reicht, wenn wir, die Guten, das sagen.

Wenn es gegen Russland geht, bedarf es keiner Beweise. Washington sagt, Putin war´s, dann ist das so und nicht anders. [Wie bei MH 17](#). Dieser Fall hat es allerdings bis zu einem niederländischen Gericht geschafft. Der Prozess steht aber seit mehr als einem Jahr still, weil sich die USA weigern, der Anordnung dieses Gerichts Folge zu leisten und ihre angeblichen Beweise vorzulegen. Dabei steht für sie nicht mehr auf dem Spiel, als der Lügen überführt zu werden. Na ja, das wäre nicht das erste mal. Aber solange nicht offiziell geklärt ist, wer für diesen Abschuss wirklich verantwortlich ist, kann man weiterhin behaupten, Putin war´s und die westlichen Monopolmedien applaudieren.

Die Doppelmoral des Wertewestens ist unerträglich. Es kann keine guten oder bösen Referenden geben. Es kann aber gute oder böse regelbasierte Ordnungen geben, denn diese sind reine Willkür. Ganz gleich, wer diese für sich reklamiert. Das Völkerrecht ist geschaffen worden, um genau das zu verhindern: Willkür gegenüber schwächeren. Heute muss man sagen, vermeintlich schwächeren, denn Russland hat seine Muskeln wieder

aufgebaut. Zum reinen Selbstschutz und dem der russischstämmigen, wenn diese von Völkermord bedroht sind. Das ist der Fall in der Ostukraine und so hat Russland nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, hier einzuschreiten. Der gelehrte Jurist Putin führt den Wertewesten gerade vor, indem er alle seine Aktionen streng nach Völkerrecht durchführt und die regelbasierte Ordnung der USA dorthin verweist, wo sie hingehört: In den Müllimer der Geschichte.

Dieser Artikel erschien zuerst auf [AnderweltOnline.com](https://www.anderwelt.com)



Zum Autor: Peter Haisenko ist Schriftsteller, Inhaber des [Anderwelt-Verlages](https://www.anderwelt.com) und Herausgeber von [AnderweltOnline.com](https://www.anderwelt.com) wo dieser Beitrag zuerst erschien.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Philanthropische Subversion III: Ungarns Soros-Opposition mit ausländischem Geld finanziert

Von Károly Villányi und Tamás Jakubász

09. 10. 2022



Dieser Artikel erschien in Erstveröffentlichung bei [MANDINER](#), einem Partner unserer Medienkooperation

Die Namen Gordon Bajnai, Péter Márki-Zay und George Soros stehen für ausländische Einmischung in die ungarische Innenpolitik. Dies stellt auch ein Risiko für die nationale Sicherheit Ungarns dar.

Soros Einmischung in die Innenpolitik Mittel-Ost-Europas und des Balkans

Bisher haben wir die Soros-Machenschaften auf die Politik und die Gesellschaften Mittel- und Osteuropas sowie des Balkans aufgezeigt. Außerdem haben wir Soros finanziellen Angriffe gegen große Volkswirtschaften aufgedeckt. Soros Einfluss betrifft immer nationale Sicherheitsbedenken und Fragen der staatlichen Souveränität. Der letzte Teil unserer Serie beschäftigt sich damit, dass bewusst ein verzerrtes Bild über Ungarn gefertigt wird. Mit dieser Desinformation versucht Soros seit langem, die ungarische Regierung zu stürzen, und wollte so die vergangenen Wahlen 2022 beeinflussen. Woran er aber scheiterte.

Zwar hatte Soros in letzter Zeit immer wieder öffentlich behauptet, er wolle und könne „sich nicht in die ungarische Innenpolitik einmischen“. Dies kann aber anhand der Ereignisse des letzten Jahres eindeutig widerlegt werden. Denn – jenseits jeder Verschwörungstheorie – haben wir nun öffentliche Aussagen von Menschen, die mit Soros in Verbindung stehen, systematisch gesammelt. Insbesondere Soros-Organisationen, die als politische Opposition rücksichtslose Anti-Ungarn-Medienkampagne gestartet haben. Außerdem betrifft das auch die Ungarn zustehenden, aber bisher zurückgehaltenen EU-Gelder.

Dabei untersuchen wir einen der größten Fälle von mutmaßlichem Wahlmissbrauch seit dem Regimewechsel 1989 (und damit den Namen von Gordon Bajnais „DatAdat“ – sowie die amerikanischen Berater von dem Kandidaten der Block-Opposition Péter Márki-Zay).

Der Anfang: Verzerrtes Ungarn-Bild

Im Frühjahr verarbeitete „Magyar Nemzet“ einen umfangreichen [Datensatz](#), der von einer unbekanntem E-Mail-Adresse zugespielt wurde. Dabei war detailliert zu erfahren gewesen, wie die Soros-Welt funktioniert und die Presse beeinflusst. So konnte aus einer Reihe von Fact-Finding-Artikeln bewiesen werden, dass ein gewisser Andrej Nosko (der bis 2018 bei Soros „Open Society Foundation“ – OSF – in einem Videointerview gearbeitet hat) folgendes zugegeben hat: Polen und Ungarn werden von den internationalen Mainstream-Medien ohne wirkliche Argumente diffamiert. Nosko erklärte auch, warum: Weil Ungarn-Reporter, die tatsächliche Situation im Lande nicht kennen, u.a. weil sie kein Ungarisch verstehen. Solche Journalisten verlassen sich nämlich nur auf Sekundärquellen, welche aber wiederum die Realität stark verzerren. Nosko sprach auch über die Beeinflussung von Medienschaffenden.

Mehrmals beauftragte er auch einen Journalisten, um darüber zu schreiben, was ihm selbst wichtig war, und zwar über den Zeitraum eines ganzen Monats. Da es jedoch heikel ist, einen Journalisten unter Zeitdruck arbeiten zu lassen, werden in der Regel „nur“ die Kosten abgedeckt, die sich während der einmonatigen Arbeit aber immerhin auf fast zehntausend Euro beliefen. Das sind rund vier Millionen Forint zum heutigen Wechselkurs.

Die Ex-Direktorin von „Amnesty International Ungarn“, Orsolya Jeney, eine wichtige Verbündete von George Soros, berichtete in einem [Videointerview](#) auch darüber: Kommen

Vertreter ausländischer Medien nach Ungarn, werden sie als Quasi-VIP-Gäste behandelt, etwa zum Brunch eingeladen. „Wenn wir einen Bericht veröffentlichen, füttern wir sie immer noch“ – wie sie es kurz und bündig ausdrückte.

Noch obskurer urteilte ein ehemaliger Journalist, Mátyás Kálmán, ein ehemaliger Mitarbeiter von „24.hu“ und „Index“, über die Voreingenommenheit der Skandal-Korrespondenten. „Es gibt keine Möglichkeit zu wissen, ob [dieser Journalist] gerade eine Einladung in ein gutes kleines Hotel bekommen hat und wie viel sie ihm angeboten haben, um das zu schreiben, was sie hören wollten“, sagte er.

Natürlich gibt es auch direkte Methoden: So unterstützt die „OSF“ „mehrere ungarische Medien mit Geld. Etwa die Firma „Magyar Jeti Zrt.“, welche den Blog „444“ betreibt und von Péter Uj geleitet wird. Zum Unternehmen gehören auch Marie Nemcova und Valer Kot, die als rechte Hand von George Soros gelten, beides prominente Persönlichkeiten im „Media Development Investment Fund“ (MDIF). MDIF ist ein in New York ansässiger, gemeinnütziger Investmentfonds, welcher sich als einer der Hauptverteidiger sogenannter „unabhängiger“ Medien in jenen Ländern versteht, welchen sie unterstellen, dass freie und unabhängige Medien bedroht wären.

Die MDIF finanziert auch den Betrieb von „444.hu“. Der Fonds selbst wird durch riesige Geldsummen der Soros-OSF unterstützt. Darüber hinaus war MDIF auch an der Wochenzeitung „Magyar Orange“ beteiligt, und er unterhält auch mehrere Investigativportale wie „Átlátszó.hu“ oder „Direkt 36“.

Offene Diffamierung

Ehemalige Akteure von Soros-nahen Organisationen äußerten sich auch über den Wahrheitsgehalt verschiedener Resolutionen, in denen Ungarn angegriffen wird. So räumte etwa Orsolya Jeney [im Wesentlichen ein](#), dass sie ständig ermutigt wurde, die Orbán-Regierung in den Medien in einer quasi-oppositionellen Rolle, oft auch unangemessen zu kritisieren.

Andrei Nosko bezeichnete eindrucksvoll eine Demokratie-Bewertungsstudie von „Freedom House“, in der auch Ungarn verurteilt wurde, einfach als Agitprop.

Der ehemalige OFS-Chef fasste die Strategie so zusammen: „Wenn deine Freunde in der Regierung sind, geht es dem Land gut. Wenn deine Freunde nicht an der Macht sind, geht es ihm nicht gut. Was auch immer sie tun, es wird nicht gut genug sein.“

Dalibor Rohac [äußerte seine Meinung zum](#) gleichen Thema in einem Videointerview. Der Fellow des „American Enterprise Institute“ erwähnte zunächst das, dem Westen positiv gestimmte Image der Slowakei – trotz der damals angeblich korrupten Fico-Regierung. Außerdem war er der Meinung, dass Bulgarien und Rumänien korrupter und insgesamt in einem schlechteren Zustand wären als Ungarn.“ Aber aus der Sicht der europäischen Institutionen wären sie einfacher zu verwalten, weil sie kein Veto gegen europäische Initiativen einlegen. Im Gegenzug bekommen sie genug Geld, auch wenn sie davon stehlen“, sagte Rochac.

Internationaler Mediendruck zusammen mit dem EU-Parlament

Oft ist es überraschend, wie schnell unwahre mediale Behauptungen gegen Ungarn, global verbreitet werden und den lokalen Lesern nachdrücklich präsentiert werden. Darüber berichtete [ein französischer Blog im](#) Frühjahr dieses Jahres. In diesem Artikel, der sehr

schnell wieder entfernt wurde, wurden die Worte des Präsidenten und CEO von „WAN-IFRA“, einer internationalen Non-Profit-Organisation, der „World Association of Newspapers and News Publishers“ zitiert. Dabei verwies Vincent Peyrègne auf die finanzielle Unterstützung der Soros-Stiftung für „WAN-IFRA“, deren Zweck es sei, Stimmung und Druck gegen die Orbán-Regierung aufzubauen.

Dabei beruht die Macht der „WAN-IFRA“ auf ihrem direkten Zugang zu den weltweit führenden Zeitungsredaktionen. Laut einem Bericht des o.g. französischen Blogs antwortete der CEO von „WAN-IFRA“ auf die Frage, ob es möglich wäre, über die EU und das EU-Parlament Druck auf Ungarn auszuüben: „Natürlich gab es Beispiele dafür.“

Indem weltweit ein verzerrtes Bild über Ungarn verbreitet wird, wird nämlich innenpolitischer Druck aufgebaut. Interessanterweise tauchen nämlich regelmäßig kritische Äußerungen des Soros-NGO-Netzwerks etwa im EU-Rechtstaatsverfahren gegen Ungarn auf. Bestes Beispiel dafür: Der Vorwurf der Korruption, weswegen Brüssel seit [geraumer Zeit](#) EU-Gelder, die Ungarn zustehen zurückhält.

Der wichtigste Verbündete dabei ist das EU-Parlament. Laut einer aktuellen Veröffentlichung aus der internen Datenbank der OSF waren 226 der damals insgesamt 751 Abgeordneten [„vertrauenswürdige Verbündete“](#) von George Soros.

Wahlmissbrauch vor den Wahlen 2020

Natürlich nimmt die Innenpolitik erst dann richtig Fahrt auf, wenn die Regierung durch Wahlen oder anderweitig ersetzt wird. Und wenn der zivile Sektor, die Weltpresse und die politische EU-Elite aufschreien, dass ein Kabinett die Demokratie mit Füßen tritt... Dann muss nur noch die Organisationsform gefunden werden, damit die Spender, die bereit sind, den Regierungswechsel auch mit Geld zu unterstützen, ihre Forint und Dollars an die Opposition schicken. Dies bringt uns zu den ungarischen Parlamentswahlen im April dieses Jahres und dem nun immer größer werdenden Wahl- und Wahlkampffinanzierungsskandal der Linken.

Dieses Mal haben sich alle linken Parteien hinter Péter Márki-Zay versammelt und gemeinsam Wahlkampf gemacht. Wie sich kürzlich herausstellte, mit starker amerikanischer Unterstützung. Die wichtigsten Informationen in dieser Angelegenheit wurden der heimischen Öffentlichkeit von Péter Márki-Zay selbst geliefert, dem Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten, der dann aber eine schwere Niederlage erlitt. In einem Podcast hat er selbst zugegeben, dass Mitte Juni immer noch Hunderte von Millionen Forint an Unterstützung aus den USA über die amerikanische Stiftung „Action for Democracy“ eintreffen.

Später wurde auch bekannt, dass insgesamt rund zwei Milliarden Forint aus dem Ausland an Márki-Zays Organisation, die „Gesamtungarische Bewegung“ (MMM), geflossen waren. Der Politiker bestritt auch ausdrücklich, dass die Spenden aus den USA das Werk des Geschäftsmanns George Soros seien.

Die erste Verbindung: Soros

Aber was ist „Action for Democracy“? Wie „Kontra.hu“ berichtet, wurde Anfang des Jahres von Dávid Korányi eine amerikanische Organisation gegründet. Koranyi gilt als Mann des ehemaligen ungarischen Premierministers Gordon Bajnai, der in der letzten linken Regierung Staatssekretär war, und vor zwei Jahren einer der Berater von Budapest

Bürgermeisters Gergely Karácsony. Anstatt die Liste derjenigen im Vorstand von „Action for Democracy“ zu präsentieren, lohnt es sich, an die [Urteile des Anwalts](#) András Schiffer, eines ehemaligen Parlamentsabgeordneten der linken Oppositionspartei („Eine andere Politik ist möglich“ LMP), zu erinnern, die neulich im „Index“ erschienen sind.

„Es gibt keinen einzigen ‚Zivilisten‘ unter ihnen, dessen Biografie frei von staatlichen Verbindungen ist. Wir können keinen einzigen Künstler, Wissenschaftler oder Journalisten auf der Website von ‚Action for Democracy‘ finden, von dem wir annehmen können, dass er sich nicht für das Schicksal ferner Demokratien interessiert“ – so der Anwalt in seinem Artikel. Erwähnenswert wäre etwa zum Beispiel Mark Malloch-Brown, der derzeitige Präsident der Soros-„Open Society Foundation“.

Kürzlich veröffentlichte Schriften skizzieren Koranyis berufliche Laufbahn als Mann, der über mehrere Fäden und Organisationen mit der Soros-Welt verbunden ist. Koranyi, der in New York lebt, könnte jedoch bald seinen Job in Budapest verlieren. Tatsächlich sagte Bürgermeister Gergely Karácsony Reportern vor kurzem, dass man sich von Dávid Korányi [trennen](#) würde.

Es spielt keine Rolle, dass ausländisches Geld über Korányi in die Bewegung von Péter Márki-Zay geflossen ist. Oder könnte dies doch noch der Grund für die Entscheidung sein, sich von Korányi zu trennen?

Der zweite Link: Bajnai

Der Name Gordon Bajnai taucht jedoch nicht als einziger in der innenpolitischen Karriere von Dávid Korányi auf. Man muss noch einmal an die Aussage von Péter Márki-Zay bezüglich der Verwendung von Hunderten von Millionen Dollar aus Amerika erinnern. In einem „Magyar Nemzet“-Interview sagte der gescheiterte Oppositionskandidat: Die ausländischen Gelder wären auf ein MMM-Konto zum Zwecke der Wahlkampfkosten verwendet worden, von der Unterstützung der Kandidaten bis hin zu den Kosten für die so genannten „Bömbis“-Autos. Die US-Gelder gingen auch an die „DatAdat“-Unternehmensgruppe des ehemaligen linken Premierministers Gordon Bajnai.

Neben Bajnai sind auch Ádám Ficsor und Viktor Szigetvári mit dem Unternehmen verbunden, das Beratung, Datendienste und Wahlkampftechnologie anbietet: Ersterer war Bajnais Ex-Minister für Nachrichtendienste, letzterer war Bajnais Ex-Berater und Stabschef, hatte aber vor 2010 auch eine Position als Staatssekretär inne. Die „DatAdat“ soll auch im Wahlkampf-Finale Hunderttausenden Personen Textnachrichten verschickt haben, die zum Regierungswechsels aufriefen. Das Unternehmen hatte selbst aber jegliche Beteiligung bestritten. Diese von vielen als größter Wahlbetrug seit dem Regierungswechsel bezeichnete Aktion, und von dem die meisten Menschen betroffen waren, wird nun aber von der Polizei und der Datenschutzbehörde untersucht.

Später bestritt dann aber Marquis-Zay wieder, Gelder von Amerika auf das Konto von MMM für die Wahlkampagne verwendet zu haben. Allerdings haben ihn [seine früheren Aussagen](#) wahrscheinlich zu Fall gebracht. Auch in dieser Angelegenheit kann die Ermittlungsbehörde die Situation klären, da bereits Ermittlungen wegen Geldwäsche und Veruntreuung [laufen](#).

Ein gut informierter Kronzeuge

Ein kurzer Exkurs lohnt sich: Dass Gordon Bajnai über ausgezeichnete Kontakte in den USA verfügt, wurde kürzlich von einem sehr gut informierten Zeugen in einer detaillierten

(ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit bestimmten) Aussage enthüllt. Die anonyme Person veröffentlichte Ende letzten Jahres Tonaufnahmen im Fall des Budapester Rathaus-Skandales. Dabei sprach der linke Investor Gyula Gansperger, ein ehemaliger Geschäftspartner von Gordon Bajnai, über letzteren selbst.

„Ein Teil davon ist das Soros-Imperium, wenn man so will. Der andere Teil sind die große Kapitalgeber, vor allem aus Deutschland und den USA, die hier in Ungarn Einfluss nehmen wollen. Ich glaube, dass Gordon [Gordon Bajnai – Anm. d. Red.] der richtige Mann für sie ist... Alles in diesem Lager, was auch immer Gyurcsány und die anderen sagen, alles kommt aus dem Ausland.“

Ganspergers Meinung über Bajnai muss ernst genommen werden, da sie Bajnai selbst ernst nimmt. Der ehemalige Premierminister sagte einmal über Gansperger: „Gyula ist ein alter Mitkämpfer.“

Logistische Wahlkampfunterstützung

Von Übersee wurde aber nicht nur Geld zu verwendet, um Marquis-Zay und der Linken zum Wahlsieg zu verhelfen. In einer vierteiligen Artikelserie präsentierte „Magyar Nemzet“, dass die Linke eine gut gestaltete Kampagnenorganisation im „amerikanischen Stil“ gegründet hatte. Diese umfasste eine Firma für Datensammlung, politische Analysten bis hin zu einer aktivistischen Politbewegung neben Polit-NGOs. Besonders erwähnenswert: Dass sowohl der ehemalige US-Präsidentschaftskandidat, und stellvertretende Wahlkampfleiter des linksextremen Bernie Sanders, als auch einer seiner Vertrauten in Marquis-Zays Kampagne mitgearbeitet haben.

In diesem Zusammenhang [sagte](#) etwas Agnes Kunhalmi, Co-Vorsitzende der ungarischen Sozialisten (MSZP), gegenüber dem Portal „Azonnali“: Während des Wahlkampfes hätten ausländische, amerikanische Berater das Thema „Putinismus im Ausland“ forciert. Was Kunhalmi nach ein Fehler gewesen wäre, weil der Schwerpunkt auf Frieden und sozialen Versprechungen hätte liegen sollen. Wie sie es ausdrückte: Péter Márki-Zay hatte einen eigenen ungarischen und ausländischen Beraterkreis. „Aus irgendeinem Grund haben sie sogar Plakate von Putin in die letzten Runde geschoben“ – wie Kunhalmi bemerkte.

Nationales Sicherheitsrisiko

Das Wahlkampfverhalten und die US-Unterstützung für Márki-Zays Oppositionsbündnis brachte aber auch die inländischen Geheimdienste auf den Plan – zumindest nach Ansicht des Sicherheitspolitikexperten József Horváth. Der ehemalige Geheimdienstchef erklärte gegenüber der Zeitung „Magyar Nemzet“, es [sei](#) wichtig, Organisationen, Stiftungen und Unternehmen, die Parteien und Kampagnen finanzieren, zu überprüfen: „Es ist durchaus möglich, dass politische Kreise, welche Unterstützungen annehmen, keine Ahnung haben, wer eigentlich hinter den fraglichen ‚gemeinnützigen‘ Organisationen steckt. Im Extremfall können das kontraintuitive Geheimdienste oder gar organisierte Verbrecherringe sein“, betonte er.

Horváth war der Meinung, dass es eindeutig ein nationales Sicherheitsrisiko darstelle, wenn ungarische innenpolitische Prozesse aus dem Ausland durch Organisationen mit einem unkontrollierten, unklaren Eigentumshintergrund beeinflusst werden: „Aus diesem Grund muss das nationale Sicherheitsgesetz so schnell wie möglich geändert werden, da die Gesetzgebung an die heutigen Herausforderungen angepasst werden muss“ – so József

Horváth weiter. Seiner Meinung nach wäre die Neudefinition des Konzepts des nationalen Sicherheitsrisikos unvermeidlich. Und: die Souveränität des Landes dürfe nicht durch ausländischen Einfluss verletzt werden.

Ob der Gesetzgeber neue Passagen entwerfen wird, ist noch fraglich, aber der erste Schritt geht über den Fall hinaus: János Halász von „Fidesz“ bat Ende September als stellvertretender Vorsitzender des „Ausschusses für nationale Sicherheit des Parlaments“, den Ausschussvorsitzenden Zoltán Sas, das Gremium so schnell wie möglich einzuberufen und den Fall aufdecken zu lassen. Die Regierungspartei nannte es nämlich beispiellos, dass die Familie von Péter Márki-Zay Milliarden von Forint an Wahlkampfunterstützung aus dem Ausland erhielt. Laut Fidesz ist dies nicht nur ein illegaler, plumper Versuch, sich in die ungarischen Wahlen einzumischen, sondern wirft auch Fragen der nationalen Souveränität nationalen Sicherheit auf.

Auf jeden Fall [schweigt die Linke zu dieser Angelegenheit](#).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) An Skurrilität nicht zu überbieten – Asia Winterspiele 2029 in Saudi Arabien

08. 10. 2022



Nicht nur Fußball-WM nun auch Winterspiele im arabischen Raum

Unbeeindruckt von den hitzigen Diskussionen, um die Ausrichtung der Fußball-WM in Katar im „Winter“, vergab das asiatische Olympia-Komitee die nächsten Asien-Winterspiele 2029 an den Wüstenstaat Saudi-Arabien.

Der Austragungsort muss natürlich dafür eigens noch fertiggestellt werden.

Sport-Großevents mit Umsatz-Fokus gezielt im arabischen Raum

Die [Asien-Winterspiele 2029](#) sind das nächste Sport-Großevent, mit mittlerweile bekanntem Schwerpunkt-Fokus auf Umsätze, Sponsoren und Prestige-Ambitionen, in einem schwerreichen Wüstenstaat.

Am 4. Oktober verkündete dies, das asiatische Olympische Komitee auf der 41. Generalversammlung im kambodschanischen Phnom Penh.

„Die Wüsten und Berge von Saudi-Arabien werden bald ein Spielplatz für den Wintersport sein! NEOM-Trojena wurde von den Delegierten der 41. Generalversammlung einstimmig als Austragungsort für die asiatischen Winterspiele 2029 gewählt.“

Saudisches Milliarden-Projekt Trojena

[Trojena](#) ist Teil des sogenannten, noch im Bau befindlichen, NEOM-Regionalplans. Diese Region liegt 50 km von der Küste des Golfs von Aqaba entfernt und in einer Höhe von 1500 bis 2600 Metern. Im „arabischen“ Winter sinken hier die Temperaturen allerdings nur tendenziell in den Bereich des Gefrierpunkts. Die Anlage wird also das erste Skigebiet seiner Art in der Golfregion sein.

Die bewerbende Webseite des Milliarden-Projekts informiert zu dem, nun „auserkorenen“ Austragungsort.

„Trojena wird das ganze Jahr über Ski- und Abenteuersport im Freien bieten und soll 2026 fertiggestellt werden. Ein einzigartiges Erlebnis und ein weltweiter Referenzpunkt für das Königreich Saudia-Arabien.“

Schätzungen gehen dabei von einer eingeplanten Investitionshöhe von „500 Milliarden Euro“ aus. Das Prestige-Objekt wird „erwartungsgemäß“ von Kronprinz Mohammed bin Salman persönlich geleitet.

Der saudische Sportminister Prinz Abdulaziz Bin Turki Al Faisal, wird dazu mit den Worten zitiert, „dies ist ein großartiger Sieg für die saudische Nation und die ganze Golfregion.“

Alle Bewerbe auf Kunst-Schnee ausgetragen

Aufgrund der klimatischen Ausgangssituation wird davon ausgegangen, dass alle Wettbewerbe auf Kunstschnee ausgetragen werden müssen. Die dafür benötigte Energie, soll angeblich zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Angaben der Webseite *Inside the Games* zu Folge, bereitet Saudi-Arabien zudem aktuell eine geführte Bewerbung, gemeinsam mit Ägypten und Griechenland, für die FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2030 vor.

Der wahhabitische Wüstenstaat und seine politische Führung geraten regelmäßig aufgrund deren „Menschenrechtsbilanz“ in den Fokus internationaler Kritik.

Insgesamt 47 Wettbewerbe sollen 2029 bei dem Event ausgetragen werden. Die letzten asiatischen Winterspiele fanden im Jahre 2017 statt. Trojena war allerdings bereits vor Verkündung der einzige Bewerbungskandidat für die Spiele 2029.

Saudi-Arabien hatte 2022 in Peking erstmals, mit genau einem Teilnehmer, an Olympischen Winterspielen teilgenommen. [Fayik Abdi wurde dabei 44.](#) im Riesenslalom.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Biden befürchtet atomares „Armageddon“ – Selenskij fordert „Präventivschläge“ gegen Russland

07. 10. 2022

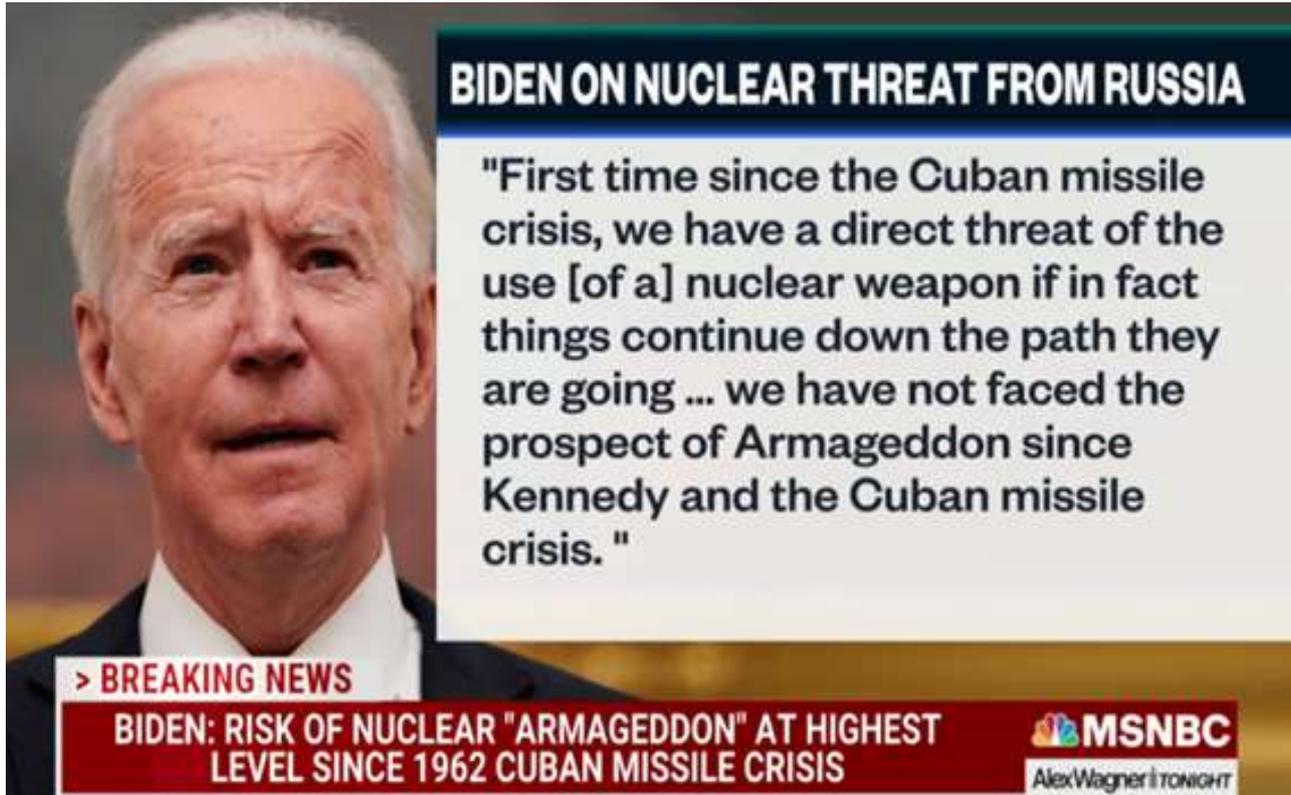


Bild: Screenshot: MSNBC

Nach Ansicht von US-Präsident Joe Biden sei die Gefahr einer katastrophalen atomaren Konfrontation noch nie so hoch gewesen wie seit der Kuba-Krise 1962. In einem Auftritt am Donnerstag in New York orakelte Biden düster von einer realen Kriegs-Eskalation hin zu einem atomaren „Armageddon“.

Putin hatte ja bekanntlich in einer Grundsatzrede vergangene Woche, diese ultimative militärische Option zur Verteidigung russisches Territoriums ins Spiel gebracht.

Selenskyj orchestriert

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj akkordierte offenbar mit noch extremeren Forderungen am Donnerstag: Indem er einen NATO-Präventivschlag gegen Russland forderte. Die NATO müsse demnach „die Möglichkeit eines Atomwaffeneinsatzes durch Russland ausschließen.“ „Wichtig“ wäre „aber, dass es Präventivschläge sind, damit die Russen wissen, was ihnen blüht, wenn sie Atomwaffen anwenden.“ Selenskyj präzisierte seine Kriegstreiberei wie folgt: „Nicht umgekehrt: Auf Schläge von Russland warten, um dann zu sagen: ‚Ach, du kommst mir so, dann bekommst du jetzt von uns ...‘“ (siehe Video oben)

Kreml: „Selenskyj ruft zum dritten Weltkrieg auf“

Der Kreml reagierte kühl:

„Die Erklärungen Selenskyjs sind nichts anderes als ein Aufruf zum Beginn des dritten Weltkriegs mit unvorhersehbaren schrecklichen Folgen“ – wie Sprecher Dmitri Peskow am Donnerstag bekannt gab.

Laut Peskow stünden die USA und Großbritannien hinter den Handlungen Kiews und somit auch für die Äußerungen Selenskyjs verantwortlich. Die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa bezichtigte den Westen, einen Atomkrieg anzetteln zu wollen:

„Jeder Mensch auf dem Planeten muss erkennen, dass die mit Waffen vollgepumpte und un stabile Marionette Selenskyj sich in ein Monster verwandelt hat, mit dessen Händen man den ganzen Planeten vernichten kann.“ ([krone](#))

Selenskyj – offenbar selber erschreckt von seinem Hass-Fanatismus – ließ einen Sprecher kalmieren: Selenskyjs Forderung sei falsch verstanden worden. Er habe lediglich darauf verwiesen: Vor dem Beginn des russischen Ukrainekriegs am 24. Februar 2022 wären Präventivmaßnahmen nötig gewesen – zur Verhinderung des Kriegs. Eine absurde Forderung: Krieg mittles eines Krieges verhindern.



Hier der [Link](#) zur Selinskyi-Rede

<https://www.youtube.com/watch?v=EXonXAp3F80>

Aufregung um Selenskyj-Äußerung zu Präventivschlägen gegen Russland | AFP

14.695 Aufrufe

07.10.2022

61

AFP wird ganz oder teilweise von der Regierung Frankreichs finanziert.

Wikipedia (Französisch)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) NYT und Biden: „Orban ist weltweit Vorbild für die Rechte“

Von ELMAR FORSTER

03. 10. 2022



US-Präsident und NYT in Sorge: „Orban ist Vorbild für die Rechte weltweit“

Auf der linksliberalen NYT zeichnet sich ein Menetekel ab: Der Niedergang der Demokratie auf der ganzen Welt wäre spürbar. Seit den sechziger Jahren, als damalige Folge von Staatsstreich und Revolutionen, wäre so eine Entwicklung nicht mehr passiert, heutzutage würde alles aber durch die Handlungen legitim gewählter Regierungen verursacht. Als bekanntesten Vertreter dieser „*weichen Autokratie*“ in Europa wird der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán angeführt.

„Illiberale Demokratie“

Weiters heißt es: Seit der Wahl des ungarischen Ministerpräsidenten im Jahr 2010 setze dieser eine illiberale Demokratie um. Und zwar – laut Ansicht der NYT – mit dem Zweck, NGOs und die Pressefreiheit zu schwächen, sowie die Justiz unter dessen Autorität zu bringen und das Wahlsystem umzustrukturieren.

„Vorbild für die Rechte“

Dabei sei Orbán weltweit zu einem Vorbild für die Rechte geworden, auch in den USA, wo sich dieser Trend während der Präsidentschaft von Donald Trump beschleunigt habe. Auf diese Weise wäre in der Republikanischen Partei das Bekenntnis zu demokratischen Normen verschwunden, indem diese Partei nun ihrerseits Botschaften übermittle, die denen der autoritären Partei von Viktor Orbán ähneln würden.

US-Präsident Biden: Eine demokratische Wahl in Italien bedroht die Demokratie

Laut einem Breitbart-Artikel sei die Biden-Regierung besorgt, über die Verschiebung der europäischen Polit- Arena in Richtung der populistischen Rechten. So äußerte sich Joe Biden über den italienischen Wahlsieg von Giorgia Meloni während der Konferenz der „Democratic Governors Alliance“: „Sie haben gesehen, was in Italien bei den Wahlen passiert ist, was auf der ganzen Welt vor sich geht. Viele Leute mögen denken, dass das eine Übertreibung ist. Aber die Demokratie steht auf dem Spiel.“ Auf alle Fälle sorgt sich die US-Biden-Regierung darum, dass sich durch Melonis Sieg die politische Arena von linken globalistischen Eliten zu populistischen Konservativen, wie sie bereits Polen und Ungarn an der Macht sind, verlagern wird.

NACHTRAG:

Die negative Einschätzung der NYT beruht auf einem Denk- und Begriffsfehler, den Viktor Orban einmal so darstellte, indem er nämlich das liberale System als totalitär outete:

„Wer das Denksystem der politischen Korrektheit in Frage stellt, kann den Liberalen zufolge kein Demokrat sein. Aber so wird die Gedanken- und Meinungsfreiheit verletzt. Ich dagegen, als Illiberaler, verteidige die Freiheit des Wortes. Ich weiß, dass das in den westlichen Hauptstädten merkwürdig klingt. Aber hier im Herzen Mitteleuropas denken alle so.“
(Orbán -Interview, Süddeutsche Zeitung)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

Spenden

Für jede Spende (PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! In diesem Fall geben Sie uns bitte eine Lieferadresse bekannt, unter:

unser-mittleuropa@protonmail.com

10 Euro Spende	12 Aufkleber
20 Euro Spende	30 Aufkleber
40 Euro Spende	100 Aufkleber
100 Euro Spende	250 Aufkleber

Größere Mengen auf Anfrage

Möchten Sie uns via Banküberweisung unterstützen, finden Sie folgend unsere Kontodaten:

New	Network	Communications
IBAN: PL52 1020 2472 0000 6602 0609 1252		
BIC: BPKOPLPW		

Vielen Dank!



Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! [Details hier.](#)

<https://unser-mitteuropa.com/spenden/>

Für Bestellungen unseres neuen Aufklebers „Impfzwang“ klicken [Sie hier](#).

<https://unser-mitteuropa.com/sticker-aktion/>



Auf Anregung unserer impfskeptischen Leser:
SONDER-EDITION „IMPFZWANG“

30 runde Aufkleber
9,5 cm Durchmesser

€ 19,⁹⁰ inkl. Porto

Jetzt mit einem **Klick** bestellen ...
... und per PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung bezahlen.

**Limitierte
Auflage**

Keine Berichte



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) · Foto: Xproua / Wikimedia CC 3.0

Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 17.10.2022

Arabien – Die arabischen Golfstaaten, angeführt von Saudi-Arabien, rücken immer enger heran an Russland. Obschon diese Staaten traditionell als pro-westlich gelten, weigern sie sich, in der UNO den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu verurteilen. Vorige Woche gaben sie gar einen Schulterchluss mit Russland bei der Ölförderung bekannt: Statt, wie von US-Präsident Joe Biden erhofft, mehr Öl zu fördern, verknappen sie das Angebot. Die Öl- und Gaspreise steigen. Davon profitiert am meisten der Kreml. Bei Besuchen im Westen spricht Kronprinz Mohammed bin Salman, der starke Mann in Saudi-Arabien, zwar gerne von gemeinsamen Projekten und historischen Chancen. Tatsächlich wenden sich die Golfmonarchien aber vom Westen ab. Natürlich auch, weil der Kronprinz für viele demokratische Regierungen wegen andauernder Menschenrechtsverletzungen zum Paria geworden ist. «Mit der Nähe zwischen Saudi-Arabien und den USA ist Schluss», sagt der Golfstaatenexperte Professor Giacomo Luciani vom Genfer Graduate Institute: «Der jüngste Besuch von US-Präsident Joe Biden in Saudi-Arabien, den dieser sichtlich widerwillig angetreten hatte, hat rein gar nichts gebracht.» Dazu kommt: Biden sieht im Ukraine-Krieg die entscheidende Auseinandersetzung zwischen Demokratien und Autokratien. Wenn dem so sein soll, dann reihen sich die Feudalherrscher vom Golf eben bei den Diktatoren ein. Auf der Weltbühne stehen viele Autokraten inzwischen ungeniert dazu, Autokraten zu sein. Es wächst eine Solidarität unter autoritären Herrschern, die sich

den Demokraten entschieden entgegenstemmen. «Das fördert», so Giacomo Luciani, «die offenkundige Annäherung der Golfstaaten an Russland. Wladimir Putin ist inzwischen der einzige bedeutende Machthaber, der den saudischen Potentaten noch freundlich empfängt.» Die Golfstaatenherrscher verstehen zudem die abrupte Wende des Westens gegenüber Russland nicht: Die Massaker in Tschetschenien, die Annexion der Krim, die Parteinahme für Diktator Baschar al-Assad in Syrien, alles habe man dem Kreml durchgehen lassen. Weshalb ist nun im Fall Ukraine alles anders? Die Golfmonarchen wie Mohammed bin Salman strotzen derzeit vor Selbstbewusstsein. Sie glauben zunehmend, den Westen gar nicht mehr zu brauchen. Nicht mal im Dauerstreit mit dem Erzrivalen Iran. «Doch da könnten sie sich täuschen», so Luciani. «Sie bleiben für ihre Verteidigung angewiesen auf westliche Waffen und Beratung.» Russland kann nicht, China will nicht einspringen. Es mag im Nahen Osten keine Verantwortung übernehmen. Die USA könnten nun geplante Waffenlieferungen stoppen. Und sie könnten die Erdölorganisation OPEC formell als Kartell erklären und damit als illegal und Strafmassnahmen gegen deren Mitglieder einführen. Tatsächlich ist US-Präsident Joe Biden über das Flirten der Golfstaaten mit Moskau zutiefst verärgert. Das werde Konsequenzen haben, kündigte er im Nachrichtensender CNN an. Welche genau, sagt er nicht. US-Parlamentsabgeordnete hingegen überbieten sich bereits mit Vorschlägen. Die USA haben durchaus noch Pfeile im Köcher, um den Golfmonarchen Grenzen aufzuzeigen. SRF.ch

Belarus – Die Hotels in Minsk sind voll mit russischen Touristen. US Luxusfirmen haben Geschäfte in Einkaufszentren eröffnet. Was reiche Russen früher in Berlin, Paris, Wien oder Zürich kauften, kaufen sie jetzt in Minsk. BELTA.by

China – Diesen Sonntag startet in Peking der 20. nationale Parteikongress der kommunistischen Partei. Wichtigstes Traktandum: Die Wiederwahl von Präsident Xi Jinping. Er soll eine dritte Amtszeit erhalten. Etwas, das seit dem Tod von Staatsgründer Mao Zedong kein Präsident in China erhalten hat. Wer ist der Mann, der im Zentrum dieses historischen Moments steht? Es gibt zwei Xi Jinpings. Zum einen der Mann, der sich vom Landarbeiter in der Provinz an die Spitze Chinas hochgearbeitet hat. Als fleissigen und cleveren Arbeiter beschreiben die ehemaligen Dorfmitbewohner Xi in Propaganda-Dokumentarfilmen. Er scheute die harte Arbeit auch bei Wind und Wetter nicht. Und wenn er nicht hart gearbeitet hat, hatte er immer ein Buch dabei und gelesen. So das Bild, das Chinas Propaganda vom Staatsführer zeichnet. Ein Bild, das stark kontrastiert mit dem der Xi-Kritiker: Diese setzen ein Fragezeichen hinter Xis Bildung und sehen in erster Linie einen Prinzing: Ein Sohn eines hohen Parteifunktionärs, der nur dank seines Vaters so hoch aufsteigen konnte. Beide Bilder passen auf Xis Biografie: Tatsächlich war Xis Vater ein angesehener Mitstreiter von Staatsgründer Mao Zedong. Vater Xi fiel aber im Verlaufe der Mao-Regentschaft in Ungnade. Das hat auch Sohn Xi Jinping zu spüren gekriegt. Er wurde während Maos kulturellen Revolution als Arbeiter aufs Land geschickt. Nach dem Tod Maos wurde Xis Vater rehabilitiert. Sohn Xi konnte seine eigene Funktionärskarriere lancieren – unterstützt von mächtigen Parteimitgliedern. Stark unterstützt haben soll Xi auch seine Mutter, die ebenfalls gut vernetzt ist in der kommunistischen Partei. Auch sie soll eine wichtige Rolle gespielt haben bei Xis Karriere, sagen Beobachterinnen. Eine Mutter, die weiss, wen man wann anrufen muss, um die nächste Hierarchiestufe zu erklimmen, und ein berühmter Vater – das sind sicher gute, ja gar nötige Voraussetzungen für einen Aufstieg, wie Xi ihn gemacht hat. Es reicht aber nicht, um in China Präsident zu werden. Dazu braucht es zum Beispiel auch das Geschick, sich schadlos zu halten von jeglichen Skandalen. Und China-Beobachterinnen und -Experten sehen in Xi einen Machtpolitiker, der getrieben sei durch seine Ideologie und seinen unerschütterlichen Glauben an die kommunistische Partei. Das sagt unter anderem Kerry Brown. Der Professor für China-Forschung am Kings College in London hat gerade ein Buch über Xi veröffentlicht. «Er glaubt an etwas in einem Land, in

dem die meisten an nichts glauben.» Xi sei vor allem auch ein Produkt der Partei und nicht einfach ein machtbesessener Autokrat. Er passe auf die Funktion des charismatischen, gut vernetzten Führers, wie ihn die Partei im Moment brauche, meint Brown. Dabei ist Xi auch nach zehn Jahren an der Spitze Chinas für viele nicht greifbar. Ausser Propaganda dringt praktisch nichts über ihn nach aussen. So mag der Präsident ein Produkt der Partei sein. Umgekehrt gilt aber auch: Die Partei ist ein Produkt Xis. Er hat sie nach seinen Vorstellungen geformt. Zum Beispiel versprach er bei seinem Amtsantritt 2012 gegen die Korruption vorzugehen. Inzwischen wurden geschätzte vier Millionen Funktionäre wegen Korruption verurteilt. Kritiker weisen darauf hin, dass darunter vor allem Funktionäre sind, die nicht auf Xis Linie politisiert haben. So mag es heute weniger korrupte Beamte geben. Aber auch weniger politische Gegenspieler, die Xis ideologische Politik oder ihn angreifen könnten. Deshalb wird mit grösster Wahrscheinlichkeit nächste Woche der Prinzing zum König gekrönt. Zudem erwarten Expertinnen und Beobachter, dass Xi Ehrentitel erhält, wie sie Mao getragen hat, und das Festschreiben von Xis Gedankengut in der chinesischen Verfassung. Und natürlich erhält er eine weitere Amtszeit – die Dritte –, die viele China-Kenner als Führungsanspruch auf Lebzeiten interpretieren. SRF.ch

Deutschland – Verspricht der Ukraine weitere Abwehrwaffen, doch der Vorrat beginnt knapp zu werden. Neue Systeme sind nicht von heute auf morgen zu erzeugen, außerdem fehlt es an Personal, Chips, Ersatzteilen, von denen manches aus China, Iran oder Russland stammt. Außerdem seien bereits gelieferte Waffen noch nicht bezahlt. DW.de

Frankreich – Nach tagelangen Streiks an französischen Raffinerien und Benzindepots hat der Ölkonzern Totalenergies mit einem Teil der Beschäftigten einen Kompromiss gefunden. In der Nacht auf Freitag hätten sich beide Seiten auf eine Gehaltserhöhung um sieben Prozent sowie Zulagen in Höhe von 3000 bis 6000 Euro geeinigt. Dies teilte der Verhandlungsführer der Gewerkschaft CFDT, Geoffrey Caillon, mit. Nicht alle Gewerkschaften unterstützen allerdings das Ergebnis. SRF.ch

Georgien – Nach den Ukrainern flüchten jetzt russische Deserteure nach Georgien. Die Mieten explodieren. SRF.ch

Großbritannien – Die britische Premierministerin (47) macht eine Kehrtwende in ihrer Steuerpolitik und entlässt Minister Kwasi Kwarteng (47). Um Weltpolitik zu verstehen, hilft es manchmal, die Eltern-Perspektive einzunehmen. Im Falle von Grossbritannien ginge das so: Stellen Sie sich vor, sie sperren zehn Kleinkinder einen Tag lang in ein Zimmer. Vorher stellen Sie zehn grosse Farbkübel auf den Tisch, ein paar Sägen, Hämmer und vielleicht noch ein paar Kilo Gänsefedern. Mit fast 100-prozentiger Wahrscheinlichkeit entsteht: ein unfassbares Chaos, tiefgreifende Zerstörung und sehr viel Unglück. Etwa so lief es in den letzten fast 40 Tagen in Grossbritannien. Die konservative Premierministerin Liz Truss und ihr Finanzminister Kwasi Kwarteng schafften es, innerhalb dieser Frist für unfassbares Chaos, tiefgreifende Zerstörungen und sehr viel Unglück zu sorgen. Ihre Steuerreform, insbesondere die Steuererleichterungen für Reiche, brachten das Volk gegen sie auf. Die Finanzmärkte spielten verrückt – weil die Staatseinnahmen durch die Steuererleichterungen um sagenhafte 45 Milliarden Pfund einbrechen würden. Die Bank of England kam ins Rotieren, versuchte zu retten, was zu retten ist. Familien kamen unter Druck – als wären Inflation und steigende Zinsen nicht schon genug. Chaos total. Zuerst ruderte Truss ein bisschen zurück. Da und dort ein paar Ecken und Kanten ihres Programms abschleifen. Doch es nützte nichts. Die Talfahrt ging weiter. Jetzt wirft Truss ihren Finanzminister raus – nach 38 Tagen im Amt. Vor ihm war nur ein Finanzminister kürzer im Amt. Iain Macleod war das, 1970. Und der starb an einem Herzinfarkt. Doch: Was nun? Ist das die Rettung der Politikerin Liz Truss? Der Finanzminister ist nach der Premierministerin der zweitwichtigste Mann im Kabinett. Als Nächstes müsste Truss sich selber feuern – also zurücktreten. Ihr

bleibt jetzt die Hoffnung, dass sich die Finanzmärkte beruhigen. Und vor allem: Dass sich ihre Parteifreunde beruhigen. Viel Rückhalt nämlich hat sie nicht mehr. Die Konservativen spüren, wie die Sache entgleitet. Die grosse Gewinnerin ist die Labour-Partei. 30 Prozentpunkte Vorsprung hat sie schon auf die Konservativen. Neuwahlen wären ein Debakel für Truss – und würden wohl den Politikwechsel einläuten. Die Angst vor Neuwahlen könnte Truss in den nächsten Tagen also noch retten. SRF.ch

Italien – Wird Berlusconi neuer Aussenminister und Salvini der neue Wirtschaftsminister? SRF.ch

Kasachstan – Präsident Putin trifft Präsident Erdoğan, um die Friedensgespräche mit der Ukraine vorzubereiten. Es gehe um die Gleichbehandlung der russischen Minderheit. Russland wolle die Ukraine nicht zerstören. Russland plant darüber hinaus über türkische Leitungen Öl und Gas nach Osteuropa, Nordafrika und den Nahen Osten zu liefern. VESTI.ru

Libanon – Am 31.10. endet die Amtszeit des libanesischen Staatspräsidenten Michel Aoun. Bis heute ist der 89-jährige Christ für viele «der General», weil er sich als Armee-Kommandant während des Bürgerkrieges in den 1980er Jahren einen Namen machte. Sein Einfluss auf das Land hallt nach. Das katholische einstige Bauerndorf Haret Hreik, in dem Michel Aoun 1933 geboren wurde, ist heute ein städtischer Vorort von Beirut – und eine Hochburg der schiitischen Hisbollah. Autos stauen sich vor einem Checkpoint: Journalisten dürfen nur mit Bewilligung hineinfahren. Überall hängen Plakate des Hisbollah-Chefs Hassan Nasrallah und seiner gefallenen Kämpfer, auch iranische Geistliche und Generäle blicken ernst von Plakaten an den Hochhäusern. Dazwischen wirkt die Kirche, die während Aouns Kindheit gebaut wurde, etwas verloren. Die Uhr auf dem Kirchturm steht still. Die Reporterin muss sich als Erstes beim Hisbollah-Medienbüro melden. Dort bekommt sie einen Begleiter, einen Aufpasser. Weil der junge Mann keine Ahnung hat, wo sich Michel Aouns Geburtshaus befindet, fragen wir Leute auf der Strasse. Einer verweist uns an eine Christin, die in der Nähe der Kirche lebt. Ihr Haus ist erreichbar durch einen Innenhof, der mit einem elektrischen Eisentor versperrt ist. Der Ort muss der Hisbollah wichtig sein. Die beiden Wächter fragen ständig, ob wir auch ja keine Fotos machten. Einer ruft die Christin: Sie heisst Iguette Choueifaty, ist gut 70 Jahre alt. Sie hat ein Gesicht, das von der Leidensgeschichte ihres Landes gezeichnet ist. Choueifaty trägt ein ärmelloses Sommerkleid, atmet schwer, auch wegen der Hitze. Trotzdem lässt uns der Aufpasser nicht mit ihr irgendwo hineingehen. Wir reden deshalb unter einem Baum am Strassenrand. Der Name Michel Aoun bringt die Frau ins Schwärmen. «Wir lieben den General! Meine Geschwister und ich sind nach dem Tod meiner Mutter im Haus seiner Mutter aufgewachsen», sagt Iguette Choueifaty. «Schon als 22-Jähriger trug er eine schöne blaue Offiziersuniform.» Sie fährt fort: «Er stieg auf: von einem Posten zum nächsten.» Offizier, jüngster Kommandant der libanesischen Armee, Premier einer Militärregierung. «Er ist einfach der schönste General!» Negatives erwähnt sie nicht: Michel Aouns Niederlage gegen die syrische Besatzungsmacht 1989, sein 15-jähriges Exil in Frankreich – und 2006: Aouns Pakt mit der Hisbollah. Ein Pakt, der für seine Geburtsstadt Haret Hreik schwere Folgen hatte: Aoun unterstützte die Hisbollah im Krieg gegen Israel. Haret Hreik, damals Hauptquartier der Hisbollah, wurde von Israel besonders heftig bombardiert. Aber dank seinem Pakt mit der Hisbollah erreichte Aoun 2016 auch sein Ziel, Präsident zu werden. Vorwürfe, wonach Michel Aoun seinem persönlichen Ehrgeiz alles untergeordnet habe, auch das Wohl des libanesischen Volkes, lässt Iguette Choueifaty trotzdem nicht gelten, obwohl sie seit zwei Tagen nicht einmal Brot kaufen konnte. «Heute kostet ein Pack Fladenbrot 30'000 Pfund. Aber meinst du, Michel Aoun sei schuld, dass die Armen kein Brot kaufen können?» «Wenn Präsident Aoun weg ist, werden sie sich zerfleischen»

Iguette Choueifaty wettet über die Diebe in der Regierung. Sie verflucht Aouns Kritiker: Wir bringen Iguette Choueifaty zurück zu ihrem Haus hinter dem Eisentor, das die Hisbollah bewacht. Bevor sie dahinter verschwindet, sagt sie noch, wo das Geburtshaus Michel Aouns einst stand: dort, wo sich heute der Hisbollah-Fernsehsender Al-Manar befindet. Es ist ein unspektakuläres Gebäude, das während des Israel-Libanon-Krieges 2006 mehrfach von israelischen Raketen getroffen wurde. Auch Edy Maalouf verteidigt den Präsidenten Michel Aoun. Maalouf ist Katholike und ein ehemaliger Parlamentarier der Freien Patriotischen Bewegung, der Partei Aouns. Sein Onkel war mit Aoun in der Militärschule – Maalouf selbst zog aus Bewunderung für General Aoun mit 16 in den Bürgerkrieg. Später arbeitete er eng mit ihm zusammen. «Ich weiss, wie der General ist und denkt. Alles, was jetzt passiert, hat er kommen sehen», sagt Edy Maalouf. «Den finanziellen Kollaps, den wir heute erleben, hat Aoun schon 1998 vorausgesagt. Er war auch gegen das Abkommen von Taif. Er wusste, dass eine Verfassung, welche die Macht unter den konfessionellen Parteien aufteilt, für Libanon nicht gut war», sagt Maalouf. Dann sagten das plötzlich viele. «Aber statt Aoun recht zu geben, machten sie ihn für alles verantwortlich. Oder bezichtigten ihn des Gesinnungswandels – weil er aus ehemaligen Feinden Freunde gemacht hat.» «Die Menschen wünschen sich den General von früher»

«Fragt man Michel Aoun, sagt er: Für einen General seien die Fronten klar. Als Politiker hingegen müsse er auf alle Libanesen zugehen, auch auf die Hisbollah», sagt Edy Maalouf. Viele Leute wünschten sich den General aus dem Bürgerkrieg zurück. SRF.ch

Nordkorea – Nordkorea testet seit Monaten Rakete um Rakete. In der Nacht auf Freitag feuerte das isolierte Land erneut eine Kurzstreckenrakete ab. Beobachter und Beobachterinnen befürchten, es sei nur eine Frage der Zeit, bis Machthaber Kim Jong-un eine Atombombe testen lässt. Die USA verhängen derweil weitere Wirtschaftssanktionen. Doch deren Wirksamkeit ist beschränkt. «Sie machen dem Regime in Pjöngjang zwar das Leben etwas schwerer, aber China und Russland bieten Schlupflöcher im Sanktionsregime an», erklärt Marco Kauffmann, der die Geschehnisse in der Region für die «Neue Zürcher Zeitung» (NZZ) verfolgt. Anfang der 1990er-Jahre, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, gab es durchaus berechnete Hoffnungen, dass Nordkorea auf wirtschaftlichen Druck oder entsprechende Anreize reagieren würde. «Denn das kommunistische Land hatte ja auf einen Schlag einen wichtigen Geldgeber verloren». «Also versuchte es der Westen mit einer Art Tauschangebot: Wirtschaftshilfe und diplomatische Anerkennung gegen Aufgabe des Atomprogramms.» Nur habe das nicht funktioniert, wie man sieht. Nordkorea feuert fast täglich Langstreckenraketen ab. SRF.ch

Russland – Präsident Putin erfreut sich grösster Beliebtheit beim König von Saudiarabien und den Emiren der Golfstaaten, seit Präsident Biden gegen Autokraten wettet.

- Wenn die Ukraine der NATO beitrifft, erklärt Russland den Dritten Weltkrieg. VESTI.ru

Schweden – möchte nach ungarischem Vorbild eine illiberale Demokratie werden. SRF.ch

Schweiz – 40 Tage lang: Abtreibungsgegner beten vor Basler Unispital. Nicht nur religiöse Aktivisten machen Stimmung gegen Abtreibungen. Auf politischer Ebene sind zwei Initiativen geplant.

- Bund schliesst Vertrag für Affenpocken-Impfstoff ab. Das BAG hat mit Bavarian Nordic einen Vertrag über die Lieferung von 40'000 Impfdosen abgeschlossen.
- Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber (Grüne/ZH) bedauert auch, dass Millionen von Impfdosen im Sondermüll landen. Anders als Hegglin macht sie aber dem Bundesrat keine Vorwürfe. Die Schweiz habe ein gutes Gesundheitssystem und habe es sich leisten können, auf Vorrat genügend Impfstoff zu beschaffen. Bedauerlich sei vielmehr, dass es nicht

gelungen sei, mehr Dosen in ärmere Länder zu liefern. «Das Traurige ist, die Länder, die es nötig hätten, haben teilweise vor Ort keine Gesundheitsversorgung, sprich es kann nicht verteilt werden.» SRF.ch

Tschechien – Tschechien sperrt nach dem Vorbild der baltischen Staaten und Polen die Einreise von russischen Touristen. Rž.cz

Türkei – verbietet «Fake News» im Internet. TRT.tr

UNO – UNO-Resolution gegen Annexion. Mit grosser Mehrheit haben 143 Staaten Russlands Annexion ukrainischer Gebiete verurteilt. Syrien, Nordkorea, Belarus und Nicaragua allerdings nicht. 35 Staaten enthielten sich. 10 Staaten durften nicht stimmen, weil sie die Beiträge nicht bezahlt haben. SRF.ch

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 13.10.2022

Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

Deutschland – Die Ausstellung „Radio Free Europe“ im Münchner Stadtmuseum und im Jüdischen Museum spürt osteuropäischen Migrationsgeschichten in der Nachkriegszeit nach. „Radio Free Europe – Stimmen aus München im Kalten Krieg“ heißt die Doppelschau, die von ihrem Umfang überschaubar ist, die aber einen großen historischen Kosmos aufreisst. Im Großen geht es um den Kalten Krieg, im Kleineren um die Nachkriegszeit und Migration in München. Ein Thema, das bisher in der Wissenschaft nur wenig aufgearbeitet wurde. Wie es Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg in München erging, soll 2023 noch in zwei weiteren Ausstellungen vertieft werden. Dass das auf die Sowjetunion bezogene Radio Liberty und das auf die übrigen Ostblock-Staaten Europas konzentrierte Radio Free Europe vorwiegend Exilanten einstellten, hatte seinen Grund. Ging es doch zum einen darum, russische Nachrichten abzufangen und zu analysieren. Zum anderen sendeten die Stationen in mehr als 20 Sprachen Nachrichten, Musik, Sport- und Kulturbeiträge in die Ostblockländer. Die entsprechenden Programme wurden von 1950 bis 1995 in München, Englischer Garten 1, produziert. 1'500 Mitarbeitende aus mehr als 40 Nationen waren dafür angestellt. Das Radio war dabei ein Mittel der psychologischen Kriegsführung, die Stationen unterstanden dem CIA und damit dem Geheimdienst. Seit 1995 befindet sich die Radio-Free-Europe-Zentrale in Prag.

- Baden-Württemberg oder der Thurgau beziehen bereits viel Trinkwasser aus dem Bodensee. Nun könnte Bayern dazukommen. SRF.ch
- Beim Neun-Euro-Ticket zeichnet sich offenbar das Nachfolgemodell ab. Wie Radio Bremen unter Berufung auf ein Eckpunktepapier berichtet, beraten die Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister von Bund und Ländern bei ihrem Treffen ab heute über ein 49-Euro-Ticket. Dieses „Klimaticket Deutschland“ soll es im Jahresabo geben und deutschlandweit für Bahnen und Busse im Nahverkehr gelten. Wann das neue Ticket eingeführt wird, steht laut dem Bericht noch nicht fest. Es ist davon die Rede, dass sich das noch mehrere Monate hinziehen kann – weil es noch keine Einigung der Länder mit dem Bund über die genaue Finanzierung gibt. Berlins Verkehrssenatorin Jarasch sprach im rbb24 Inforadio von einem guten Vorschlag. Sie kündigte aber an, dass das Land darüber hinaus noch mehr tun wird. Als Ziel nannte sie dabei, auch den Menschen das Ticket zu ermöglichen, denen 49 Euro zuviel sind. RBB.de
- Erstmals bewerten die drei wichtigsten Rankings der akademischen Welt übereinstimmend die Technische Universität München (TUM) als beste Hochschule in

Deutschland. Wie das renommierte britische Magazin „Times Higher Education“ (THE) am Mittwoch mitteilte, hat die TUM den letztjährigen Sieger LMU überholt. Im QS World University Ranking und dem Shanghai Ranking wurde die TUM bereits auf Rang 1 geführt. DW.de

EU – Die Schweiz liegt nicht in Asien, sondern in Europa. Vor diesem Hintergrund und angesichts der geopolitischen Krise stellt sich die Frage: Haben die Europäische Union und die Schweiz überhaupt eine andere Wahl, als sich am Schluss zu einigen? Hat die Schweiz eine andere Wahl? Besteht der Wille zu Verhandlungen? Angesichts der Tatsache, dass sich die beiden Seiten heute zu ihrer fünften Sondierungsrunde treffen, und angesichts der Tatsache, dass der Bundesrat die Sondierungen beschleunigen will, kann man ihm den Willen unterstellen, am Schluss Verhandlungen anzupeilen. Wenn man jedoch bedenkt, wie groß die Differenzen noch immer sind, insbesondere bei den umstrittenen Punkten wie beispielsweise dem Lohnschutz, kann man diesen Willen auch wieder etwas infrage stellen. Hier haben sich die beiden Seiten nicht wesentlich angenähert. Die Schweiz betont bei den Verhandlungen vor allem, dass sich die EU nicht bewege, während sie selbst dies sehr wohl tue. Allerdings verkauft die Schweizer Seite gewisse Positionen als Konzessionen, die sie bereits vor Jahren eingegangen ist, zum Beispiel bei der dynamischen Übernahme. Die Gespräche mit der EU sind das eine. Darüber hinaus weiß der Bundesrat, dass er eine wie auch immer geartete Lösung auch innenpolitisch abstützen muss. Das Außendepartement hat deshalb gestern bekannt gegeben, dass ein sogenanntes Sounding Board eingerichtet wird, ein Gesprächsformat mit den wichtigsten innenpolitischen Partnern, den Sozialpartnern etwa, um in regelmäßigen Abständen zu informieren und zu diskutieren. Diese Massnahme scheint bei einem so wichtigen Thema eine Selbstverständlichkeit. Umso erstaunlicher ist, dass der Bundesrat dafür seit dem Ende des Rahmenabkommens 17 Monate brauchte, was den bundesrätlichen Willen, schnell vorwärts zu machen, ebenfalls etwas infrage stellt. SRF.ch

Frankreich – Streiks bei Raffinerien führen zu Treibstoffmangel.

- Gerichtshof für Menschenrechte. EGMR-Urteil: Schweiz diskriminiert Witwer. Witwer müssen gemäss dem Gerichtshof für Menschenrechte den gleichen Rentenanspruch wie Witwen haben.
- Air-France-Flug 447. «Endlich können wir Air France und Airbus unsere Fragen stellen» 13 Jahre nach dem Flugzeugabsturz vor der Küste Brasiliens mit 228 Toten ist der Prozess in Paris angelaufen. SRF.ch

Großbritannien – Der britische König Charles III. wird am 6. Mai 2023 gekrönt. Die Zeremonie findet in der Westminster Abbey in London statt und wird vom Erzbischof von Canterbury geleitet. „Die Krönung wird die heutige Rolle des Monarchen widerspiegeln und in die Zukunft blicken, aber zugleich ihren Ursprung in alten Traditionen und altem Glanz finden“, teilte der Palast gestern mit. An der Seite des heute 73-jährigen Charles werde auch seine Königsgemahlin Camilla (75) gekrönt, hieß es weiter. Die Zeremonie fällt auf den vierten Geburtstag von Charles' Enkel Archie, dem älteren Sohn von Prinz Harry und Herzogin Meghan. ORF.at

Libanon – Hisbullah und Israel haben nach israelischen Angaben ihren langwierigen Streit um Gasförderung im Mittelmeer beigelegt. Unter Vermittlung der USA einigten sich die Staaten auf eine gemeinsame Seegrenze. Das geförderte Gas könnte auch zur Linderung der Energiekrise in Europa beitragen. Es ist das Ende eines langwierigen Streits zwischen Libanon und Israel: Die beiden Staaten einigen sich auf eine gemeinsame Seegrenze. Der israelische Ministerpräsident Jair Lapid sprach am Dienstag von «einer historischen Errungenschaft.» Auch von libanesischer Seite kamen positive Signale. Die endgültige

Fassung des Abkommens stelle den Libanon zufrieden, erfülle seine Forderungen und wahre seine Rechte an seinen Ressourcen, teilte das Büro von Präsident Michael Aoun über Twitter mit. «Wir glauben, dass dies ein faires Abkommen ist», sagte Libanons Chefunterhändler Elias Bu Saab. Hintergrund des jahrzehntelangen Streits ist eine umstrittene 860 Quadratkilometer grosse Fläche vor der Küste, die beide Seiten als ihre ausschließliche Wirtschaftszone beanspruchen. Der Konflikt um den Grenzverlauf hatte sich nach der Entdeckung von großen Mengen Erdgas verschärft. Die Nachbarn erhoffen sich wirtschaftliche Vorteile. Offiziell befinden sich Israel und der Libanon noch immer im Krieg. Die Verhandlungen über den umstrittenen Grenzverlauf waren im Oktober 2020 in einem ungewöhnlichen Schritt aufgenommen worden. Es war der erste Kontakt seit Jahrzehnten, der sich nicht um das Thema Sicherheit drehte. Das Gas aus Israel könnte auch zur Linderung der Energiekrise in Europa beitragen. Seit der russischen Invasion in der Ukraine sucht die EU verstärkt nach anderen Energiequellen. Der israelische Ministerpräsident Jair Lapid hatte vor einiger Zeit angekündigt, die Gasexporte nach Europa erhöhen zu wollen. Dem Libanon soll mit dem Abkommen nach israelischen Medienberichten die Erschließung des Offshore-Gasfeldes Kana ermöglicht werden. Israel behält demnach die Hoheit über das Gebiet rund um die Karisch-Gasplattform nördlich der israelischen Hafenstadt Haifa. SRF.ch

Österreich – Von den Hochschulanalytischen Quacquarelli Symonds (QS) wurden in diesem Jahr über 1.400 Universitäten nach sechs Indikatoren bewertet. Am besten klassierte sich wie schon im Vorjahr die Uni Wien auf Platz 151, allerdings rückt ihr die Technische Universität (TU) Wien immer näher: Sie verbesserte sich von Platz 180 auf 179. Die TU Graz musste hingegen sieben Plätze einbüßen und belegt heuer Platz 284. Auch die Universität Innsbruck fiel deutlich zurück und landete auf Platz 308 (zuletzt: 281). ORF.at

- Bundespräsident Alexander van der Bellen gewinnt am 9.10. die Wiederwahl mit 56% zu seiner zweiten Amtszeit bis 2028. Der Name scheint aus den Niederlanden des 18. Jahrhunderts zu stammen. Seine Wiederwahl ist gut für Europa und die Ukraine, sagt man in den Niederlanden. Wenn er im Januar angelobt wird, ist er der älteste Präsident mit 79 Jahren. NPO.nl

- Gleichermaßen bang blicken Wintersportbegeisterte und Touristiker auf die startende Saison: Nach den pandemiebedingten Ausfällen der letzten Jahre sollte heuer die Skisaison wieder ablaufen wie früher. Stattdessen macht dem die Inflation einen Strich durch die Rechnung. Preise von fast 70 Euro pro Tageskarte machen das Skifahren endgültig zum Luxussport. ORF.at

Polen – Die Ölpipeline Druschba hat nach Angaben des polnischen Betreibers ein Leck. Es soll gestern Abend entdeckt worden sein; die Ursache ist noch unklar. Laut dem Unternehmen ist ein Abschnitt der Leitung 70 Kilometer von der zentralpolnischen Stadt Plock entfernt betroffen. Die Druschba-Pipeline ist eine der weltweit grössten. Sie liefert Öl aus Russland in weite Teile Mitteleuropas und versorgt auch die ostdeutschen Raffinerien in Leuna und Schwedt. RBB.de

Russland – Russland meldet Festnahmen wegen Explosion auf Krim-Brücke. Wegen der Explosion auf der für Russland strategisch wichtigen Krim-Brücke sind nach Behördenangaben acht Personen festgenommen worden. „Zum derzeitigen Zeitpunkt sind im Zusammenhang mit dem Strafverfahren fünf russische Staatsbürger und drei Staatsbürger aus der Ukraine und Armenien festgenommen worden“, teilte der Pressedienst des russischen Geheimdienstes FSB heute der Nachrichtenagentur Interfax zufolge mit. Moskau macht den ukrainischen Militärangehörigen für die Explosion verantwortlich. ORF.at

Schweden – König Willem-Alexander und Königin Máxima der Niederlande starten am 11. Okt. ihren dreitägigen Staatsbesuch in Schweden. Der Besuch konzentriert sich auf Nachhaltigkeit. Die gegenseitige Bindung zwischen der niederländischen und der schwedischen Königsfamilie ist auch ziemlich dauerhaft; Die guten Beziehungen zwischen den Königshäusern reichen weit zurück. Die niederländische Prinzessin Louise van Oranje-Nassau heiratete 1850 den schwedischen Kronprinzen Karl. Seitdem besteht eine starke Bindung zwischen den beiden Königshäusern. Vielleicht besuchen Willem-Alexander und Máxima in den kommenden Tagen Prinzessin Victoria und ihren Ehemann Daniel. Sie sehen sich bereits regelmäßig, zum Beispiel auf Geburtstagsfeiern. Victoria ist sogar die Patin von Prinzessin Amalia (die wiederum Brautjungfer bei Victorias Hochzeit war). Willem-Alexander und Máxima sind die Paten von Prinzessin Estelle, der zehnjährigen Tochter von Victoria und Daniel. Ob Zeit für eine Tasse Tee mit der schwedischen Thronfolgerin und ihrem Ehemann bleibt, bleibt abzuwarten, denn die nächsten drei Tage sind ausgebucht. Beim Besuch von Willem-Alexander und Máxima dreht sich alles um Nachhaltigkeit, etwas, an dem sowohl die Niederlande als auch Schweden viel arbeiten. Der Staatsbesuch beginnt in der Hauptstadt Stockholm, wo das niederländische Königspaar vom schwedischen König Carl XVI. Gustaf und Königin und Silvia empfangen wird. Anschließend erhalten Willem-Alexander und Máxima eine Führung durch das Kriegsschiff Vasa, das von einem holländischen Schiffsbauer gebaut wurde. Auch die Verteidigungskooperation zwischen den Niederlanden und Schweden wird berücksichtigt. Am Abend findet ein Staatsbankett statt, bei dem beide Könige eine Rede halten. NPO.nl

- Ist die Literatur-Nobelpreisträgerin eine Antisemitin? Annie Ernaux (82) hat in der Vergangenheit Aufrufe und Petitionen mitunterzeichnet, in denen zum Boykott gegen Israel aufgerufen wurde. Zudem ist sie Unterstützerin der politischen Kampagne BDS «Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen». Ernaux hatte auch zu einem Boykott des European Song Contest aufgerufen, als der in Israel stattfand. «Ihr Handeln lässt sich vielleicht aus ihrem nibelungentreuen Festhalten an Positionen der extremen Linken erklären, die in der Tat ein Problem mit Israel und vielleicht sogar mit dem Antisemitismus hat», sagt Literaturwissenschaftler Jürgen Ritte, Professor an der Université de la Sorbonne in Paris. Es gibt keine explizit antisemitischen Äußerungen von ihr. Vordergründig gehe es um Kritik an Israel, die durchaus gerechtfertigt ist – und um Antikolonialismus. Problematisch ist vor allem der Vorwurf, Israel sei ein Apartheidsregime, der von Annie Ernaux mitunterzeichnet wurde. Ihre Literatur baut vor allem auf ihrer Herkunft auf. Sie stammt aus eher bescheidenen Verhältnissen. In ihren Werken transportiert sie diese kollektive Erfahrung des Aufsteigens, des Verlassens eines familiären Kontexts, einer sozialen Schicht. SRF.ch

Schweiz – Sechs Schweizer Hochschulen rangieren unter den Top 200 der besten Hochschulen der Welt. Die ETH Zürich ist weiterhin die beste Hochschule Kontinentaleuropas. Nicht mehr dabei in der Rangliste des Magazins «Times Higher Education» ist die Universität Genf. Die ETH Zürich gewinnt im Vergleich zum Vorjahr vier Ränge hinzu und belegt nun Platz 11. Damit ist sie nach wie vor die bestplatzierte Hochschule außerhalb der USA und Großbritanniens. Dies zeigt die publizierte Rangliste des Magazins «Times Higher Education». Die ETH Lausanne verlor im Vergleich zum Vorjahr einen Rang und ist nun auf Platz 41. Ebenfalls zu den weltweit besten Hochschulen gehören die Universität Zürich auf Platz 82 (zuvor 75), sowie die Universität Bern auf Platz 94 (zuvor 101). Die Universität Basel belegt Platz 101, Lausanne 135. Nicht mehr unter die besten 200 schaffte es die Universität Genf – im letztjährigen Ranking belegte sie noch Platz 197. An der Spitze der Rangliste liegt – einmal mehr – die britische Universität Oxford. Es folgen die US-Universität Harvard und die britische Universität Cambridge. Gemäß den Autoren des Rankings geraten führende europäische Universitäten zunehmend unter Druck. Denn Hochschulen aus asiatischen Ländern holen auf.

- Seltsame Gebühr auf der Kreditkartenabrechnung: «Born in Switzerland» – geboren in der Schweiz, steht prominent auf der Webseite der bekannten Schwizer Unterwäschemarke

Calida mit Sitz in Sursee (LU). Doch beim Bezahlen im Online-Shop hat die Swissness von Calida ein abruptes Ende. Eine Calida-Kundin aus Basel bezahlt ihre Online-Bestellung mit ihrer UBS-Visakarte. Und sie findet auf der Kreditkartenabrechnung wenig später eine seltsame Belastung: «Ich fand eine Buchung von einer Firma Reich GmbH aus Deutschland – und zwar ein Auslandszuschlag von 1.75 Prozent», erzählt sie dem SRF-Konsumentenmagazin «Espresso». Das macht im Fall der Kundin zusätzlich 2 Franken 35 für den «Zuschlag Schweizerfranken im Ausland»...

- Mutmasslich fiktive Coronatests: Schaden geht in die Millionen. Reihenweise erfundene Coronatest: Santésuisse schätzt den Schaden für den Bund auf 20 Millionen Franken.
- Am Montagmorgen kam es beim Zahlungssystem von Coop Supermärkten zu technischen Problemen. Kunden konnten ihre Einkäufe nicht mehr mit Kredit- und Debitkarten begleichen. Wer nicht mit leeren Einkaufstaschen nach Hause gehen wollte, musste bar zahlen. Erst am Folgetag konnte Coop die Störung beheben.
- Über 80 Prozent der Mütter sind berufstätig. Die meisten Frauen mit Kindern arbeiten in einem hohen Teilzeitpensum weiter. SRF.ch

UNO – Blockiert eine UNO-Vetomacht im Sicherheitsrat eine Entscheidung, nimmt sich die UNO-Generalversammlung der Sache an. Das Verfahren ist neu, es existiert erst seit diesem Frühjahr. Es soll Staaten davon abhalten, ihr Veto-Recht zu gebrauchen. Deshalb debattiert nun das formal oberste UNO-Organ mit sämtlichen 193 Mitgliedern über die russische Annexion ukrainischer Provinzen. «Illegal» nennt sie Csaba Körösi, der Präsident der Generalversammlung. Für den ukrainischen Botschafter Sergiy Kyslytsya bedrohen «Russlands Referenden in den vier Gebieten die UNO-Charta». SRF.ch

USA – «Mord ist ihr Hobby»-Schauspielerinnen Angela Lansbury gestorben. Die Schauspielerin der Hobby-Detektivin Jessica Fletcher ist in Los Angeles im Alter von 96 Jahren verstorben.

- Die Lage könne schlimmer werden, bevor sie sich bessere. Davor hatte IWF-Chefin Kristalina Georgiewa in allgemeinen Worten bereits gewarnt – in einer Rede zum Auftakt des Jahrestreffens von IWF und Weltbank in Washington. Nun untermauert der IWF seine pessimistische Einschätzung mit Zahlen: Die Weltkonjunktur werde sich weiter abschwächen auf magere 2.7 Prozent Wachstum 2023. Das wäre eine deutliche Abkühlung im Vergleich zum laufenden Jahr – mit geschätzt 3.2 Prozent globalem Wachstum. Doch das Schlimmste komme noch, sagte am Dienstag IWF-Chefökonom Pierre-Olivier Gourinchas: «Für viele Menschen wird sich 2023 wie eine Rezession anfühlen.» Etwa ein Drittel der Welt müsse sich darauf gefasst machen, dass die Wirtschaft für mehrere Monate schrumpfe. Auch Europa sei betroffen. Das Hauptproblem ist die hohe Inflation. Energie, Nahrungsmittel und viele andere Dinge des täglichen Bedarfs verteuern sich laufend. Und es ist unwahrscheinlich, dass die Preise für Öl, Gas und Strom nachhaltig sinken, solange Russlands Krieg in der Ukraine andauert. Unangenehm überrascht und herausgefordert dadurch, dass die Teuerung sich so hartnäckig hält, sind die Notenbanken. Sie stemmen sich nun – vor allem in den USA und in Europa – gegen diesen Preisschub. Sie versuchen, die Inflation zu dämpfen, indem sie mit höheren Zinsen Kredite für Investitionen und den Konsum immer weiter verteuern. Das hat aber eine Kehrseite, was auch der IWF einräumt: Die Zinserhöhungen der Notenbanken bremsen nämlich nicht nur den Preisauftrieb. Sie bremsen gleichzeitig auch das Wachstum. Trotzdem betont der IWF-Chefökonom: Die Notenbanken müssten ihren Kurs halten, um ihre Glaubwürdigkeit zu wahren. Der Kampf gegen die Inflation habe Priorität. Selbst wenn dadurch das Risiko steige, zu übersteuern, also die Konjunktur ganz abzuwürgen. Mit dieser Empfehlung setzt sich der IWF der Kritik aus, die Inflationsbekämpfung wichtiger zu nehmen als das Wohlergehen der Menschen. Denn die Volkswirtschaften leiden praktisch rund um den Globus unter einem derart kompromisslosen Kurs, wie ihn etwa die US-Notenbank fährt. Aber noch schlimmer werde es, rechtfertigte sich heute der IWF-Chefökonom, wenn die Inflation außer Kontrolle gerate

und sich die Preisspirale nach oben beschleunige. Tatsächlich würden dann alle Volkswirtschaften noch stärker geschwächt. Die Menschen könnten sich mit ihrem Geld immer weniger leisten. Ein solch anhaltender Kaufkraftverlust hätte besonderes in den ärmeren Ländern verheerende Konsequenzen. Und der IWF müsste schon bald erneut seinen Wirtschaftsausblick nach unten korrigieren. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell‘ Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 10.10.2022

Deutschland – Die großflächigen Ausfälle im Zugverkehr in Norddeutschland gehen Medienberichten zufolge auf Sabotage zurück. Die zuständigen Sicherheitsbehörden hätten Ermittlungen aufgenommen, melden verschiedene Medien unter Berufung auf die Deutsche Bahn. Im Norden von Deutschland fuhren am Samstagmorgen keine Züge im Fernverkehr. Noch immer gibt es Beeinträchtigungen. Nahezu der gesamte Zugverkehr in Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein war am Samstagmorgen eingestellt worden. Auch Fernzüge von Berlin Richtung Nordrhein-Westfalen und von dort weiter gegen Süden waren betroffen. Viele Fahrgäste strandeten aufgrund der Störung an den Bahnhöfen. Auch Verbindungen ins Ausland fielen aus. Mehrere Medien und Nachrichtenagenturen zitierten einen Sprecher der Deutschen Bahn. Demnach seien die großflächigen Ausfälle im Zugverkehr in Norddeutschland auf Sabotage zurückzuführen. «Aufgrund von Sabotage an Kabeln, die für den Zugverkehr unverzichtbar sind, musste die Deutsche Bahn den Zugverkehr im Norden heute Vormittag für knapp drei Stunden einstellen», sagte eine Bahnsprecherin am Samstag der Deutschen Presse-Agentur. Konkret habe es eine Störung des digitalen Zugfunks gegeben. «Er dient der Kommunikation zwischen den Leitstellen, die den Zugverkehr steuern, und den Zügen und ist damit unverzichtbarer Bestandteil für den reibungslosen Zugverkehr», erklärte die Bahn. Die Sicherheitsbehörden hätten Ermittlungen aufgenommen. Die Bundespolizei spricht von Fremdeinwirkung. Zugfunkstörung behoben: Fernverkehr im Norden Deutschlands läuft wieder an SRF.ch

- Bei der AfD-Demo in Berlin hat es nach Angaben der Polizei bis zum Nachmittag keine größeren Zwischenfälle gegeben. Es habe lediglich vor dem Bundeskanzleramt Gerangel gegeben – dort seien Teilnehmer auf eine Gegendemonstration getroffen. Die Polizei schätzt, dass mehr als zehntausend Menschen an der AfD-Kundgebung teilgenommen haben, deutlich mehr als die angemeldeten 4.000. Dagegen seien die Gegendemonstrationen mit höchstens 1.400 Menschen deutlich kleiner ausgefallen als angemeldet. RBB.de

Frankreich – subventioniert nach ungarischem Vorbild seine Spritpreise. Biden erwägt in USA Sprit steuerfrei zu verkaufen. RFI.fr

Großbritannien – Ersatz für die Ukraine. Eurovision Song Contest 2023 findet in Liverpool statt. Grossbritannien springt 2023 als Gastgeberland anstelle der Ukraine ein. Als Datum wurde der 13. Mai festgelegt. SRF.ch

Indien – Bei einem Lawinenunglück im Himalaya sind mindestens 26 Bergsteiger gestorben. Drei weitere werden gemäß einem Mitarbeiter des indischen Katastrophenschutzes noch vermisst. Die Bergungsarbeiten auf dem Draupadi Ka Danda II (Bergspitze 5670 m. ü. M.) dauerten noch an und wurden von schlechtem Wetter behindert.

Die Lawine traf das Bergsteiger-Team auf einer Höhe von mehr als 5000 Metern, als es am Abstieg war. Team-Anführer Nayab Subedar Anil Kumar sagte dem örtlichen Fernsehsender NDTV, dass die meisten der 42 Bergsteiger seines Teams während der Lawine in einer Gletscherspalte Zuflucht gesucht hätten. SRF.ch

Iran – Frankreich fordert seine Bürger auf, den Iran so schnell wie möglich zu verlassen. Es bestehe die Gefahr willkürlicher Festnahmen und unfairer Verurteilungen, schreibt das französische Außenministerium. Auch das Auswärtige Amt in Deutschland rät von Reisen in den Iran «dringend ab». Die Schweiz hat bisher keine Reisewarnung herausgegeben. SRF.ch

Kuba – ein Jahr nach den Protesten. Dass die Menschen in Kuba aus Protest auf die Straße gehen, kommt selten vor. Und wenn, werden die Demonstrationen massiv unterdrückt. Wie auch im Sommer vor einem Jahr. Über tausend Demonstrierende wurden verhaftet, viele wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Doch in Kuba gärt es weiter. Die 33-jährige Coiffeurin Aylin erinnert sich an den 11. Juli 2021, als es landesweit zu Protesten kam: «Es war ein spontaner Protest. Ich bin rausgegangen, weil ich es wollte. Es waren in dem Moment viele Dinge zusammengekommen: Der Mangel an Medikamenten und Nahrungsmitteln, die Ineffizienz der kubanischen Regierung.» Die kubanische Mangelwirtschaft bringt die Menschen zum Verzweifeln – seit Jahrzehnten. Über die sozialen Netzwerke organisierten die Demonstrierenden vor einem Jahr landesweite Proteste. «No tenemos miedo» (Wir haben keine Angst) oder «Libertad» (Freiheit) skandierten die Menschen. 1'400 Personen wurden im Zuge der Proteste verhaftet, darunter auch Aylin's Bruder, der inzwischen wegen Bagatellen zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden ist. Gegen fast 500 Protestierende wurden Haftstrafen von bis zu 25 Jahren erlassen. Martha Roldan, eine Rentnerin in der Hauptstadt Havanna, hat kein Verständnis für den Aufstand und die Flucht ins Ausland: «Das sind doch Leute, die keine Kultur haben, die machen hier Propaganda und sind einfach nur unfähig. Die Revolution gibt so viel Unterstützung. Niemand wird hier misshandelt.» Kürzlich kam es anlässlich eines Stromausfalls wieder zu kleineren spontanen Demonstrationen. In Camagüey und auch in Manzanillo gingen die Bewohner auf die Straße. Größere Proteste blieben indes aus. Die hohen Haftstrafen, die in den letzten Monaten gegen die Demonstrierenden verhängt wurden, haben eine abschreckende Wirkung. «International» – SRF.ch

Niederlande – Die Atomkraft ist zurück. Es sei saubere Energie, sagen die Befürworter, und man sei nicht vom Ausland abhängig. Die Regierung will deshalb 2 neue Kernkraftwerke in den Niederlanden bauen. Das bedeutet aber auch mehr radioaktiven Abfall. „Seit 1980 befindet sich der gesamte radioaktive Abfall in den Niederlanden in der Provinz Zeeland“. Vor 1980 wurde radioaktiver Abfall ins Meer gekippt. Laut Boelen war das der Standard. „1980 gab es eine enorme Umwälzung in Sachen Umweltbewusstsein. „Wenn die Leute über Atommüll sprechen, sprechen sie oft über die Brennstäbe, die Energie erzeugen. Wenn diese Brennstäbe wirtschaftlich erschöpft sind, gehen sie nach Frankreich. Dort werden das wiederverwendbare Uran und das wiederverwendbare Plutonium zurückgewonnen. Das sind 95 Prozent. Die anderen 5 Prozent, die Abfallkomponente, wird in einem kleinen Zylinder zurückgegeben, etwa 1 Meter 50 oder 1 Meter 70 hoch. Sie kommen schließlich bei uns in Vlissingen an und wir lagern sie in einem separaten Gebäude.“ Und das ist nicht irgendein Gebäude. „Das ist ein Gebäude mit 1,70 Meter dicken Wänden. Dieses Gebäude enthält mehr Stahl als der Eiffelturm. Es ist ein stark strahlendes Material, also müssen Sie es gut abschirmen. Die Wand besteht aus sehr dickem Beton und wenn sie drumherum ist, merkt man es nicht“, erklärt Boelen. Da kommt nichts durch. „Wir haben etwa 3000 Besucher pro Jahr. Diese Leute gehen einfach über die Lagerfläche.“ Es dauert sehr lange, bis der radioaktive Abfall unschädlich ist. „Was wir in den Niederlanden tun werden: Wir lagern den

Abfall zunächst etwa 100 Jahre lang in diesen speziellen Lagergebäuden. Dieser Abfall ist nach 100 Jahren immer noch sehr radioaktiv. Dann kommt er in ein geologisches Endlager. Wo genau das sein wird, steht noch nicht fest. NOS.nl

Nordkorea – Das südkoreanische Militär teilte mit, Nordkorea habe am Donnerstag erneut zwei ballistische Kurzstreckenraketen in Richtung des Japanischen Meeres abgefeuert, wie die südkoreanische Nachrichtenagentur Yonhap berichtete. Die Geschosse seien bei der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang gestartet worden. Die eine sei bei einer maximalen Höhe von 80 Kilometern 350 Kilometer weit geflogen, die andere 800 Kilometer bei einer maximalen Höhe von 60 Kilometern. Wenige Stunden später hat Nordkorea zudem zwölf Kampfflugzeuge in der Nähe der innerkoreanischen Grenze entsandt. Die Maßnahme war offenbar eine Reaktion auf ein gemeinsames Seemanöver der südkoreanischen und US-amerikanischen Streitkräfte vom Donnerstag. Wie der südkoreanische Generalstab berichtete, soll die nordkoreanische Flugformation Schießübungen durchgeführt haben. Am Mittwoch hatte Südkorea mitgeteilt, die USA wollten ihren nukleargetriebenen Flugzeugträgers „Uss Ronald Reagan“ erneut in die Gewässer östlich der koreanischen Halbinsel entsenden. [RFERL.us](https://www.rferl.org)

Norwegen – Die drei Preisträger des Friedensnobelpreises. Mit den Preisträgern 2022 zeigt das Nobelkomitee, dass Russland, Belarus, die Ukraine und auch andere ehemalige Sowjetrepubliken mit ähnlichen Problemen kämpfen – aber damit in den vergangenen Jahren sehr unterschiedlich umgegangen sind. Die ukrainische Organisation «Center for Civil Liberties», eine weitere Preisträgerin, engagiert sich heute für die Dokumentation von Kriegsverbrechen in der Ukraine. Doch seit ihrer Gründung 2007 hat sie sich vor allem auch als Kämpferin für die Demokratisierung einen Namen gemacht – durchaus zum Missfallen vieler ukrainischer Politikerinnen und Politiker, gegen Widerstände der Behörden. Die Ukraine hat sich – anders als Russland und Belarus – in den Jahren vor dem Krieg zu einer nicht perfekten, aber doch lebhaften Demokratie entwickelt. Die dritte Preisträgerin ist die russische Organisation Memorial. Sie hatte seit ihrer Gründung 1988 unter anderem Menschenrechtsverbrechen in der Sowjetunion aufgedeckt und dokumentiert. Das Oberste Gericht Russlands liess «Memorial» im vergangenen Dezember kurzerhand verbieten, die Organisation habe gegen ein Gesetz über ausländische Agenten verstoßen. Damit führte das Gericht vor allem auch vor Augen, welche unterschiedliche Wege die drei vermeintlichen Bruderstaaten Russland, Belarus und Ukraine eingeschlagen haben. Der inhaftierte Menschenrechtsaktivist Ales Bjaljazki erhält den Preis für Belarus. SRF.ch

Opec – Die Opec und ihre Verbündeten (Opec+) haben beschlossen, ihre Ölproduktion um zwei Millionen Barrel pro Tag zu drosseln. Dies teilt die Organisation in Wien mit. Das ist die größte Kürzung seit Beginn der Covid-19-Pandemie und kommt trotz des Drucks der USA, das Angebot zu erhöhen, zustande. Eine Verringerung der Fördermengen könnte die Barrelpreise wieder ansteigen lassen. Mit der Maßnahme reagiert das erweiterte Kartell, zu dem auch Russland gehört, auf die gesunkenen Ölpreise. Diese waren wegen der Angst vor einer globalen Rezession, dem starken Dollar und steigenden Zinsen zuletzt auf etwa 90 Dollar je Barrel gefallen, nachdem sie vor drei Monaten noch bei 120 Dollar gelegen waren. Faktisch fällt die Kürzung allerdings geringer aus, da bereits jetzt einige Staaten wie Nigeria, Angola und Russland weniger fördern als die bisherigen Vereinbarungen erlauben. Das Ölkartell Opec+ hat einen weltweiten Marktanteil von etwa 40 Prozent. Die Ölpreise legten nach der Entscheidung für die Kürzung der Fördermenge zu. Am Mittwochabend kostete ein Barrel (159 Liter) der Nordseesorte Brent 93.06 US-Dollar (91.57 Schweizer Franken). Das waren 1.25 Dollar mehr als am Dienstag. Der Preis für ein Barrel der US-Sorte West Texas Intermediate (WTI) stieg um 0.87 Dollar auf 87.36 Dollar. Für US-Präsident Joe Biden kommt die drastische Kürzung der Rohölförderung zum denkbar

ungünstigsten Zeitpunkt, denn sie könnte zu einem Anstieg der Benzinpreise am Vorabend der Midterm-Wahlen führen, nachdem seine Bemühungen fast 100 Tage in Folge zu einem Rückgang geführt hatten. Die USA hatten die Opec denn auch gedrängt, den Weg der Drosselung nicht zu beschreiten, laut der Nachrichtenagentur Reuters mit dem Argument, dass die wirtschaftlichen Fundamentaldaten eine Verringerung des Angebots nicht zulassen würden. Die Opec+ bezeichnet ihr Handeln als verantwortungsbewusst. Es gehe ihr nicht nur um die eigenen Einnahmen, sondern um Versorgungssicherheit und Verlässlichkeit, sagte der saudi-arabische Energieminister Abdulasis bin Salman. SRF.ch

Polen – Polen fordert von Deutschland 1,3 Billionen Entschädigung für die im Zweiten Weltkrieg erlittenen Schäden. Die Regierung in Warschau will Berlin in einer diplomatischen Note darüber informieren. Das Thema könnte auch den Polen-Besuch von Außenministerin Baerbock dominieren. Alle Oppositionsparteien unterstützen die Forderung. Außenministerin Baerbock weist die Forderungen zurück. Es hätte seinerzeit einen Deal mit Stalin gegeben, der alles erledigt habe. PR.pl

Schweden – Der Nobelpreis für Physik wird in diesem Jahr an Alain Aspect von der Universität Paris-Saclay und der École Polytechnique in Frankreich, John F. Clauser von J.F. Clauser & Assoc. in Walnut Creek in den USA und Anton Zeilinger von der Universität Wien „für Experimente mit verschränkten Photonen, Nachweise der Verletzung der Bell'schen Ungleichung und Pionierarbeiten auf dem Gebiet der Quanteninformation“ verliehen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entdeckten Physiker, dass sich in der mikroskopischen Welt der Teilchen und Atome ein gänzlich anderes Verhalten als in der klassischen Welt zeigt. Erst die Theorie der Quantenmechanik – entwickelt von Werner Heisenberg, Erwin Schrödinger und anderen Physikern (z.B. *Max Planck, sagt die AWR-Redaktion*) – lieferte Konzepte, um die Vorgänge in der Quantenwelt zu beschreiben. Gemäss dieser Theorie können Teilchen beispielsweise miteinander verschränkt sein, wodurch bestimmte Eigenschaften miteinander verknüpft sind und sie sich nicht mehr unabhängig voneinander beschreiben lassen. Zudem werden die Eigenschaften eines Quantenteilchens erst durch eine Messung festgelegt. Dadurch verändert die Messung an einem Teilchen unmittelbar den Zustand eines anderen mit ihm verschränkten Teilchens – egal wie weit beide voneinander entfernt sind. Damit wären gleich zwei Prinzipien der klassischen Physik nicht eingehalten, zum einen Lokalität – es gibt keine „spukhafte Fernwirkung“ – und zum anderen Realismus – die Eigenschaften der Gegenstände existieren unabhängig davon, ob wir sie messen. mit weiteren Experimenten sorgten die Nobelpreisträger für Aufsehen. Beispielsweise gelang es Anton Zeilinger gemeinsam mit seinen Kollegen im Jahr 1997 erstmals, einen Quantenzustand zu teleportieren – eine Idee, die Physiker zu Beginn der 1990er-Jahre zu diskutierten begannen. In ihren Experimenten übertrugen Zeilinger und sein Team einen bestimmten Quantenzustand von einem Teilchen an einem Ort auf ein Teilchen an einem anderen Ort. Bei einer solchen Quantenteleportation geht der Zustand des Ursprungsteilchens verloren und das andere Teilchen nimmt diesen Zustand an. Die drei Physiker werden für bahnbrechende Experimente ausgezeichnet, mit denen sie in den vergangenen Jahrzehnten die Gesetzmässigkeiten der Quantenmechanik immer wieder überprüften und bestätigten. Ihre Ergebnisse revolutionierten nicht nur die Physik, sondern bereiteten auch den Weg für neue Technologien, mit denen sich Quantenzustände kontrollieren lassen und ganz neue Anwendungen ermöglicht werden – von der Quantensensorik, über Quantencomputer bis hin zur Quantenkryptographie.

- Mit Klick-Chemie können Forschende in den Labors dieser Welt ganz nach Wunsch Moleküle zusammenbauen und so kleinste Bestandteile in einer menschlichen Zelle zum Leuchten bringen – oder ein Krebsgeschwür zum Abschuss freigeben. Diese Klick-Chemie entwickelten die Chemiker Barry Sharpless und Morten Meldal zusammen mit Carolyn Bertozzi und erhielten dafür den Nobelpreis für Chemie. Das Lego-Set für Chemikerinnen

und Chemiker hatte seinen Ursprung vor über 20 Jahren im Labor vom Amerikaner Barry Sharpless. Dort begannen die Forschenden nach sogenannten Klick-Molekülen zu suchen. Moleküle also, die wie Legosteine zusammenklicken und dann eine feste Verbindung eingehen. Die richtigen Moleküle für den Klick fand der Däne Morten Meldal per Zufall: Azide und Alkine. Somit konnten die Chemiker beginnen, neue Moleküle zusammenzubauen. Das führte dann zu neuen Materialien, wie zum Beispiel Plastik, der antibakteriell ist oder auch Sonnenlicht einfangen kann. Die Amerikanerin Carolyn Bertozzi trieb diese Innovation noch weiter, als sie es schaffte, diese Technik auch in die molekularbiologische Forschung zu bringen. Sie fand einen Weg, die Klick-Chemie in einer lebenden Zelle zu ermöglichen – ebenfalls mithilfe von Alkinen. Dank dieser Technik markieren heute Forschende auf der ganzen Welt Proteine oder andere Bestandteile einer Zelle mit fluoreszierenden Leuchtstoffen. Und können dann live mitverfolgen, was in der Zelle mit den markierten Stoffen passiert. Schon heute wird diese Technik in der Krebstherapie-Forschung verwendet. SRF.ch

Schweiz – Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosenquote sinkt im September auf unter zwei Prozent. Im September ist die Zahl der Arbeitslosen in der Schweiz auf das tiefste Niveau seit 20 Jahren gefallen.

- Credit Suisse will Hotel Savoy am Zürcher Paradeplatz verkaufen. Die Prestige-Immobilie an der teuersten Adresse in der Schweiz soll gegen 400 Millionen Franken wert sein. Wer im Gesellschaftsspiel «Monopoly» auf Feld Nummer 39 ein Haus oder sogar ein Hotel bauen kann, darf sich glücklich schätzen. Der Paradeplatz in Zürich gilt als teuerste Adresse in der Schweiz – nicht nur im berühmten Brettspiel. Unter anderem besitzt die Großbank Credit Suisse Immobilien am Paradeplatz. Dazu gehört auch das Luxushotel Hotel Savoy, das derzeit renoviert wird. Nun will die CS diese Prestige-Immobilie verkaufen. CS braucht dringend Geld. Hotel ist vorübergehend geschlossen. Mit dem Verkauf des Hotels würde die Credit Suisse eine ihrer letzten großen Immobilien im Portfolio der Bank abtreten. In den vergangenen Jahren hat die Bank bereits diverse andere Liegenschaften verkauft. Darunter auch der Bürokomplex Üetlihof am Fusse des Üetlibergs, in dem die CS heute noch eingemietet ist. Die krisengeschüttelte CS sei auf der Suche nach Geld, sagt SRF-Wirtschaftsredaktor Manuel Rentsch. Denn die Bank steckt kurz vor einem großen Umbruch. Hunderte oder sogar tausende Stellen sollen gestrichen werden. «Es ist für die Bank schwieriger geworden, an Geld zu kommen.»SRF.ch

Tschechien – Präsident Macron vergattert 44 Regierungschefs auf der Prager Burg gegen Russland und Belarus. Ursula von der Leyen träumt bereits von einer EU+ mit 44 Mitgliedern, worunter Türkei, Armenien, Aserbaidschan, Ukraine, Moldowa, Georgien, Westbalkan.... Nach einem Regimechange könnten auch Belarus und Russland beitreten. Die EU++ wäre der größte Staat der Welt. RŽ.cz

Ukraine – Die Ukraine wird erst Friedensverhandlungen mit Russland zustimmen, wenn alle besetzten Gebiete – auch die Krim – zurückgegeben wurden und die Reparationen in Billionenhöhe bezahlt sind. RUI.iua

Ungarn – Immer mehr Deutsche wandern nach Ungarn aus, fast alle sind bereits Rentner. Berufstätige, zumal mit Kindern im schulpflichtigen Alter, sind bisher eher die Ausnahme. MR.hu

UNO – Der UNO Menschenrechtsrat weigert sich, über die Unterdrückung der muslimischen Uiguren in China eine Debatte zu führen. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 06.10.2022

Baltikum – Das Baltikum ist in einer eigenen Inflations-Sphäre. 24.2 % in Estland, 22.4 % in Lettland, 22.5 % in Litauen: Nirgends in Europa ist die Inflation so hoch wie im Baltikum. Das war schon vor dem Krieg in der Ukraine so. Höhere Kosten für russisches Gas und Lebensmittel aus der Ukraine fallen in diesen Ländern deutlich stärker ins Gewicht. Experten weisen auf einen weiteren Effekt hin, wonach die Arbeits- und Finanzmärkte im Baltikum verhältnismässig gut durch die Pandemie gekommen sind und die Löhne danach stark, um bis zu 10 Prozent, gestiegen sind. Das treibt die Inflation an. SRF.ch

Belarus – Eine wachsende Zahl von Russen wählt das benachbarte Weißrussland für ihren nächsten Urlaub, um Zugang zu westlichen Waren und Finanzdienstleistungen zu erhalten, die zu Hause aufgrund der gegen Moskau verhängten Sanktionen wegen der Invasion der Ukraine nicht mehr verfügbar sind. Im Gegensatz zu Russland bleiben die meisten ausländischen Einzelhändler und großen Zahlungsunternehmen im ehemaligen sowjetischen Weißrussland präsent, das oft als „letzte Diktatur in Europa“ bezeichnet wird. „Marken wie H&M, Bershka und Pull & Bear haben Russland verlassen, aber wir [die nach Weißrussland reisen] können sich von Kopf bis Fuß in sie kleiden“, sagte Yelena Shitikova, eine Führungskraft des Reisebüros Family Travel für die Region Archangelsk, das Touren nach Weißrussland anbietet. „Alles dort funktioniert, es gibt keine Sanktionen“, fügte sie hinzu. Mit mehreren täglichen Flügen und Zügen zwischen Moskau und Minsk ist Weißrussland zu einem immer beliebteren Ziel für Russen geworden, die westliche Waren kaufen oder ein Bankkonto eröffnen möchten, das Visa- oder MasterCard-Debitkarten ausstellt, die in Russland nicht mehr erhältlich sind. Die Buchungen von Reisen nach Weißrussland sind um mehr als 60 % gestiegen. RBI.by

Bosnien – Im Rennen um die dreiköpfige Präsidentschaft bei der Wahl in Bosnien und Herzegowina haben nationalistische Kandidaten erstmals offenbar herbe Verluste erlitten. So setzte sich nach Angaben der Wahlbehörde bei den bosniakischen Vertretern der als proeuropäisch geltende Denis Becirovic mit 56 Prozent der Stimmen gegen Bakir Izetbegovic durch, den langjährigen Chef der größten bosnischen Partei SDA. Im Rennen um den kroatischen Sitz sicherte sich den Teilergebnissen zufolge der Reformler Zeljko Komsic eine vierte Amtszeit. Der für seinen Separatismus und Nationalismus bekannte Milorad Dodik sicherte sich unterdessen wohl erneut das Präsidentenamt in der Republika Srpska. Nach Auszählung von rund 80 Prozent der Wahlzettel ging Dodik laut Wahlkommission mit 48,8 Prozent der Stimmen in Führung. Oppositionskandidatin Jelena Trivic kam diesen Angaben zufolge auf rund 43 Prozent. Die Abstimmung war so komplex wie das Land selbst. Auf der Ebene der gesamtstaatlichen Institutionen bestimmten die Wählerinnen und Wähler vor dem Hintergrund wachsender ethnischer Konflikte die zwei Kammern des zentralen Parlaments sowie die dreiköpfige Präsidentschaft. Das in einen serbischen und einen kroatisch-bosniakischen Teilstaat geteilte Land mit einer Zentralregierung wählte auf drei Ebenen: Neben der gesamtstaatlichen Ebene wurden in der Republika Srpska, dem serbischen Landesteil, die regionalen Abgeordneten sowie der Präsident und seine zwei Stellvertreter gewählt. Beobachter gehen davon aus, dass Dodik wieder Präsident der Republika Srpska wird. Der 63-Jährige hatte dieses Amt bereits zweimal inne. In der bosniakisch-kroatischen Föderation fand die Wahl für ein Zweikammerparlament statt, das dann einen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten bestimmen wird. Die Wählerinnen und Wähler entscheiden auch über die Mitglieder der Versammlungen der zehn Kantone, aus denen die Föderation besteht. Auf gesamtstaatlicher Ebene besteht die Präsidentschaft aus einem Kroaten, einem Bosniaken

und einem Serben, die sich alle acht Monate im Vorsitz abwechseln. Die Zentralregierung ist für das Militär, das Justizsystem, die Steuerpolitik, den Außenhandel und die Diplomatie zuständig. Die Teilstaaten haben ihre eigenen Polizei-, Bildungs- und Gesundheitssysteme. Das komplexe und wenig funktionsfähige politische System in dem Balkan-Staat ging aus dem Dayton-Abkommen von 1995 hervor, mit dem der Bürgerkrieg der 90er Jahre mit 100.000 Toten beendet worden war. Seit 1995 ernennt der UNO-Sicherheitsrat einen Hohen Repräsentanten, der die Umsetzung des Friedensabkommens überwacht. Derzeit hat der Deutsche Christian Schmidt das Amt inne. Der Gesandte ist formal befugt, in die Gesetzgebung einzugreifen und gewählte Politiker abzusetzen. Die neuen Maßnahmen würden darauf abzielen, „die Funktionsfähigkeit der Föderation von Bosnien und Herzegowina zu verbessern und die rechtzeitige Umsetzung der Ergebnisse der Wahlen vom Oktober 2022 zu gewährleisten“, hieß es in einer Erklärung von Schmidt. ORF.at

Brasilien – Am 30. Oktober kommt es bei der Präsidentenwahl in Brasilien zu einem zweiten Wahlgang. Keiner der Kandidaten hat mehr als 50 Prozent der Stimmen erreicht. Nach Auszählung fast aller Stimmen hat der linke Ex-Präsident Luiz Inacio Lula da Silva 48 Prozent erhalten. Der amtierende rechte Präsident Jair Bolsonaro 43 Prozent. Neben dem Staatspräsidenten werden in Brasilien auch Abgeordnete, Senatoren und Gouverneure gewählt. SRF.ch

Bulgarien – Bei den Parlamentswahlen in Bulgarien ist die bürgerliche Oppositionspartei GERB mit rund 25.4 Prozent der Stimmen stärkste Partei geworden. Auf Platz zwei landete mit knapp 20 Prozent die regierende liberale PP («Wir führen den Wandel fort») des im Juni gestürzten Regierungschefs Kiril Petkow. Die drei Parteien der regierenden Koalition verloren ihre Mehrheit. Damit ist unklar, welche Parteien gemeinsam eine neue Regierung bilden könnten. Gemäß amtlichen Zwischenergebnissen und Prognosen mehrerer Meinungsforschungsinstitute hat die prowestliche bürgerliche Oppositionspartei GERB des langjährigen Ministerpräsidenten Boiko Borissow die vorgezogene Parlamentswahl gewonnen. Borissow war im April 2021 nach Korruptionsvorwürfen abgewählt worden. Etwas mehr als 20 Prozent erreichte die regierende liberale PP («Wir führen den Wandel fort») von Ex-Regierungschef Kiril Petkow. Sie liegt damit auf Platz zwei. Die drei Parteien in Petkows früherer Koalitionsregierung aus PP, Sozialisten und dem konservativ-liberal-grünen Bündnis DB kämen demnach zusammen auf rund 38 Prozent. Ins Parlament könnten zwischen sechs und acht Parteien einziehen. Unter ihnen ist erneut auch die prorussische und nationalistische Wasraschdane («Wiedergeburt»), die mit rund elf Prozent der Stimmen rechnen kann. Vor den Wahlen waren mögliche Bündnisse ausgeschlossen worden und mehrere Parteien warfen einander vor, korrupt zu sein. Es war bereits die vierte Parlamentswahl seit rund eineinhalb Jahren im ärmsten EU-Land. Die Wahlbeteiligung war tief. Die amtlichen Ergebnisse werden erst in den kommenden Tagen erwartet. Vor der Wahl hatte die PP eine Koalition mit Borissows GERB ausgeschlossen. Sie warf Borissow und seiner Partei Korruption vor. Unter dem Motto «Lasst uns unsere Arbeit abschliessen» will die PP den Kampf gegen die Korruption weiter fortsetzen. Sie versprach auch, die Inflation zu zügeln, einem Nato- und EU-Kurs zu folgen und 2024 den Euro einzuführen. SRF.ch

China – China hat gegen den Besuch einer deutschen Bundestags-Delegation in Taiwan protestiert und damit gedroht, „notwendige Massnahmen“ zu ergreifen. Die Parlamentarier wollen sich ein Bild über die Lage machen. CGTN.cn

Deutschland – Angst vor höheren Energiepreisen. Die Strompreise für deutsche Haushalte dürften weiter steigen, das legt eine Analyse mehrerer Vergleichsportale nahe. Die teure Energie sorgt schon jetzt für hitzige Debatten, dabei haben die Preissteigerungen – seit 2019 ist der Börsenpreis für Energie um 1000 Prozent gestiegen – noch gar nicht voll

durchgeschlagen. Wegen langfristiger Verträge mit den Versorgern. Vergangene Woche hat Kanzler Scholz nun ein neues, 200 Milliarden Euro schweres Hilfspaket für Unternehmen und Verbraucher präsentiert. Schon davor hat er im Kampf gegen steigende Preise vieles probiert: das 9-Euro-Ticket, Tankrabbatt, Mehrwertsteuersenkung beim Gas. Dennoch weist das Land im September mit 10.9 Prozent die zweithöchste Inflation unserer Nachbarländer aus. SRF.ch

Frankreich – Frankreich schafft es am besten – vorerst. Präsident Macron hat den größten Inflationstreiber, die steigenden Energiepreise, früh bekämpft, bereits im Herbst 2021 an französischen Zapfsäulen ist der Sprit mit 30 Cent pro Liter subventioniert, Gas- und Strompreise sind gedeckelt. Bislang geht die Rechnung auf: Die Inflation ist im September mit 6.2 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat so tief wie in keinem anderen Euro-Land. Allerdings bergen die Massnahmen Risiken, denn es ist völlig offen, wie hoch die Rechnung für Energieversorger und Staat am Ende ausfallen wird. Frankreich hat aber noch einen Trumpf: Es bezieht den Strom hauptsächlich aus eigenen Atomkraftwerken und ist viel weniger von (russischem) Gas abhängig. SRF.ch

Großbritannien – Liz Truss krebst nun doch zurück: Nach heftiger Kritik an ihren Wirtschaftsplänen hat die britische Regierung eine massive Kehrtwende vollzogen. Finanzminister Kwasi Kwarteng kündigte am Montagmorgen in Birmingham an, den Spitzensteuersatz von 45 Prozent für Topverdiener doch nicht zu streichen. SRF.ch

Indonesien – 37 Kinder waren unter den mindestens 125 Menschen, die am Wochenende nach einem Fußball-Spiel in Ostjava getötet wurden. Die Katastrophe am Samstag in einer Kleinstadt hat das Problem ins Rampenlicht gerückt. RRI.id

Iran – Auslöser der Demonstrationen ist der Tod der 22-jährigen Mahsa Amini vor gut zwei Wochen. Die Sittenpolizei hatte sie wegen ihres angeblich «unislamischen Outfits» festgenommen. Was mit Amini danach geschah, ist unklar. Die Frau fiel ins Koma und starb am 16. September in einem Krankenhaus. In der iranischen Hauptstadt Teheran sind Sicherheitskräfte mit Gewalt gegen protestierende Studentinnen und Studenten vorgegangen. Staatliche Medien bestätigen die Proteste an einer der renommiertesten Universitäten Irans. Videos zeigen Menschen, die vor Sicherheitskräften fliehen. Teile des Campus seien abgeriegelt und Studierende festgenommen worden, melden Oppositionsquellen. Seit zwei Wochen kommt es täglich in mehreren iranischen Städten zu Protesten gegen die Regierung. In der Nacht zu Montag riegelten örtlichen Medienberichten zufolge Polizisten und Milizen den Campus der renommierten Scharif-Universität nach Protesten ab. Auch mehrere Professoren der Elite-Universität sollen nach Angaben des iranischen Nachrichtenportals «Emtedad» verprügelt worden sein. SRF.ch

Italien – Sonderfall bei den Löhnen. Seit drei Jahrzehnten sind die Löhne in Italien kaum mehr gestiegen. Im Hinblick auf die hohe Inflation (9.5 Prozent im September) könnte man argumentieren, dass die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale somit minimal ist. Und das ist gut. Die stagnierenden Löhne haben aber eine Kehrseite: Millionen Italienerinnen und Italiener leben in Armut und sind auf Hilfe des Staates angewiesen. Italien gibt, gemessen am Bruttoinlandprodukt, im Kampf gegen steigende Energiepreise so viel Geld aus wie nur wenige andere europäische Länder: Tankrabbatt, Prämien für klamme Haushalte, Inflationsausgleich bei Renten. Die neue Regierungschefin Meloni hat Hoffnungen auf weitere große Staatshilfen indes bereits gedämpft. Selbst wenn sie weitere Schulden machen wollte: Die Staatsverschuldung ist in Italien schon jetzt exorbitant hoch, die Finanzmärkte goutieren keine weitere Verschuldung.

• Venedig verkommt zum Disneyland. In Venedigs Altstadt leben weniger als 50'000 Menschen. 1945 waren es 175'000. Ist das der Anfang vom Ende für Venedig? Je mehr

Touristen nach Venedig kommen, umso grösser ist die Nachfrage nach Unterkünften und Lokalen. Hoteliers und Restaurantbesitzerinnen zahlen immer höhere Preise für neuen Wohn- und Nutzraum. Einheimischen werden so hohe Preise für ihre Wohnungen geboten, dass sich viele dazu verführen lassen, sie zu verkaufen. Dazu kommt, dass immer mehr Venezianer wegziehen und aus ihren Apartments lukrative Ferienwohnungen machen. Mit Touristen verdient man schliesslich viel mehr als mit normalen Mietern. Die Folgen sind dramatisch: Die Stadt entvölkert sich und wird zunehmend zu einer historischen Kulisse für Touristenmassen, die durchschnittlich nur zwei Tage in der Stadt bleiben. SRF.ch

Lettland – Bei der Parlamentswahl in Lettland liegt die liberalkonservative Partei Jauna Vienotiba (Neue Einigkeit) von Regierungschef Krisjanis Karins vorn. Sie hat 18.9 Prozent der Stimmen erhalten. Laut der Wahlkommission wurde zweitstärkste Kraft das oppositionelle Bündnis der Bauern und Grünen mit 12.7 Prozent. Das neu gebildete Wahlbündnis Vereinigte Liste erreicht 11.0 Prozent. SRF.ch

Österreich – Österreich probiert es mit der Strompreisbremse. Mit 11% hat Österreich die höchste Inflation unserer Nachbarländer. Ab Dezember soll die Strompreisbremse wirken und den durchschnittlichen Haushalt um 500 Euro pro Jahr entlasten. Bereits in Kraft ist ein Geflecht aus Gutscheinen und Ausgleichszahlungen, das laut Kritikern jedoch nicht wirklich bei jenen ankommt, die Hilfe brauchen. Die Regierung ist in der Selbstbeurteilung weniger kritisch: Finanzminister Magnus Brunner pries im Sommer das österreichische Inflationspaket als das Grösste in Europa. Tatsächlich liegt es, gemessen am prozentualen Anteil am Bruttoinlandprodukt, im europäischen Mittelfeld. Allerdings: Hohe Staatsausgaben sind im Kampf gegen die Inflation nicht per se sinnvoll. Sie können im Gegenteil zum Problem werden, wenn sie die Nachfrage der Haushalte – und damit die Inflation – weiter ankurbeln. SRF.ch

Polen – Der polnische Außenminister Rau hat nach ARD-Informationen eine diplomatische Note an das Auswärtige Amt unterzeichnet. Darin werden 1,3 Billionen Euro Reparationszahlungen von Deutschland gefordert – für die Schäden im Zweiten Weltkrieg und die Folgen der deutschen Besatzung. RBB.de

Schweden – Mit dem Medizin-Preis startete der Nobelpreis-Reigen. Am Dienstag und Mittwoch werden die Träger des Physik- und des Chemie-Preises benannt. Am Donnerstag und Freitag folgen die Bekanntgaben für den Literatur- und den Friedensnobelpreis. Die Reihe endet am folgenden Montag, 10. Oktober, mit dem von der schwedischen Reichsbank gestifteten sogenannten Wirtschafts-Nobelpreis. Die feierliche Vergabe aller Auszeichnungen findet traditionsgemäss am 10. Dezember statt, dem Todestag des Preisstifters Alfred Nobel. Bereits am vergangenen Donnerstag waren die Träger der diesjährigen Alternativen Nobelpreise von der Right Livelihood Stiftung bekanntgegeben worden. Der Nobelpreis für Medizin geht in diesem Jahr an den Schweden Svante Pääbo (67) für seine Erkenntnisse zur menschlichen Evolution. Das teilte das Karolinska-Institut am Montag in Stockholm mit. Pääbo ist Direktor und wissenschaftliches Mitglied am Max-Planck-Institut für Evolutionäre Anthropologie. Er sequenzierte unter anderem als erster Forscher das Neandertaler-Genom. Die bedeutendste Auszeichnung für Mediziner ist in diesem Jahr mit zehn Millionen schwedischen Kronen (rund 920'000 Euro) dotiert. Seit 1901 haben 224 Menschen den Medizin-Nobelpreis erhalten, darunter 12 Frauen. Der erste ging an den deutschen Bakteriologen Emil Adolf von Behring für die Entdeckung einer Therapie gegen Diphtherie. 1995 erhielt als erste und bislang einzige deutsche Frau Christiane Nüsslein-Volhard diese Auszeichnung. Im vergangenen Jahr bekamen David Julius (USA) und der im Libanon geborene Forscher Ardem Patapoutian den Preis. Die beiden haben

Zellrezeptoren entdeckt, über die Menschen Temperaturen und Berührungen wahrnehmen. Der Nobelpreis ist eine seit 1901 jährlich vergebene Auszeichnung, die der schwedische Industrielle Alfred Nobel (1833–1896) gestiftet hat. SRF.ch

Schweiz – der starke Franken hilft. Die Inflation ist in der Schweiz im September auf 3.3 Prozent geklettert, wie das Bundesamt für Statistik heute meldet. Dass sie nicht höher ist, ist unter anderem dem starken Franken zu verdanken: Dank seiner Kaufkraft können wir verhältnismäßig günstig importieren – das dämpft die Inflation. In der Eurozone ist die Inflation deutlich höher, so hoch wie noch nie: Im September stiegen die Preise gegenüber dem Vorjahresmonat um 10 Prozent. Es ist der stärkste Anstieg seit Einführung des Euro im Jahr 1999. Allerdings sind die Unterschiede in Europa riesig (siehe Karte), das Spektrum reicht von 6.2 Prozent in Frankreich bis deutlich über 20 Prozent im Baltikum. Ein Blick auf unsere Nachbarländer und die unterschiedlichen Versuche der Regierungen, die Inflation zu bekämpfen.

- Verborgен hinter dicken Türen und hohen Zäunen und von Videokameras überwacht, liegt der Campus der Novartis mitten im Basler St. Johann-Quartier. Der Stadtteil liegt direkt am Rhein und glänzt mit prägenden architektonischen Perlen, Läden und Restaurants, von denen die Baslerinnen und Basler bisher nichts hatten. Die meisten kennen den Campus nur von Bildern, einige wenige konnten durch Bekanntschaften mit Novartis-Angestellten schon einmal durch die Straßen schlendern. Für den Großteil der Bevölkerung ist dieser Stadtteil jedoch ein unbekannter Ort. Dies ändert sich ab Oktober: Ab dann ist das Firmengelände tagsüber öffentlich zugänglich. Dies sei ein großer Schritt für die Firma, sagt Novartis-Sprecherin Nelly Riggенbach. Lange habe man Angst vor Industriespionage gehabt, doch mit der Digitalisierung habe sich das verändert: «Die Idee, dass man mit Zäunen Daten schützen kann, die musste die Firma in den letzten Jahren beerdigen.» Das Image einer «verbotenen Stadt» wolle der Konzern mit der Öffnung ablegen, der Bevölkerung Einblicke in die Forschung von Novartis ermöglichen. «Wenn wir wollen, dass die Gesellschaft versteht, was wir machen und warum das wichtig ist, dann ist der Schritt der Öffnung nichts als logisch», ist Riggенbach überzeugt. Jahrzehntlang herrschte bei der Novartis eine Art Abschottungspolitik. Wer das Gelände betreten wollte, konnte dies nur mit einer Einladung: Pass oder ID wurden am Empfang streng kontrolliert. «Dieses Prozedere wird den Leuten künftig erspart, seit Oktober kann man einfach auf den Campus spazieren», sagt Riggенbach. Die schrittweise Öffnung des Campus setzte im Frühjahr 2022 ein, als der Pharmariese ein Begegnungszentrum eröffnete. 20 Millionen Franken kostete der Pavillon, in welchem Quartierbewohnende und Forschende in einem Café und einem Ausstellungsraum aufeinandertreffen sollen. Wir haben nichts zu verbergen und möchten mehr Austausch mit der Bevölkerung. Ziel des Zentrums sei es, Transparenz zu schaffen, sagte Novartis-Verwaltungsratspräsident Jörg Reinhardt kurz vor der Eröffnung des Pavillons gegenüber Radio SRF: «Eine so große Firma hat eine Verpflichtung, zu dokumentieren, was sie tut. Wir haben nichts zu verbergen und möchten mehr Austausch mit der Bevölkerung.» Auf die Eröffnung des Pavillons folgt nun also die Öffnung des ganzen Areals. Es ist jedoch eine mit Einschränkungen. Ähnlich wie bei einem Museum gelten auf dem Firmengelände strikte Öffnungszeiten und Regeln. Rauchen und Trinken ist auf dem Novartis-Campus verboten, lautes Musikhören ist ebenfalls nicht erlaubt. Über die bevorstehende Öffnung informiert der Konzern nur sehr zurückhaltend. Die Novartis hängte den Entscheid nicht an die grosse Glocke. Mit Angst vor **Vandalen** oder Tierschützern hänge das jedoch nicht zusammen, betont Riggенbach. Störaktionen Linksradikaler, wie bei der Eröffnung des Pavillons im Frühjahr, erwarte man keine.

- Inflation in der Schweiz geht im September leicht zurück
- Die vom Bundesrat erlassene Vorschrift, dass Wohnungen im Krisenfall nur noch auf maximal 19 Grad geheizt werden dürfen, kollidiert mit einem Urteil des Bundesgerichts, wonach Wohnungen mindestens 20 Grad warm sein sollten. SRF.ch

Südtirol – Nach den Ereignissen des Bozner Blutsonntags vom April 1921 organisierten die Faschisten im Oktober 1922 den Marsch auf Bozen, Der Marsch auf Bozen vom 1. bis 2. Oktober 1922 war eine gewalttätige politische Aktion italienischer Faschisten, die gegen die deutsche Volksgruppe in Südtirol gerichtet war. Eine direkte Folge des Marsches auf Bozen war die rechtswidrige Absetzung von Julius Perathoner, des letzten deutschen Bürgermeisters der damals noch mehrheitlich deutschsprachigen Stadt Bozen, sowie des italienischen Zivilkommissars Luigi Credaro. Mit dem „Marsch auf Bozen“ wurde die demokratische Selbstverwaltung der Stadt Bozens beseitigt. Erst nach 1945 wurden wieder demokratische Gemeinderatswahlen durchgeführt. Am 2. Oktober 2012 erinnerte die Stadt Bozen erstmals mit einer offiziellen Gedenkfeier an diese Ereignisse. Die 100 Jahre Veranstaltung wurde vom Vertreter der faschistischen Fratelli d'Italia kritisiert. RAI.it

Ukraine – Präsident Selenski verkündete, dass Liman in der Region Donezk vollständig zurückerobert wurde. Die russischen Truppen hatten das winzige Dorf aufgegeben. Damit beginnt die Rückeroberung von Lugansk, Donezk, Cherson und Saporischja durch die ukrainische Armee. Zum Schluss fällt dann auch Putin. RUI.ua

Ungarn – Nach zweimonatiger Pause gab Ministerpräsident Viktor Orbán am Freitagmorgen sein übliches Interview im Kossuth-Radio. Politische Entscheidungen und fehlgeleitete Sanktionen Brüssels hätten zu den hohen Energie- und Lebensmittelpreisen in Europa geführt. Ungarn habe genug Gas, aber 2023 werde noch schwieriger als dieses Jahr. Brüssel belog die Bürger Europas. Es wurde versprochen, dass sich die Sanktionen nicht auf die Energiepreise auswirken und den Krieg in der Ukraine schnell beenden würden. „Wir sind wütend, denn wir wurden betrogen“, sagte Orbán weiter. Seiner Ansicht nach wird der Krieg noch lange dauern, die Energiepreise infolge der Sanktionen hoch bleiben, so dass sich die „Spekulanten die Hände reiben“. Die Spekulanten – angefangen bei George Soros sowie den Aktionären großer Energieunternehmen – verdienen zusätzliche Milliarden. Die Energiepreise seien nicht durch wirtschaftliche Faktoren, sondern durch politische Entscheidungen in Brüssel in die Höhe getrieben worden, sagte er. Orbán betonte, dass die ungarische Wirtschaft die Auswirkungen viereinhalb bis fünf Monate lang nicht spüren würde, sollte das Gas ab morgen früh nicht in Ungarn ankommen, „weil wir Vorräte angelegt haben“.

- Der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP), der serbische Präsident Aleksandar Vucic und der ungarische Regierungschef Viktor Orban treffen einander heute in Budapest angesichts steigender Flüchtlingszahlen zu einem Gipfel über Migration. KR.hu

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Gazprom-Chef: „Keine Garantie, dass Europa den Winter überlebt.“

13. 10. 2022



Alexey Miller sieht Europas Krisenwinter düster: Denn allein die Wiederherstellung von „Nord Stream“ würde mehr als ein Jahr dauern. Der Chef von Gazprom prophezeite außerdem: Gemessen an der Gasmenge in unterirdischen Speichern in Europa überlebt der alte Kontinent den Winter nicht – wie der [Guardian](#) berichtete. Die deutschen Gasvorräte hätten nur eine Kapazität für 2–2,5 Monate. Miller warnte den alten Kontinent im Rahmen der russischen „Energie-Sieben-Konferenz“ in Moskau eindringlich vor den Folgen des Verzichts auf russisches Gas.

Außerdem hänge die Wiederherstellung von Nord Stream auch von Siemens ab, da Russland immer noch keinen Zugang zu dessen Territorium habe.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) US-Außenminister: Nord-Stream-Gaslecks sind „riesige Chance“

04. 10. 2022



US-Außenminister Antony Blinken | Bild: screenshot YouTube

Laut russischen Presseberichten könnten die Inspektionen der Pipelines Wochen, und Reparaturen sogar Monate, wenn nicht Jahre dauern. Dies würde dann die Möglichkeit ausschließen, Europa in diesem Winter mit Gas zu beliefern. Gazprom hat nämlich auch angekündigt, auch die Gaslieferungen über die Ukraine nach Europa einzustellen. Worauf der Gaspreis wieder deutlich gestiegen ist, und sich der Kurs des Euro zum Dollar verschlechtert hat.

Nun bezeichnete aber gerade US-Außenminister Antony Blinken bezeichnete den Schaden bei der Pipeline als „außergewöhnliche strategische Chance“. Und zwar diesbezüglich, dass die Havarie eine großartige Gelegenheit wäre, die Abhängigkeit von russischem Gas „*ein für allemal*“ zu beenden, sodass Wladimir Putin nicht in der Lage sein werde, „*Energie als Waffe*“ einzusetzen. ([Mandiner](#))

<https://www.youtube.com/watch?v=dYh4NhJQcbs&t=2s>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Nord Stream kann zeitnah repariert werden – Pipeline-Röhren-Lager auf Rügen

04. 10. 2022



Rohre für Nord-Stream 2 auf Lager in Rügener Hafen

Nord Stream 1 und Nord Stream 2 können technisch repariert werden, erklärte auch der Vizepremierminister Russlands Aleksander Nowak im Fernsehsender *Rossija 1*.

Bundesregierung unter Druck

Laut einem Artikel vom 15. März des Jahres liegen 5.000 brandneue Erdgasrohre für Nord Stream 2 im Hafen Mukran, Sassnitz im Osten der Insel Rügen. Dies sollte eigentlich die Bundesregierung unter Zugzwang setzen, Reparaturmaßnahmen einleiten zu lassen.

Die „Geschichte“ hinter dem, nun geheim gehaltenen Lager ist eine ganz besondere.

Dänemark hatte Nord Stream 2 seinerzeit den Bau in seinen Gewässern monatelang verweigert. Die Nord Stream 2 AG sorgte vor und plante eine dementsprechende örtliche Umgehung. Dazu bestellte das Unternehmen damals tausende Röhren zusätzlich.

Im Januar 2021 gab die Energiebehörde in Kopenhagen schließlich doch noch die Baugenehmigung, aber da waren die zusätzlichen Röhren bereits geliefert, mit Beton ummantelt und auf Rügen gelagert.

Auch Russland argumentiert mit „Reparaturmöglichkeit“

Auf die Frage, ob das Eindringen von Wasser durch die Lecks die Leitungen für immer außer Betrieb setzen könnte, erklärte der russische Vizepremierminister Novak gegenüber

Rossija 1, dass solche Unfälle zwar noch nicht vorgekommen seien und es daher schwierig sei, ein endgültiges Urteil zu fällen.

Weiter meinte er, „sicherlich gibt es technische Möglichkeiten, die Infrastruktur wiederherzustellen, aber das erfordert Zeit und entsprechende Mittel. Ich bin sicher, dass sich geeignete Möglichkeiten finden werden.“

Er betonte auch, dass Russland derzeit in erster Linie daran interessiert sei, herauszufinden, wer die Pipelines zerstört hat, und nannte Polen, die Ukraine und die USA als Länder, die an der Beseitigung der Nord Stream-Leitungen interessiert seien.

Dazu erklärte Nowak, „wir gehen heute davon aus, dass zunächst geklärt werden muss, wer dies getan hat, und wir sind sicher, dass bestimmte Länder, die bereits in der Vergangenheit ihren Standpunkt bekundet haben, ein Interesse an dieser Sache haben. Sowohl die USA als auch die Ukraine und Polen haben seinerzeit erklärt, dass diese Infrastruktur nicht funktionieren wird und sie alles dafür tun werden, weshalb man sich natürlich ernsthaft damit auseinandersetzen muss“.

Stellt sich die Bundesregierung unwissend?

Da die Rohre an den „Sprengstellen“ allerdings nur von außen gegen die Korrosion durch das Salzwasser geschützt sind, kommt nun darauf an, die Pipeline so schnell wie möglich zu reparieren, bevor das Salzwasser die Beschichtung von innen angreift. Das Material dazu wäre sofort verfügbar und dies auf deutschem Boden.

Nun bleibt also ab zu warten wie sich die Bundesregierung hierzu verhalten wird. Ein zögerliches oder gar nicht erfolgtes Agieren würde die „Regierenden“ hiermit auch zu Verantwortlichen einer unwiederbringlichen Zerstörung der gesamten Pipeline und damit zu weiterem „Frieren“ in Europa lang über diesen Winter hinaus, machen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Europäische Union (EU) (Seiten E 49 – E 51)

04) Die Schlinge zieht sich enger: Jetzt ermittelt auch die neue EU-Staatsanwaltschaft

17. 10. 2022



Ein Herz und eine Seele: EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen und Pfizer-Chef Albert Bourla

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen führt Europa wie eine absolutistische Monarchin. Nicht gewählt, schloss sie Milliardenengeschäfte über SMS ab. Das hat Folgen.

Die Europäische Staatsanwaltschaft ([EUSStA](#)) gibt es erst seit einem guten Jahr. Noch nie hat sie bekannt gegeben, woran sie arbeitet. Bis jetzt. Denn „diese außergewöhnliche Medienmitteilung erfolgt aufgrund des extrem großen öffentlichen Interesses“.

Zwielichtiger Kauf der Corona-Impfstoffe für EU

Die Behörde bestätigt, dass ein Untersuchungsverfahren läuft, das sich mit dem Kauf der Corona-Impfstoffe für die Europäische Union (EU) beschäftigt.

Es geht vermutlich um die eigenmächtigen und intransparenten Kaufverträge, die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen abgeschlossen hat. So hatte sie im Frühjahr 2021 über SMS und Anrufe mit dem Chef von Pfizer, Albert Bourla, ein Milliardengeschäft über Covid-Impfstoffe eingefädelt.

Eigene Mitarbeiter im Unklaren

Ein nicht nur völlig unüblicher Weg, solche Geschäfte abzuschließen, sondern auch ein hochgradig korruptionsverdächtiger. Denn bis heute kennt die EU-Kommission nur geschwärzte Versionen der Kaufverträge. Selbst der Preis der Impfstoffe, den immerhin die Europäer mit ihren Steuergeldern bezahlen müssen, und wichtige Vertragsbedingungen sind unbekannt.

Im Frühjahr wollte daher die EU-Kommission von ihrer Chefin die Chats zwischen ihr und Bourla prüfen. Aber von der Leyen weigert sich bis heute, die Chatnachrichten offenzulegen, viele seien außerdem gelöscht. Wohl deshalb, weil laut *Financial Times* eine Impfdosis anfangs 15,50 Euro kostete, nach dem Deal mussten die Europäer aber 19,50 Euro pro Dosis bezahlen.

Wohl nicht der einzige Fall von Selbstbereicherung

Wie *unzensuriert* [berichtete](#), wird es für EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen immer enger. Denn dieser Fall ist nicht der einzige, der nach Vetternwirtschaft und Korruption stinkt.

Erst kürzlich erhielt eine Universität einen Forschungsauftrag von der EU-Kommission im Wert von 320 Millionen Euro, wo ihr Mann Heiko im Kontrollgremium sitzt – und dafür bestimmt üppig bezahlt wird.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf unzensuriert.de

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Double-Measures der EU-Eliten: Brüsseler-Tintenburg weiter bei 23,3 Grad Celsius wohlig warm

12. 10. 2022



Wie unsere Kollegen von MANDINER vor Ort auskundschaften konnten, wird die Hochburg der EU-Bürokratie, die EU-Kommission, weiterhin auf wohlige 23,3 Grad Celsius aufgeheizt. Was zu Krisenzeiten einer gewissen abgehobenen Arroganz entspricht: Denn die EU-Vorgaben schreiben ja mittlerweile 19 Grad vor. Die Devise vor Ort lautet also: „Quod licet Jovi. Non licet bovi.“ Wortwörtliche Übersetzung: „Was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochs nicht erlaubt.“ (altrömisches Sprichwort)

Derartiges Abgehen von den eigenen Verordnungen oder Vorgaben zeigt auch deutlich die Verlogenheit der verordneten Klimahysterie auf. Dazu passt auch, dass dem westlichem Kriegsziel, Russland niederzuwerfen, der Klimaschutz völlig untergeordnet wird. Wollte man uns vor einem Jahr noch einreden, wir stehen kurz vor einem Klimakollaps, der uns alle dahinraffen wird, so hat jetzt das von den Amerikanern angeordnete Engagement gegen Putin Priorität. Man unternimmt durch Waffenlieferungen alles, um den Krieg zu verlängern – mit katastrophalen Folgen für die Umwelt. Nicht nur im Kriegsgebiet, sondern auch bei uns. Dass man vor lauter Kriegsbegeisterung sogar einen Weltkrieg in Kauf nimmt, rundet das Bild ab.

Wenn die EU-Oberkriegstreiber, die von der Bevölkerung eine größtmögliche Opferbereitschaft abverlangen, nicht einmal im Schlaf daran denken, hier als Vorbild voranzugehen, beweist das einmal mehr den verbogenen Charakter dieser Leute.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte

E. g) Deutschland und nahe Staaten: Politische Themen S. E 53 – E 105

BENELUX-LÄNDER (Seite E 53)

Keine Berichte

BR Deutschland (Seiten E 54 – E 72)
(siehe auch nächsten Abschnitt für Berlin und Brandenburg)

01) Ehrung als Zeichen der Zeit – Baerbock ist „Politikerin des Jahres“

17. 10. 2022



Politikerin des Jahres - Annalena Baerbock

Die Bundesaußenministerin erhielt einen Politikaward in Berlin. Die Laudatio hielt der ehemalige französische Außenminister Jean-Yves Le Drian.

Baerbock widmete den Preis den „mutigen Frauen im Iran.“

Berliner Privat-Hochschule verleiht Titel „Politikerin des Jahres“

Seit dem Jahre 2003 zeichnet das Spartenmagazin Politik & Kommunikation in einer Rankingveranstaltung der Zielgruppe „Politische Entscheider in Deutschland“ Personen, Kampagnen und Projekte im deutschsprachigen Raum aus.

Seit 2009 ist ein Partner dieser wenig bekannten Initiative die Quadriga Hochschule Berlin – nach eigener Darstellung eine „Private Hochschule für Management in den Bereichen Kommunikation, Politik und Public Affairs, Human Resources“.

Diese Hochschule ist eines der Tätigkeitsfelder der „Quadriga Media Berlin GmbH“, gelegen am Werderscher Markt in Berlin, gleich neben dem Neubau des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland.

Am 12. Oktober hielt der ehemalige französische Verteidigungs- und Außenminister Jean-Yves Le Drian im Rahmen der nunmehr [18. Preisverleihung](#) durch Politik & Kommunikation in Berlin die Laudatio, und zwar für die diesjährig ausgezeichnete Annalena Baerbock. Le Drian war erst im Mai 2022 aus seinem Amt als französischer Außenminister im Kabinett Castex ausgeschieden.

Auszeichnung an Baerbock für Klarheit und politischen Mut

In seiner Ansprache nannte Le Drian sein persönliches Verhältnis zu der deutschen Grünen-Politikerin eine „diplomatische Liebe auf den ersten Blick“ und würdigte Baerbock für ihre „Klarheit und den politischen Mut“ im politischen Alltag.

Ende September war Baerbock bereits vom US-Magazin Time auf dessen Liste [„der 100 aufstrebenden Stars“](#) („2022 TIME100 NEXT“) platziert worden. Das Time-Magazin zitiert zur Begründung die deutsche Außenministerin selbst mit ihren Worten.

„Was mich in diesen schwierigen Zeiten optimistisch stimmt, ist das Wissen um die Stärke unserer transatlantischen Union, unserer Bündnisse und unserer liberalen Demokratie.“

Die Jury für diese Preisverleihung wird aus Experten der politischen Kommunikation aus Unternehmen und Universitäten sowie Journalisten berufen, die laut Eigendefinition „aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung, politische Kommunikation aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten“.



Der #politikaward „Politikerin des Jahres“ geht an @ABaerbock. Die Laudatio hielt der frühere französische Außenminister @JY_LeDrian. @ABaerbock ist die erste Politikerin, die diese Auszeichnung bereits das zweite Mal bekommt!



7:00 nachm. · 12. Okt. 2022



53



Antworten



Link kopier.

Nach dem Erstellen einer Shortlist in einem Onlinevoting der Juroren stellen die Nominierten anschließend der Jury ihre Projekte und Kampagnen live am Tag der Preisverleihung vor. Die Kategorien werden auch jährlich variiert, damit ein hoher Grad an Aktualität gewährleistet sein sollte. Die diesjährige Präsentation und Preisverleihung moderierte Hajo Schumacher, freier Autor für Tageszeitungen, in Anwesenheit von 350 Politikern, Journalisten und Vertretern von Wirtschaft, Medien und Gesellschaft.

„Ampel wurde für ihre Politik belohnt“

Baerbock nutze laut Politik & Kommunikation ihre Dankesrede für einen ganz aktuellen Appell: „All unsere Politikpreise widmen wir den mutigen Frauen im Iran“. Ein anderer diesjähriger Preisträger war ein weiterer Bundesminister, der Justizminister Marco Buschmann (FDP), der mit dem Politikaward als „Aufsteiger des Jahres“ ausgezeichnet wurde. Schließlich wurde auch noch Lars Klingbeil als einer der beiden Bundesvorsitzenden der SPD zum „Strategen des Jahres“ gekürt.

Die Ampel versteht es wohl recht gut die „zur Zeit erforderliche“ Politik zu machen, wenn man auch sagt was „erwartet wird“ und dann das genaue Gegenteil tut. So erklärte Baerbock doch, „es ist wichtig, dass Politiker immer im Sinne ihrer Bevölkerung handeln“.

Die diesjährig Geehrten reihen sich ein in die Liste namhafter Preisträger der vergangenen Jahre, darunter bereits auch Jens Spahn, Jean-Claude Juncker, Robert Habeck, Franziska Giffey, Christian Lindner, Andrea Nahles, Winfried Kretschmann, Ursula von der Leyen, was für sich sprechen sollte. Jedoch auch bereits verstorbene Politiker von Rang und Namen wie Hans-Dietrich Genscher, Egon Bahr und Heiner Geißler, waren bereits unter den Geehrten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) „Chemische Industrie“-Chef warnt: „Deutschland wird zum Industrie-Museum werden“

10. 10. 2022



„Es geht darum, die industriellen Systeme zu retten, die unseren Wohlstand sichern“, umschrieb der Geschäftsführer des „Verbandes der Chemischen Industrie“, Markus Steilemann, die dramatische Entwicklung. Er kritisierte in der „Jungen Freiheit“ ([JF](#)): Es bestünde die reelle Gefahr, dass die Energiepolitik der Bundesregierung das Land „vom Industrieland zum Industriemuseum“ macht.

„Täglich einen halben Eiffelturm für zehn Windräder“

Steilemann rechnete vor: Für eine große Ökostromwende müssten täglich zehn neu errichtete Windräder aktiviert werden. Dies würde aber gleichzeitig etwa 4.000 Tonnen Stahl verschlingen – was dem Volumen eines halben Eiffelturms entspräche:

„Das heißt: fünf Eiffeltürme jeden Tag. Und das für die nächsten acht Jahre,“ so der Chef des Industrieverbandes weiter.

Situation von Tag zu Tag dramatischer

Laut seinem Kollegen und Geschäftsführer Wolfgang Große Entrup würde die Situation von Tag zu Tag dramatischer, so dass radikale Schritte und eine Beschleunigung des Tempos erforderlich sind. Ihm zufolge muss die chemische Industrie Luft holen, sie kann nicht auf irgendjemanden und nichts warten.

„Es geht darum, die industriellen Systeme zu retten, die unseren Wohlstand sichern“, sagte Steilemann.

Die Organisation vertritt die Interessen von rund 1900 Unternehmen, die deutschlandweit mehr als 530.000 Arbeitnehmer beschäftigen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Habecks „Prophezeiungen“- 2023 Wirtschaftsleistung sinkt, Inflation wird steigen

10. 10. 2022



Habeck zieht üble Prognosen dem "effizienten" Handeln vor

Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck wird kommende Woche eine sogenannte Herbstprojektion verkünden. Die *Bild* erfuhr vorab Details aus dem Papier.

Statt zu handeln prognostiziert Habeck lieber

Laut einem Artikel der *Bild* rechnet Vizekanzler Robert Habeck mit „einem Konjunkturreinbruch 2023 und weiterhin sehr hoher Inflation“. Diese Prognosen sind Bestandteil eines Positionspapiers aus dem Ministerium des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), das kommende Woche vorgestellt werden soll. Der Titel lautet „Herbstprojektion“.

Da es offenbar ganz klar einfacher für die Regierung, wie auch für deren Wirtschaftsminister Habeck ist, üble Prognosen ab zu geben an Stelle dringend nötige Handlungen zu setzen. Man erfindet nun wohlklingende, beinahe künstlerisch anmutende Titel für die „Früchte des eigenen Versagen“, wie etwa „Herbstprojektion“ für die bevorstehende Energie-Katastrophe in Deutschland.

Nach Angaben von Bild soll die deutsche Wirtschaftsleistung, entgegen vorheriger Prognosen aus dem BMWK mit 2,5 Prozent Wachstum, im Jahr 2023 jedoch um 0,4 Prozent schrumpfen. Weitere Details aus dem Papier sollen nachstehend Aufgelistetes ankündigen.

8 Prozent Preissteigerung Minuswachstum von 0,4 Prozent

Die Preise werden im Schnitt um 8 Prozent zulegen, stärker als noch in diesem Jahr mit + 7,9 Prozent.

Die Konsumausgaben steigen um 6,3 Prozent, niedriger als die Inflationsrate.

Die Arbeitslosenquote steigt voraussichtlich von 5,2 Prozent auf 5,4 Prozent.

Die Löhne könnten im Schnitt um 5,4 Prozent erhöht werden (dieses Jahr waren es + 6 Prozent).

Die Sparquote sinkt von 10,2 Prozent auf 9,6 Prozent.

Marcel Fratzscher, Vorsitzender des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), gab gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters folgende Einschätzung ab.

„Wir erleben eine äußerst ungewöhnliche Rezession, da sie in erheblichem Maße durch einen Rückgang des privaten Konsums getrieben wird, was auch die wirtschaftliche Erholung schleppend und langwierig machen dürfte.“

Ob es hinsichtlich dieser Ankündigungen zu weiteren Entlastungspaketen in Milliardenhöhe kommen muss, ist soweit nicht bekannt. Eine Sprecherin des BMWK teilte auf eine Anfrage der Wirtschaftswoche lediglich mit, „es gibt noch keine finalen Zahlen. Die finalen Arbeiten dauern an“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Episode 1 - Putin ist nicht der einzige Verrückte im Kreml. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 606-08

10. Oktober 2022

47. Jahrgang

Episode 1

Natürlich kann ich mir nicht anmaßen zu beurteilen, von welcher Krankheit **Wladimir Putin** befallen ist. Ich halte ihn allerdings für einen Psychopathen. „Psychopathie ist eine schwere Persönlichkeitsstörung. Psychopathen manipulieren und handeln, ohne Reue zu empfinden. Sie lügen, betrügen und nutzen ihre Mitmenschen geschickt aus. Dabei sind sie ausgesprochen risikobereit und verhalten sich verantwortungslos.“ Besser und treffender als bei Wikipedia nachzulesen, kann man kaum Putin beschreiben, der überdies alle Eigenschaften eines Kriegsverbrechers und Massenmörder aufweist.

Dieses Geschwafel aus Kreisen der Linken und der SPD, man müsse trotz allem mit Putin im Gespräch bleiben und verhandeln, ist unerträglich, weil sinnlos. Mit Putin verhandeln soll wer will, Herr Scholz oder Herr Macron. Der ukrainischen Regierung ist nicht zuzumuten, mit der Kreml-Führung, die sich wie ein Mafia-Clan verhält, auch nur ein Wort zu wechseln.

Mit dem Satz: „Angaben zum Verlauf des Krieges oder zu Opferzahlen durch offizielle Stellen der russischen und der ukrainischen Seite können in der aktuellen Lage nicht unmittelbar von unabhängiger Stelle überprüft werden.“, überschreibt das **ZDF** alle seine Meldungen und Nachrichten aus der Ukraine. Ob der ukrainische Geheimdienst die Krim-Brücke angegriffen hat, wie es Putin behauptet, kann sein. Beweise gibt es nicht. Es gibt auch keine Beweise dafür, dass Putins Geheimdienst Löcher in die Nordstream-Leitungen gesprengt oder die Glasfaserkabel der Deutschen Bahn durchtrennt hat.

Immerhin soll **Arne Schönbohm**, Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, wegen offenbar immer noch bestehender Kontakte zu einem von ihm gegründeten dubiosen Verein mit Verbindungen zum russischen Geheimdienst, aus dem Amt entfernt werden. Warum er jetzt? Der ganze Vorgang ist seit Jahren bekannt. Müssen nun Satiriker wie **Jan Böhmermann** die Aufgaben der deutschen Geheimdienste übernehmen und uns vor solchen Leuten schützen?

Putin ist nicht der einzige Verrückte im Kreml. Seine Strohpuppe **Dmitri Medwedew** hat mit weiteren Raketenangriffen als Reaktion auf die Teilsprengung der Krim-Brücke auf ukrainische Städte gedroht. „Die erste Episode ist vorbei. Es wird weitere geben“, schrieb Medwedew, der Vizesekretär des Sicherheitsrats ist, beim Nachrichtendienst Telegram. Der

ukrainische Staat sei in seiner jetzigen Form eine ständige Bedrohung für Russland. Deshalb müsse die politische Führung des Nachbarlands vollständig beseitigt werden, betonte Medwedew. Dies sei seine „persönliche Position“. Quelle: ZDF

Wenn es nicht so traurig wäre und es nicht um Menschenleben ginge, könnte man sich darüber totlachen, dass Russland die Ukraine als Bedrohung betrachtet. Schon vergessen? Russland hat die Ukraine angegriffen, um sie zu vernichten. Bedauerlicher Weise ist dazu Russland immer noch in der Lage. Auch wenn die Hälfte der Raketen heute abgewehrt werden konnten, bedeutet das immer, dass die andere Hälfte ihr Ziel erreicht hat. Die Rückeroberung von Gebieten, die Russland besetzt hat, ist erfreulich, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, über welche Potenziale Russland verfügt.

Auch wenn die Moral, der einst so ruhmreichen Roten Armee am Boden liegt, kann sie immer noch der Ukraine maximalen Schaden zufügen. Man muss kein Kriegstreiber sein, wenn die Forderung, weitere Waffen an die Ukraine zu liefern, immer und immer wieder wiederholt wird. Was denn sonst? Wenn Sie 22 Euro übrighaben, können Sie die Frage „Was denn sonst?“ am 12. Oktober **Richard David Precht** und **Harald Welzer** im Delphi Filmpalast stellen. Dort vermarkten die Scholz-Versteher ihr Buch »Die vierte Gewalt – Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist«.

Aus verschiedenen Umfragen geht hervor, dass die Mehrheit der Deutschen für Waffenlieferungen an die Ukraine ist, womit auch schwere Waffen gemeint sind. Das Gebot der Stunde ist, dass mehr als je zuvor, Waffen an die Ukraine geliefert werden müssen. Es gibt keine Alternative dazu, weil man mit Psychopathen und Verbrechern nicht verhandeln kann. Es gibt nur eine Möglichkeit, den Krieg zu beenden, nämlich dann, wenn Putins Mörderbande einsieht, ihn nicht gewinnen zu können. Und, wenn sie merkt, dass sie der eigenen Bevölkerung nicht mehr erklären kann, warum bei einer Operation am Körper der Ukraine, die eher einer Hinrichtung gleicht, so viele russische Soldaten sterben müssen.

Aus wie vielen Episoden letztlich der Krieg bestehen wird, wissen wir heute noch nicht. Auch nicht, wann – nach Medwedew – die erste Episode endet oder endete und wann die zweite begann beziehungsweise beginnen wird. Der Angriffskrieg auf die Ukraine muss für Russland die schmerzhafteste Erfahrung dieses Jahrhunderts werden.

Ed Koch

05) Trotz und nicht wegen - die Wahl in Niedersachsen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 606-07

10. Oktober 2022

47. Jahrgang

Trotz und nicht wegen

Stefan Weil und die SPD Niedersachsen haben trotz **Olaf Scholz** gewonnen, die Grünen trotz der verworrenen Politik von **Robert Habeck** und die CDU hat wegen **Friedrich Merz** und der Performance der Bundes-Union verloren, und auch die FDP wegen ihrer Bundespartei und der unaufhaltsam verglühenden Sternschnuppe **Christian Lindner**.

Das von SPD-Chef **Lars Klingbeil** verkündeten sozialdemokratische Jahrzehnt, ist nicht so richtig in Schwung gekommen. Aber, Immerhin, es ist bei der SPD wie bei Hertha, nicht gewinnen, aber wenigstens ein Unentschieden wie gestern gegen Freiburg mit 2:2. Zwei von vier Landtagswahlen gewonnen, Saarland und Niedersachsen, zwei verloren, weil die Wähler in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen lieber auf die Amtsinhaber setzten, was der SPD auch in Niedersachsen zugutekam. Immerhin hat man der CDU ein Bundesland, das Saarland, abgekämpft. Die Bilanz am Ende des Jahres ist also ausgeglichen zwischen SPD und Union. Aber, die GroKo ist nun erst einmal überall erledigt.

Die FDP hat es besonders schwer getroffen, in zwei Landtagen nicht vertreten und in den beiden anderen nicht mehr in der Regierung. Das kann man getrost Absturz nennen. Diese miese Bilanz wird allerdings in Berlin Folgen haben. Das Klientel der FDP sieht sich durch die Bundes FDP nicht hinreichend bedient. Zu viele rot-grüne Kröten müssen immer wieder geschluckt werden. Irgendwann führt das zur Bewusstlosigkeit. Um diese zu verhindern, bleibt Lindner nur eines, noch mehr als bisher ein Veto bei rot-grünen Projekten einzulegen. Die Krisen zu bewältigen, wird also nicht einfacher.

Man kann verlieren und trotzdem gewinnen. 3,5 Prozent Minus zur letzten Wahl reichten für die SPD trotzdem zum Wahlsieg. Die Grünen liegen mit 14,5 Prozent (+5,8) knapp unter dem Wert der Umfrage vom 6. Oktober der Forschungsgruppe Wahlen des ZDF. Bei SPD und CDU hat die FGW ins Schwarze getroffen, CDU 28 vorhergesagt, 28,1 (-5,5) erreicht, SPD 33 vorhergesagt, 33,4 erreicht. In den Umfragen lag die FDP noch bei fünf Prozent, geworden sind es magere 4,7.

Im nächsten Jahr geht's weiter: Im Mai in Bremen, im Herbst in Bayern und Hessen, und, wer weiß, vielleicht im Frühjahr auch in Berlin. Und dann wird sich zeigen, wer trotz gewinnt oder wegen verliert.

Ed Koch

1

06) Landtagswahl Niedersachsen: GroKo praktisch abgewählt – Rot-Grün kommt – AfD mit kräftigem Plus – FDP fliegt raus

09. 10. 2022

Hochrechnung ARD, 09.10.2022, 22:58 ▾

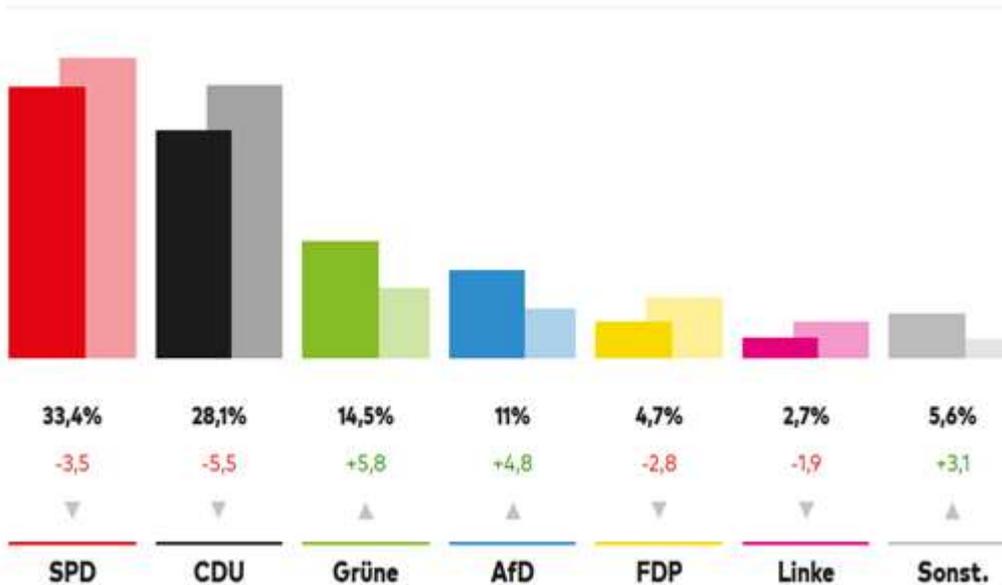


Bild: screenshot WELT

+++

UPDATE

+++

Stand um 06:26

VORLÄUFIGES ENDERGEBNIS

- SPD: 33,4 Prozent (-3,5)
- CDU: 28,1 Prozent (-5,5)
- Grüne: 14,5 Prozent (+5,8)
- AfD: 10,9 Prozent (+4,7)
- FDP: 4,7 Prozent (-2,8)
- Linke: 2,7 Prozent (-1,9)
- Sonstige: 5,6 Prozent (+3,3)

Stand um 22:30 Uhr:

Deutlichere Mehrheit für Rot-Grün bestätigt

Laut der jüngsten Hochrechnung von infratest dimap haben SPD und Grüne ihre Mehrheit für eine Regierungsbildung ausgebaut und kämen demnach auf 81 von 74 benötigten Sitzen.

FDP jetzt nur noch bei 4,8 Prozent

Ein Einzug der FDP in den Landtag wird damit unwahrscheinlicher. Laut der jüngsten Hochrechnung von infratest dimap hat sie noch mehr Stimmen verloren. Nach aktuellem Stand kommt die FDP nur mehr auf 4,8 Prozent der Stimmen. Die Verluste teilen sich auf

alle anderen Parteien auf. Hauptprofiteur ist die AfD: laut Wählerwanderung gingen 40.000 frühere die Stimmen früherer FDP-Wähler an die AfD, 25.000 an die CDU, 10.000 an die SPD. 15.000 ehemalige Wähler der Liberalen gingen nicht zur Wahl.

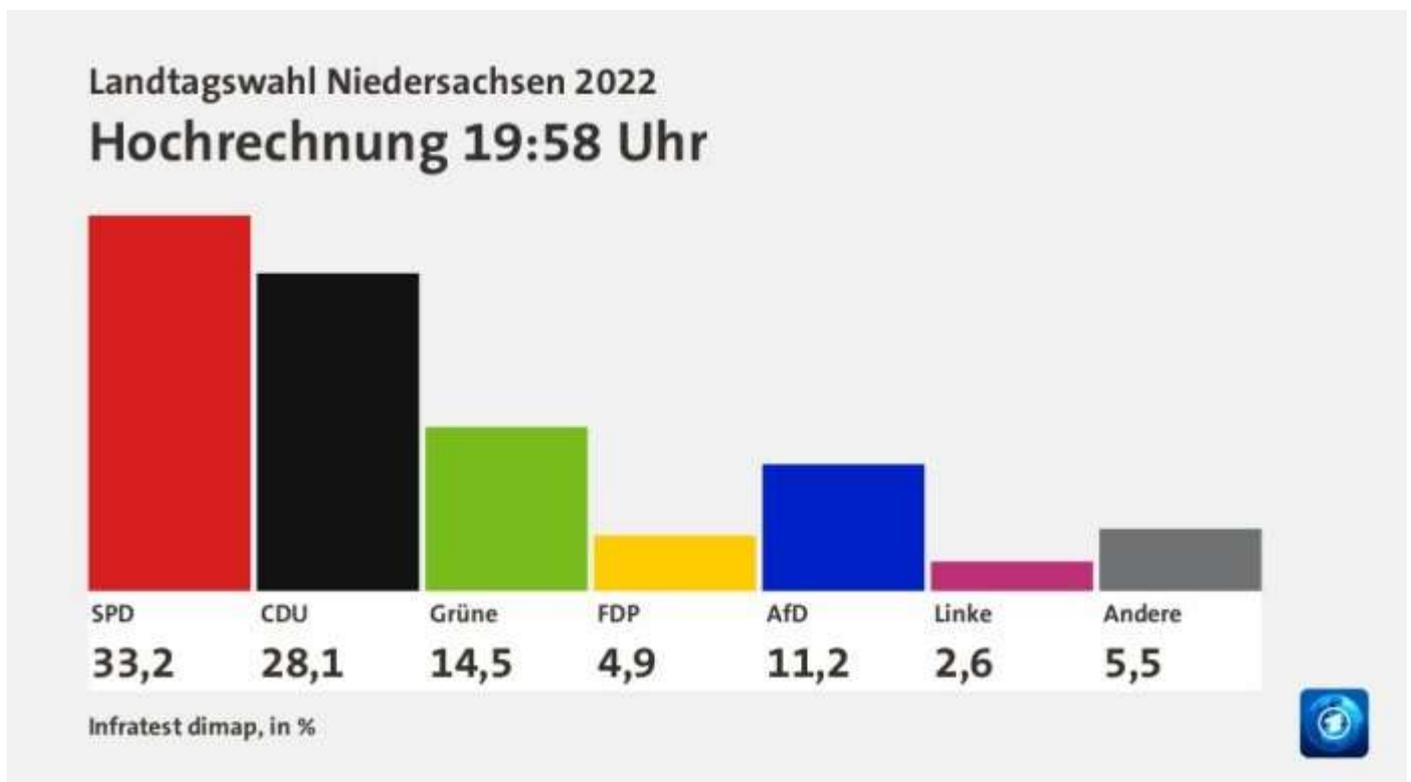
+++ ERSTMELDUNG +++

Stand 20:20 Uhr:

Im viertgrößten Bundesland mit sechs Millionen Wahlberechtigten bleibt die SPD laut ARD-Hochrechnung (19.16 Uhr) trotz deutlichen Verlusten (minus 3,6 Prozentpunkte) stärkste Kraft. Sie erreicht demnach vorläufig 33,3 Prozent. Deren Noch-Koalitionspartner CDU fährt mit 28,2 Prozent ein noch stärkeres Minus von 5,4 Prozentpunkten ein. Es ist somit auch das schlechteste Ergebnis in Niedersachsen seit 67 Jahren (1955: 26,6 Prozent). Spitzenkandidat Bernd Althusmann (55, CDU) kündigte bereits seinen Rücktritt als Landesvorsitzender an.

Auf dem dritten Platz legen die Grünen mit einem Plus 5,6 Punkten auf 14,3 Prozent zu

Die bisher regierende GroKo ist somit abgewählt, ein rot-grünes Bündnis steht bereits in den Startlöchern (70 von 135 Sitzen im Parlament).



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Wir sind am Arsch. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 606-06

8. Oktober 2022

47. Jahrgang

Wir sind am Arsch



Screenshot ZDF

Lehnen Sie sich zurück und schauen Sie sich in aller Ruhe die aktuelle Ausgabe des ZDF-Magazins Royale mit **Jan Böhmermann** an. Verzichten Sie nicht auf ein alkoholisches Getränk, denn nüchtern kann man kaum ertragen, was in dieser Sendung enthüllt wird.

<https://www.zdf.de/comedy/zdf-magazin-royale/zdf-magazin-royale-vom-7-oktober-2022-100.html>

Es geht um nicht weniger als unsere „kritische Infrastruktur“. Dazu gehören natürlich auch Gasleitungen und der Bahnverkehr. Auch wenn aus Nord Stream 1 und 2 kein Gas bei uns ankommt, gefüllt mit dem Brennstoff sind bzw. waren die Röhren allemal. Klar ist, dass kein Schwertfisch die Löcher in die Leitungen gesägt hat, sondern diese hineingesprengt wurden. Bis zum Beweis des Gegenteils gilt für jeden die Unschuldsvermutung, auch für einen 70-jährigen Massenmörder aus St. Petersburg. Juristisch gesehen ist die Frage deshalb nicht erlaubt, wer außer ihm ein Interesse daran haben könnte, unter Beweis zu stellen, dass auf dem Meeresgrund liegende Röhren zerstört werden können.

Das mutwillige Zerstören von Kabeln, die heute zum Ausfall des Zugverkehrs in Norddeutschland führten, können bislang keinem Täter zugeordnet werden. Verdächtige gibt es reichlich. Auffällig sind die Angriffe auf unsere kritische Infrastruktur zu diesem Zeitpunkt.

Wie ist es um unsere Cybersicherheit bestellt? Das **ZDF-Magazin Royale** hat recherchiert. Ergebnis: Wir sind am Arsch, meinetwegen auch im Arsch. „golem.de“, ein 1997 gegründetes deutschsprachiges Onlinemagazin für Themen aus Informationstechnik, Wissenschaft, Technik und Elektrofahrzeugen, berichtet: „Offenbar bestehen enge Kontakte zwischen der Cybersicherheits-Firma Protelion, einem dubiosen Cyber-Sicherheitsrat und russischen Geheim-

diensten.“ In der Kritik steht **Arne Schönbohm**, Sohn von **Jörg Schönbohm**, dem ehemaligen Staatssekretär im Verteidigungsministerium und Innenminister bzw. -Minister in Berlin und Brandenburg. **Arne Schönbohm** ist Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, also der Mann, der uns vor Cyberangriffen schützen soll. Schönbohm jr. war früher Vorsitzender des **Cyber-Sicherheitsrates Deutschland e.V.**, einem privatrechtlichen Verein, nicht zu verwechseln mit dem **Cyber-Sicherheitsrat Deutschland**. „Mit dem Nationalen Cyber-Sicherheitsrat wird die politische Zusammenarbeit zu diesem Thema innerhalb der Bundesregierung sowie zwischen Staat und Wirtschaft organisiert. Er ist damit ein wichtiger Baustein in der Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland.“

„Es sind skandalöse Vorgänge und Zusammenhänge, die das ZDF-Magazin hier offenlegt, und die sofort und umfassend untersucht und aufgeklärt werden müssen“, forderte der Grünen-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums, **Konstantin von Notz**, am 8. Oktober 2022 auf Twitter. „Der Sendung vom 7. Oktober 2022 zufolge ist die Protelion GmbH ein Ableger des russischen Unternehmens Infotecs, das mit dem dortigen Geheimdienst FSB zusammenarbeite.“

„Darüber hinaus sei Protelion Mitglied im Cyber-Sicherheitsrat Deutschland e.V. Der Verein will nach eigenen Angaben die ‚Zusammenarbeit zwischen Politik, öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zur Verbesserung des IT-Schutzes‘ intensivieren. Allerdings steht dieser nicht in Verbindung mit dem Nationalen Cyber-Sicherheitsrat der Bundesregierung. Dieser Verein sei ‚nichts weiter als eine windige Lobbytruppe, die clever einfach nur so tut, als hätte sie einen offiziellen staatlichen Auftrag‘, sagte **Jan Böhmermann**.“

„Dem Magazin zufolge teilte das BSI auf Anfrage mit, dass Schönbohm in seiner Zeit als Vereinsvorsitzender ‚nicht bewusst‘ (???) im Kontakt mit Nachrichtendiensten aus Russland oder anderen Ländern gestanden habe. Inzwischen leitet der Potsdamer Lokalpolitiker **Hans-Wilhelm Dünn** (CDU) den Verein. Dieser pflegt hingegen nach eigenen Angaben die Kontakte zu russischen Nachrichtendiensten.“

Jan Böhmermann bezeichnete **Arne Schönbohm** als „Cyberclown“ und „sieht ihn als Gefahr für die Cybersicherheit in Deutschland.“ Quelle: golem.de

Letztlich wird der Krieg nicht auf dem Schlachtfeld in der Ukraine entschieden.

Ed Koch

1

08) Deutschlands Krankenhäuser vor der Zahlungsunfähigkeit

07. 10. 2022



Deutsche Krankenanstalten dank "Energie-Debakel" im "Überlebenskampf"

Während Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach sich noch immer voll und ganz der Panikmache des Corona-Wahn ergibt, bleiben tatsächlich dringliche Themen völlig unbeachtet. ist.

Mehreren Krankenhäusern in Deutschland droht Insolvenz

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise, das ist nun wirklich keine Neuigkeit mehr. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen.

Die hohen Energiekosten aufgrund der, gegen Russland gerichteten Sanktionen bringen nun auch viele Krankenhäuser an den Rand der Zahlungsunfähigkeit.

Besonders in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen stehen viele Kliniken laut Auskunft der Krankenhausgesellschaft vor dem Aus.

Hilfe soll nun angeblich ausgerechnet aus Berlin kommen. Die sächsische Gesundheitsministerin Petra Köpping hat sich aufgrund der dramatischen Situation zusammen mit den anderen Landesministern in einem dringlichen Appell an den Bund gewandt. Sie wolle nun erst einmal abwarten, welche Hilfen die Bundesregierung auf zu wenden bereit ist, bevor sie Hilfen ihres Landes in Aussicht stellt.

„Es sind zwei Dinge, die angekündigt worden sind, wo wir auch um Unterstützung bitten, das ist einerseits, dass die gestiegenen Energiekosten verrechnet werden müssen und das andere ist der Inflationsausgleich. Und dann wissen wir, wie ist die Lage bei den Ausgleichsmaßnahmen, die ergriffen werden müssen“, so Köpping.

Rund 6 Mio. Euro Mehrkosten pro Klinik

Im Schnitt müsste jede Klinik über sechs Millionen Euro mehr für Strom und Gas zahlen. Das errechnete jüngst der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaften, Gerald Gaß. Damit bringen die hohen Energiekosten viele Krankenhäuser an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Auch in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen befürchten viele Kliniken die Insolvenz, sollte es keinen Inflationsausgleich seitens des Bundes geben.

Die Lage der der Krankenanstalten wird von den Krankenhausgesellschaften als bedrohlich eingeschätzt. Das sächsische Gesundheitsministerium stellt jedoch Hilfen erst dann in Aussicht, wenn der Bund sich über Gelder für die Krankenhäuser beraten hat.

Vor zwei Wochen hatten Mitarbeitende von Krankenhäusern in Thüringen ihren Sorgen lautstark Luft gemacht. Auf ihren Plakaten war zu lesen, „Alarmstufe Rot – Krankenhäuser in Gefahr“.

Unmittelbarer Anlass dafür sind nun die gestiegenen Energiepreise. In den Krankenhäusern fürchtet man, die Inflation nicht unbeschadet überstehen zu können.

Zwei Wochen nach massiven Protesten keine „politische“ Reaktion

Zwei Wochen später nun sei noch nichts geschehen, sagt Theresa Schnitter von der Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen. Man habe bisher noch nichts von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach aus Berlin gehört.

„Derzeit ist uns noch keine Insolvenz eines Thüringer Krankenhauses bekannt. Aber das Szenario ist natürlich nicht ausgeschlossen, wenn die Kosten weiter steigen und es keinen Inflationsausgleich vom Bund geben wird“, erklärte Schnitter.

Eine Umfrage der Thüringer Krankenhausgesellschaft bei den Kliniken hat ergeben, dass die Kosten für Gas von elf Cent pro Kilowattstunde auf 61 Cent steigen oder bereits gestiegen sind. Ähnlich stark in die Höhe gegangen seien die Strompreise.

Durch die höheren Energiepreise werden dann auch andere Produkte und Dienstleistungen für die Krankenhäuser teurer. So teilt die Krankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt schriftlich mit, „Wäschereien und Catering müssen zwangsläufig höhere Preise verlangen. Medizinprodukte sind ebenfalls teils deutlich teurer geworden oder wegen Lieferengpässen schwer zu bekommen.“

Am 4. Oktober hatten sich die Ministerpräsidenten mit Bundeskanzler Scholz unter anderem zu diesem Thema getroffen. Dabei sollte über Hilfen für Krankenhäuser beraten worden sein. Zusammen mit den anderen Ländern wolle Köpping jedoch weiter Druck machen, damit es zu einer schnellen Entscheidung kommt.

Bundesgesundheitsminister Lauterbach hüllt sich indes in Schweigen, es geht ja schließlich nicht um sein „Lieblingsthema“ Corona.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Geheimpapier enthüllt Regierungsmaßnahmen gegen „Desinformation“ und Einbindung von Schnüffel-Portalen wie „Correctiv“

04. 10. 2022



Bild: shutterstock

Nicht nur unser Portal wird von den sogenannten „Correctiv“-Fakten-Checkern diffamiert, auch die Partner unserer EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION werden durch inquisitorische Anfragen mit dem Ziel der späteren medialen Verleumdung gestalkt.

Aufgrund Mangels an Beweisen gegen die von ihnen bezeichneten „Rechten“ verfälschen sie im Zuge ihrer Schnüffeltätigkeit mittlerweile sogar die Biografie eines verstorbenen Mitarbeiters unseres Portales und verbreiten solche Unwahrheiten an unsere Partner. Mit Fakten-Check hat das nichts mehr zu tun.

Deshalb erlauben wir einen hervorragenden Artikel von [ansage.org](https://www.ansage.org) hier auch widerzugeben. Deziert weisen wir auf die (von uns fett gedruckt hervorgehobene) Passage hin:

Von ALEXANDER SCHWARZ | Mit der Gewaltenteilung steht es in Deutschland bekanntlich nicht zum Besten – besonders dann nicht, wenn man die Medien als vierte Gewalt annimmt. Dem lesenswerten und tiefsinnigen Blog „[Nachdenkseiten](#)“ wurde dieser Tage von einem Whistleblower aus Regierungskreisen ein zehnteitiges internes Dokument unter dem Titel „*Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR*“ zugespielt, aus dem hervorgeht, in welchem Ausmaß die Bundesregierung sich der etablierten Medien zur Verbreitung der von ihr gewünschten Sichtweisen auf den Ukraine-Krieg bedient. Das von Nancy Faeser geführte Bundesinnenministerium (BMI) soll dabei federführend und ressortübergreifend die

„Erkennung und Abwehr hybrider Bedrohungen“ koordinieren. Dabei soll alle zwei Wochen ein Lagebericht unter dem Rubrum „Hybride Bedrohungen“ mit dem Schwerpunkt Russland-Ukraine verfasst werden.

Um die konstruierte Wirklichkeit und gezieltes Framing mit den anderen üblichen Verdächtigen und berüchtigten Akteuren der linken Narrativbildung und Meinungsmanipulation im täglichen Info- und Meinungskampf zu koordinieren, wurde ein eigener „10-Punkte-Resilienz-Plan“ ausgearbeitet. Dieser sieht vor, dass auf den Webseiten der Bundesregierung konzertiert auf die Seiten von „Faktenchecker“ von „Correctiv“ oder den „Faktenfinder“ der ARD verlinkt werden soll – also ausgerechnet auf hochgradig unseriöse, einseitige und parteiliche Aktivistenportale, die neben gelegentlichen echten Fake-News vor allem kritische Berichte, Kommentare und Enthüllungen der Gegenöffentlichkeit in den freien Medien zu diskreditieren, labeln und ins Zwielficht zu rücken versuchen, um die jeweilige offizielle Propagandalinie zu stützen – auch wenn sie dann später selbst als die wahren Desinformanten entlarvt werden (so beispielsweise aktuell [beim Skandal um nachgewiesene mRNA in Muttermilch](#), wo die „Fakten“-Überprüfer unisono noch vor zwei Monaten behauptet hatten, bei entsprechenden Berichten handele es sich um Falschmeldungen).

„Gute Zusammenarbeit“

Des weiteren sollen Broschüren zu „*Desinformation im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine*“ produziert und an Bundesministerien, Bundestagsabgeordnete, Länder und Kommunen verschickt werden. Dabei wird auch mit Genugtuung vermerkt, dass die „*Verteilung an Multiplikatoren in der Zivilgesellschaft läuft*“ – also linke und regierungshörige Medien sowie linksextremistische NGO's, die nicht selten unter dem Etikett des „Kampf gegen Rechts“ von derselben Regierung mit Steuergeldern gepampert werden. Unter Punkt 5 wird zudem befriedigt vermerkt, wie gut die Zusammenarbeit mit der (System-)„Presse“ verlaufe. Als Belege werden unter anderem ein „Spiegel“-Hintergrundgespräch von Ende März und die Vorbereitung von Namensartikeln und Interviews mit Faeser in „Stern“ und „Tagesspiegel“ genannt. Rudolf Augstein würde im Grab rotieren, müsste er mit ansehen, wie sein Lebenswerk vom einstigen Nachrichtenmagazin zu einer servilen Werbebroschüre einer staatlichen Agenda degradiert und dafür von den Mächtigen auch noch gelobt wird.

Auch sei es gelungen, den Begriff „*Task Force gegen Desinformation*“ in der Berichterstattung zu etablieren. Anders als offizielle Verlautbarungen der amerikanischen oder ukrainischen Regierung, werden dabei ausschließlich russische Sichtweisen auf den Ukraine-Krieg pauschal als „*Desinformation*“ eingestuft. Der Plan sieht auch die Beeinflussung von Bundestags- und Landtagsabgeordneten vor. Weiterhin plant man die „*anlassbezogene*“ Intensivierung der Kontakte und Gespräche mit den Plattformbetreibern sozialer Netzwerke, „*um diese für staatlich gesteuerte Desinformation zu sensibilisieren*“ (wohlgemerkt ist damit natürlich nicht die staatlich gesteuerte Desinformation deutscher Mainstreampublikationen gemeint, sondern stets nur die aus dem Ausland). Konkret werden hier Twitter, Meta, Google und Telegram genannt. Nicht einmal die „Curricula“ von Schulen und Volkshochschulen bleiben von der Einflussnahme der Regierung verschont.

Was aus Russland kommt, ist zwingend Desinformation

Abschließend wird vermerkt, dass die Arbeit an der Umsetzung des „*Aktionsplans von Bund und Ländern gegen Desinformation und für eine wehrhafte Demokratie*“ begonnen habe.

Dass zu einer wirklich wehrhaften Demokratie gerade Gewaltenteilung und unabhängige Medien gehören, scheint man in den Berliner Regierungsfluren der von Antifa-Sympathisanten gelenkten Ministerien längst vergessen zu haben.

Auch das Auswärtige Amt (AA) soll den „*Kampf gegen (russische) Desinformation*“ führen, wobei wiederum festzustehen scheint, dass praktisch kein anderes Land als Russland und seine Vasallenstaaten, und schon gar nicht Deutschland, amtlicherseits Desinformationen verbreitet. Die „*russischen Narrative*“ zum Ukraine-Krieg sollen beobachtet, analysiert und „*dekonstruiert/entkräftet*“ werden. Dabei will man sich „*intensiv und bilateral*“ mit Vertretern der USA vernetzen. Dabei will das Amt auch Projekte der *Deutschen Welle* (DW) fördern, dem Auslandssender des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Hier besteht ja ein denkbar kurzer Draht. Gemeinsam mit dem AA leitet das Bundespresseamt (BPA) außerdem die „*EG Desinformation*“. Das BPA ist für die „*regierungsinterne Sensibilisierung für das Thema und den Umgang mit Desinformation*“ verantwortlich und bietet überdies ein „*ressortübergreifendes Schulungsangebot*“ zu Desinformation an. Die Schulungen werden allerdings von privaten Drittanbieter wie dem *Institute for Strategic Dialogue* (ISD) und der *Business Council for Democracy* der *Hertie-Stiftung* durchgeführt.

Wie eine Neuauflage der Reichspressekammer

Abschließend heißt es in dem Dokument, dass die Vize-Regierungssprecher regelmäßig im „*bilateralen Austausch mit Google/YouTube, Twitter, Meta, Tiktok und LinkedIn*“ stünden, um die „*jeweiligen Strategien der Plattformen zur Bekämpfung von Desinformation, insbesondere im Kontext des Krieges in der Ukraine*“ zu besprechen. Man darf aus Erfahrung annehmen, dass die Bundesregierung hier sehr genaue Vorgaben macht, was als russische Propaganda einzustufen ist – womit es sich um eine Neuauflage der Reichspressekammer handeln dürfte; neben methodischen Ähnlichkeiten besteht die wichtigste Parallele dabei zwischen den staatlich wohlgelittenen Medienschaffenden der Gegenwart und denen vor 85 Jahren darin, dass es sich damals wie heute um Überzeugungstäter handelt, auf die gar kein Zwang mehr ausgeübt werden muss, weil Andersdenkende bereits weggemobbt oder ausgemustert wurden.

In diesem Zusammenhang nicht unwichtig: Ausgerechnet der dem Bundeskanzler direkt unterstellten „*Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien*“ (BKM), Claudia Roth, obliegt die Verantwortung für die Medienpolitik der Bundesrepublik. Unter ihrer Leitung sollen Exilredaktionen der *Deutschen Welle* in Riga und, wenn nötig, auch eine „*Exilredaktion Ukrainisch*“ im polnischen Krakau aufgebaut werden. Roths BKM setzt sich auch dafür ein, beim EU-Medienministerrat eine zentrale Rolle beim „*Vorgehen gegen russische Propagandamedien*“ spielen zu dürfen. Auch beim „*European Media Freedom Act*“ versucht das Büro Roths, den Fokus auf „*Desinformation*“ zu legen. Außerdem plant das BKM ein Förderprogramm „*mit Schwerpunkt Nachrichtenkompetenzförderung der Gesamtbevölkerung zur Bekämpfung von Desinformation.*“

Selbst vor „Einbindung“ von Schulkindern wird nicht haltgemacht

Ein weiteres, nicht näher konkretisiertes Projekt ist in dem geleakten Papier wie folgt umschrieben: „*Kinderreporter – Stärkung Nachrichtenkompetenz und damit Resilienz gegenüber Desinformation 6–14-Jähriger durch aktive Medienarbeit*“ umschrieben. Und schließlich wird noch auf das Projekt „*Künstliche Intelligenz gegen Desinformation*“ (KID) ebenfalls der *Deutschen Welle* verwiesen, bei dem „*KI-Module der ‚Digitalen Forensik‘ zur Verbesserung der (teil)automatisierten Identifizierung von Manipulationen und konzertierter Desinformationskampagnen*“ eingesetzt werden sollen.

Der der „Nachdenkseiten“-Redaktion namentlich bekannte Whistleblower erklärte: „In meinen Augen ist es ein Blick in den Abgrund der gebündelten Aktivitäten einer horizontalen (ressort-übergreifenden) und vertikalen Integration moderner Staatspropaganda. Von den Ministerien und ihren Partnerschaften mit transatlantischen Denkfabriken wie dem ISD bis hinab in die Presse, ‚Faktenchecker‘, Social Media, ‚Multiplikatoren‘, ‚kritische Zivilgesellschaft‘ und so weiter. Selbst vor der Einbindung von Schulen und Kindern im Grundschulalter machen sie nicht halt.“ Die DDR lässt grüßen! Der Inhalt des Dokuments sei allerdings nur die Spitze des Eisberges; die deutsche Öffentlichkeit habe überhaupt keine Vorstellung davon, was sonst noch im Hintergrund diesbezüglich ablaufe. Man will es sich gar nicht ausdenken.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) ZurZeit-Podcast: „Kinder an der Macht“ – ein Traum wird zum Alptraum

Von WERNER REICHEL

04. 10. 2022



Links im Bild: Die gewaltige Wuchtbrumme und Chefin der Grünen Ricarda Lang

Mit Politikern wie Annalena Baerbock in Deutschland oder Leonore Gewessler in Österreich ist eine neue Generation linker Politiker an die Spitze des Staates gelangt. Sie ist infantil, hypermoralisch, verantwortungs- und rücksichtslos. Nun sind, wie es Herbert Grönemeyer in den 1980ern erträumt hat, Kinder an der Macht. Und dieser Traum ist ein Alptraum.

https://www.youtube.com/watch?time_continue=2&v=UWwWLXvpCww&feature=emb_logo

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Bäcker-Sterben: Serienpleiten dank rot-grünem Wirtschafts-Wahnsinn

03. 10. 2022



Deutschland in der Bäcker- und Konditoren-Krise! Eine Backstube nach der anderen muss dicht machen. Die Betroffenen fühlen sich von der Politik im Stich gelassen.

„Vielleicht werden wir normalen Menschen einfach vergessen. Bei mir geht es ja nicht nur um den Betrieb, bei mir geht es ja auch um mein Zuhause. Unsere Familie lebt in diesem Haus seit 1793.“ Das sagt Bernd Siefert aus Michelstadt in Südhessen. Siefert wurde für sein Handwerk als Konditor-Weltmeister ausgezeichnet und hat kein Verständnis mehr für die Entscheidungen der Bundesregierung. Auf Robert Habeck reagiert er besonders allergisch: „So einen Schwachsinn habe ich noch nie in meinem Leben gehört.“

Er versuche jetzt irgendwie, aus seinem Energie-Vertrag raus zu kommen. Die Alternative lautet: Zahlungsunfähigkeit, Insolvenz anmelden. Und das in der wichtigsten Phase des Jahres, der Vorweihnachtszeit, erklärt er im Gespräch mit Julian Reichelt: „Jetzt kommen die Firmen auf mich zu, die sagen: Wir wollen eine Schachtel Pralinen für unsere Mitarbeiter und Kunden. 100, 200, 300, 4000 Stück. Adventskalender, Christstollen. Ich kann denen kein Angebot machen, weil ich gar nicht weiß: Gibt's mich dann noch und wenn ja zu welchem Preis kann ich das machen?“ Er muss bis Weihnachten sein Geld verdienen, um den Rest des Jahres finanzieren zu können. „Wenn das nicht der Fall ist, dann kann ich versuchen, Herrn Habeck zu erreichen und zu sagen ok, jetzt erklär mir mal dein Modell, weil ich versteh's gerade nicht.“

https://www.youtube.com/watch?v=4_U5Kz3tEyA&t=1s

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Meinungsmacher. Von Ed Koch



Meinungsmacher



Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist."

Wer so rumgelaufen ist, auch wenn es vor 47 Jahren war, hat jedes Recht verloren, sich über die „Frisuren“ von **Richard David Precht** und **Harald Welzer** aufzuregen. Jeder der Herren hat schon viele Bücher geschrieben, jetzt haben sie ihr erstes gemeinsames Werk vorgelegt. „Die vierte Gewalt - Wie



Gleich zu Beginn ein Geständnis: Ich habe keines der Bücher von Precht und Welzer gelesen und werde auch ihr gemeinsames nicht lesen. Wozu auch? Dafür habe ich fast alles gehört, gesehen und gelesen, was über das Buch berichtet wurde. Nichts davon ist neu oder gar spektakulär, außer, dass sich zwei Autoren, die zwar Publizisten sind, aber bestreiten, Journalisten zu sein, die „Leitmedien“ vorgeknöpft und ihnen die Leviten gelesen haben. Bei **Markus Lanz** kam es am 29. September zum Showdown der beiden mit zwei bekannten Protagonisten dieser so genannten „Leitmedien“, **DER SPIEGEL**, vertreten durch **Melanie Amann**, und **DIE WELT**, die mal wieder ihre



Geheimwaffe **Robin Alexander** ins Hamburger Lanz-Studio entsandte. Lanz hielt sich, was sonst so gar nicht seine Art ist, vornehm zurück und ließ seine Gäste aufeinander los. Kann man sich anschauen, muss man aber nicht. *Fotos: Wikipedia / Uni Flensburg*

<https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-29-september-2022-100.html>

Anzeige oben: Wahlkampf 1975, der ganz im Zeichen der Entführung des CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz stand. Ich konnte auch nicht verhindern, dass die SPD 7,8 Prozent verlor. Klaus Schütz blieb aber, Dank einer Koalition mit der FDP, Regierender Bürgermeister. Anzeige: Der Abend 15.02.1975

Der Kernvorwurf von Precht und Welzer ist, dass sich die „Mainstream-Medien“ immer wieder für Waffenlieferungen an die Ukraine aussprechen, während **Olaf Scholz** zögert, was die Autoren guthießen. Über den Krieg und wie entscheidend deutsche Waffen sind, steht auf einem anderen Blatt. Klar ist, dass die Erfolge der Ukraine gegen Putins Angriffs-, Eroberungs- und Vernichtungskrieg auch Dank der Waffensysteme aus Deutschland möglich wurden.

Hier soll es um Medien gehen. Wer sich, nicht nur in diesen Zeiten, einseitig informiert, zum Beispiel ausschließlich über die so genannten „sozialen Medien“, hat schon verloren. Das Internet bietet eine frei zugängliche und auch weitestgehend kostenfreie Nutzung seriöser Medien, wozu neben den großen Zeitungen und Magazinen auch der öffentlich-rechtlichen Rundfunk zählt.

Wie hoch müssen Auflagen und Reichweiten sein, um als „Leitmedium“ klassifiziert zu werden? Journalisten von Spiegel und Welt waren zu Gast bei Lanz. „Die sehr positive Entwicklung der Abo-Auflage des **SPIEGEL** hat sich auch im zweiten Quartal des Jahres 2022 fortgesetzt, auf durchschnittlich 448.568 Exemplare. Im Vergleich zum Vorjahresquartal entspricht das einem Wachstum von zehn Prozent. 21.07.2022.“ „Im zweiten Quartal 2022 betrug die verkaufte Auflage der Tageszeitung **Die Welt** rund 85.300 Exemplare. Verglichen mit dem zweiten Quartal 2014 ist ein Rückgang der Auflage um mehr als 120.000 Exemplare zu verzeichnen.“

Gemessen an der Bedeutung der Welt, wird **Robin Alexander** viel zu häufig von Lanz eingeladen. Die gefühlte Wichtigkeit einer Zeitschrift wird vor allem dadurch erzeugt, dass sie im Rundfunk und Fernsehen zitiert wird. Oft heißt es, „Wie Der Spiegel berichtete“, oder, nicht minder häufig, wird die BILD-Zeitung als Quelle einer Meldung angegeben. Das gegenseitige Zitieren ist Standard und ersetzt häufig eigene Recherchen.

Schaut man sich die Reaktionen auf das Buch von Precht und Welzer an, so hat man den Eindruck, die beiden hätten ihre Finger in eine offene Wunde gelegt. Precht und Welzer muss man nicht mögen, es fällt auch schwer, so wie sie sich geben, was nichts mit ihren langen Haaren zu tun hat. Der Spiegel hält sich für die Krone des Journalismus, immer noch, auch nach jener Affäre, die jetzt **Michael Bully Herbig** in seinem Film „Tausend Zeilen“ verarbeitet hat. **Melanie Amann** bei Lanz: „Sie haben nicht systematisch ausgewertet, wie wir über den Krieg berichtet haben. Sondern Sie haben beschrieben, wie Sie



wahrnehmen, wie wir über den Krieg berichtet haben.“



Foto: ZDF Cornelia Lehmann

Als sie die beiden Autoren darauf anspricht, dass diese weder quantitative noch qualitative Untersuchungen durchgeführt haben, um ihren Vorwurf zu untermauern, entgegnet Precht: „Das geht ja noch gar nicht.“ Natürlich geht das! Sagt auch Amann: „Das dauert halt ein bisschen länger.“ Und nennt sich übrigens Recherche.

Quelle: Kommentar Thomas Mehringer / Bayerischer Rundfunk

Andreas Rosenfelder, Feuilleton-Ressortleiter der Welt, schreibt: „Precht und Welzer mögen Mediencloowns sein, aber sie sprechen eine unbequeme Wahrheit aus.“ Die unbequeme Wahrheit ist, dass immer mehr Menschen den „Leitmedien“ nicht mehr vertrauen, sondern sich in ihre eigene beschränkte Blase zurückziehen. Muss man aber in so einem Satz das Wort *Mediencloowns* verwenden?

Unangespitzt rammt **Jan Böhmermann** im **ZDF Magazin Royale** Precht und Welzer in den Boden. „Richard David Precht, die intellektuelle Pipeline zwischen Deutschland und Russland, ist an mehreren Stellen aufgeplatzt, und jetzt strömt ein hoch explosives Gemisch aus Dummheit, Dünkel, Eitelkeit und Weißweinschorle unkontrolliert in deutsche Buchhandlungen.“, sagt Böhmermann. Precht und Welzer kennen sich offenbar aus einer „Outfittering Selbsthilfegruppe.“ Satire darf alles.

<https://www.zdf.de/comedy/zdf-magazin-royale/zdf-magazin-royale-vom-30-september-2022-100.html>

Wenn Medien Politik machen

Medien sollen über Politik berichten, aber keine machen. Immer wieder gern gesagt, nie Wirklichkeit geworden. Es ist doch zu schön, an den politischen Entscheidungen mitwirken zu können. Politik und Medien, das ist eine Hassliebe zweier voneinander Abhängiger, schlimmer als von Alkohol und Drogen. Von **Gerhard Schröder** stammt der Satz: „Zum

Regieren brauche ich BILD, Bams und Glotze.“ In einem Interview mit **Kai Diekmann** hat Schröder diesen Satz 2012 relativiert, man brauche mehr zum Regieren, „es sollte schon etwas intellektueller sein.“ Manche Politiker geben freimütig zu, sich hauptsächlich mit den Themen zu beschäftigen, die ihnen die Medien vorgeben.

Im Lanz-Talk gibt es eine spannende Stelle (42:07), die die Wechselwirkung von Politik und Medien beleuchtet. Sommer 2018. Flüchtlingskrise. Die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU steht auf der Kippe. Die CSU verließ die gemeinsame Sitzung und tagte separat weiter. Zwischen den beiden Sälen befand sich ein Würstchenstand, an dem sich die Journalisten aufhielten. Sie wurden nicht nur mit Würstchen versorgt, sondern auch ständig mit Nachrichten aus beiden internen Sitzungen. **Robin Alexander** war mittendrin und verbreitete die ihm zugespielten Informationen auf Twitter. Diese wurden natürlich auch von den Sitzungsteilnehmern gelesen, so dass, obwohl beide Parteien getrennt tagten, jede Seite wusste, was die andere gerade besprach. Damit, so der Vorwurf von Welzer an Alexander, wurde er zum Akteur und löste eine Dynamik aus, die die Sitzung beeinflusste. Nun, CDU und CSU haben sich nicht getrennt und sind heute noch zusammen.

Dass es einen Einfluss der Medien auf die Politik gegeben hat, kann kaum bestritten werden. Es ist offenbar nicht durchzusetzen, dass alle Sitzungsteilnehmer am Eingang ihr Handy abgeben. Die Abgeordneten könnten sich auch einfach zurückhalten und nicht jeden Pups aus der Sitzung gleich nach draußen übertragen. Warum aber füttern Abgeordnete die vor der Tür lauernde Medienmeute? Um sich beliebt zu machen? Das klappt nie.

Schon **Michael Müller** war während seiner Amtszeit sauer, dass die Journalisten auf der Pressekonferenz nach der Senatssitzung bereits alles wussten und ihn entsprechend angrieten. Nichts blieb vertraulich. Politik darf keine Geheimwissenschaft sein, es muss den Akteuren aber möglich sein, unbeeinflusst von äußeren Einflüssen miteinander um den besten Weg ringen zu können. Wenn jeder, noch unausgegorene Gedanken, gleich zu einem „Die Partei plant“ hochstilisiert wird, ist die Idee verbrannt, bevor sie sich entfalten konnte. Disziplinlosigkeit auf beiden Seiten, Politik und Medien, ist ein großes Problem. Es geht auch anders: Die Nominierung von **Olaf Scholz** zum Kanzler im August 2020 wurde so geheim vorbereitet, dass selbst **Kevin Kühnert** überrascht war.

Ed Koch

Berlin und Brandenburg allein (Seiten E 73 – E 83)

13) Berlin kann auch anders.

Zusammenfassung, Kommentierung und Fotos: Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 606-11

16. Oktober 2022

47. Jahrgang

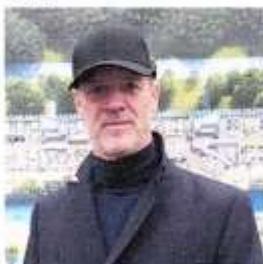
Berlin kann auch anders

Während sich die Berliner SPD-Fraktion im brandenburgischen Hotspot Nauen unter anderem über die Verstaatlichung der GASAG Gedanken machte, traf sich die Berliner CDU-Fraktion in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf. Während SPD-Fraktionschef **Raed Saleh** die Ergebnisse seiner Klausur in Nauen dem **rbb** gegenüber wie folgt kommentiert, „Wir können nicht zaubern, aber wir tun das Mögliche.“, sonnte sich CDU-Chef **Kai Wegner** in Düsseldorf im Scheine eines Berliner Leuchtturmprojektes, bei dem nicht durch Zaubern, sondern harte Arbeit mehr als das Mögliche erreicht wurde und wird.



v.l. Kai Wegner, NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst, EUREF-Chef Reinhard Müller. Foto: EUREF

Die Rede ist vom **EUREF-Campus „2.0“**, wie Wegner das Vorhaben am Düsseldorfer Flughafen nennt. Berlin sei, so Wegner auf der Grundsteinlegung am 14. Oktober, eher bekannt durch negative Schlagzeilen wie einen Flughafen, der nicht funktioniere, oder Wahlen, die wiederholt werden müssen. Da sei es doch gut, einen Exportschlager von der Spree an den Rhein bringen zu können. Berlin kann eben auch anders.



Der EUREF-Campus Düsseldorf ist aber mehr als nur eine 2.0. **Johannes Tücks**, der EUREF-Chefarchitekt, spricht von der gleichen Idee, die aber anders artikuliert werde. Der Außenraum ist in Düsseldorf anders geprägt. Hier baue man „introvertiert“ mit vielen grünen Innenflächen und Rückzugsbereichen für die rund 4.000 künftigen Beschäftigten. Es werde aber auch öffentlich zugängliche Bereiche geben. So ist

unter anderem eine Gastronomie-Terrasse geplant. Bereits 2024 können die ersten Mieter in den neuen Gebäudekomplex einziehen.

Besonders bemerkenswert und typisch für EUREF, ist die Energieversorgung, so Tücks. An das Grundstück grenzt ein Baggersee. Mit einer Studie wurde belegt, dass unterschiedliche Tiefen des Sees herangezogen werden können, um die Erwärmung beziehungsweise Kühlung des Gebäudes zu unterstützen. Mittels Wärmepumpen können zu den entsprechenden Jahreszeiten Wärme und Kälte des Sees entnommen werden. Die Wärmepumpen werden mit Fotovoltaik betrieben. „Somit haben wir ein autarkes System, das nur in sehr kalten Wintern auch noch auf ein Fernwärmeanschluss zurückgreifen kann“, so Tücks.



Am 27. August 2021 fand der erste Spatenstich statt.



Inzwischen hat sich viel getan. Einige Bodenplatten sind schon gelegt, und man weiß aus Erfahrung, dass, wenn der Untergrund erst einmal fest und stabil verankert ist, geht es rasant in die Höhe. Das nächste Event am Bahnhof Flughafen in Düsseldorf dürfte das Richtfest sein.

Die künftigen Mieter können ihren Einzug kaum erwarten. Zu den Unternehmen gehören die **BLS Energieplan GmbH**, **Cornelia Poletto**, die im Gastronomiebereich für gesundes Essen sorgen wird, die **EUREF-Event GmbH**, die sich über die vielen Anfragen zur Vermietung der „Jauch-Kuppel“ freuen



wird, die von Berlin nach Düsseldorf umgezogen ist, **H2 Green Power & Logistics**, das österreichische Unternehmen **KEBA**, das Automationslösungen für die Bereiche Industrieautomation, Bank- und Dienstleistungsautomation sowie Energieautomation entwickelt und produziert, die Düsseldorfer **Klüh Service Management GmbH**, die unter anderem dafür sorgen wird, dass in den Gebäuden alles blitzblank ist, der **Landesverband Erneuerbare Energien NRW e.V.** und **NRW.Energy4Climate**, das französische Unternehmen **Schneider Electric**, das seinen Deutschland-Hauptsitz mit etwa 750 Mitarbeitern aus Ratingen nach Düsseldorf verlegen wird, **SPIE Deutschland & Zentraleuropa GmbH**, europäischer Marktführer für multitechnische Dienstleistungen in den Bereichen Energie und Kommunikation. Das Unternehmen wurde übrigens 1900 gegründet, um die Elektrifizierung der Pariser Métro zu gewährleisten. Aus dieser Zeit stammt das Kürzel „SPIE“, das für **Société Parisienne pour l'Industrie Electrique** steht. Auch die **Stadtwerke Düsseldorf**, die das Projekt tatkräftig unterstützen, werden in ein Gebäude des Campus einziehen. Last not least, nur in der alphabetischen Reihenfolge auf dem letzten Platz, steht das Dortmunder Unternehmen **WILO**, ohne dessen Pumpensysteme der Campus nicht erwärmt und gekühlt werden könnte.



Zu einer Grundsteinlegung gehören Rituale, wie das Befüllen einer Röhre mit Dokumenten aus dieser Zeit und Geld. Der Grundstein wird versenkt und alle hoffen, dass er niemals wieder zum Vorschein kommt.

Reinhard Müller hatte in seiner Rede eine lange Liste mit Namen und Unternehmen abzuarbeiten, denen es galt, Dank zu sagen. Darunter vor allem der **Implenia GmbH**, die für den Bau des Campus sorgt. Müller: „Kein Gas, kein Öl, keine Kohle – das ist nun unser Anspruch. Schon ab 2024 werden auf

dem **EUREF-Campus Düsseldorf** die intelligentesten Köpfe in Firmen, Start-ups und wissenschaftlichen Einrichtungen zusammenarbeiten und zu den Themen Energie, Mobilität, Umweltschutz und Klimaschutztechnik forschen, Zukunftsideen entwickeln und deren Umsetzung testen. Heute zeigen wir, dass durch konsequente Vernetzung und den Einsatz modernster Technik die Herausforderungen, einen Versorgungssicheren CO₂-neutralen Zukunftsort zu schaffen, nur gemeinsam als Community zu meistern sind: Von der Planung, zum Bau bis zum Betrieb. In diesem Zusammenhang gilt unser Dank auch der Landesregierung NRW und der Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Düsseldorf für die intensive Zusammenarbeit.“ Müllers Credo: „Die Energiewende ist machbar, möglich und bezahlbar.“



Beliebte Souvenirs bei Grundsteinlegungen sind die Hämmer, mit denen alle Beteiligten auf die Abdeckplatte des Grundsteins schlagen. Glück Auf!



Unter den Gästen der Grundsteinlegung waren alle, die in Düsseldorf und NRW aus Politik und Wirtschaft Rang und Namen haben. An der Spitze natürlich der Ministerpräsident **Hendrik Wüst** und Düsseldorfs Oberbürgermeister **Dr. Stephan Keller**. Besonders liegen Müller die schon seit langem in Berlin laufenden Masterstudiengänge der TU am Herzen. Diese wird es auch in Düsseldorf, beispielsweise zum Thema „Stadt und Energie“, geben. Die Unterneh-



men profitieren sehr von den ausgebildeten Nachwuchskräften. Und so begrüßte **Reinhard Müller** besonders herzlich die Unterstützer dieser Initiative, namentlich **Prof. Anja Steinbeck**, Rektorin der Heinrich-Heine-Universität, **Prof. Manfred Bayer**, Rektor der TU Dortmund, **Prof. Martin Faulstich**, Lehrstuhlinhaber für Ressourcen und Energiesysteme an der TU Dortmund, **Prof. Pedro José Marrón**, Prorektor der Universität Duisburg-Essen, **Prof. Horst Peters** und Prof. **Manfred Wojciechowski** aus der Leitung der Hochschule Düsseldorf. Mehr geballte Kompetenz kann man kaum an einem Ort bündeln.

Ministerpräsident **Hendrik Wüst** bezeichnete den EUREF-Campus Düsseldorf als ein Signal, das Mut mache. Auf dem Campus „atme man Pioniergeist“. Es sei wichtig, an dem „großen Generationsthema Klimawandel“ zu arbeiten. So viel Düsseldorf gab es beispielsweise selten, sagte er in Anspielung auf das Niedrigwasser im Rhein.



Viel Land unter der Rheinbrücke Düsseldorf.

Der Schutz des Klimas sei die größte Herausforderung, so Wüst. Nur durch Innovation und Investition könne der Klimaschutz gelingen, der wichtig sei, um unseren Wohlstand erhalten und mehren zu können, gerade auch als Beispiel für andere.

Wüst sprach auch die aktuellen Themen an. Der Abwehrschirm und die Energiebremse seien gut, müssen aber zügig umgesetzt werden. Eine warme Wohnung dürfe kein Luxus sein, so Wüst.

Düsseldorfs Oberbürgermeister **Dr. Stephan Keller** sagte: „Das Projekt hat Strahlkraft weit über die Landesgrenzen hinaus. Damit wird hier in Düsseldorf ein Schaufenster für Innovation errichtet. Der EUREF-Campus ist ein Leuchtturmprojekt, an dem das Prinzip der Community, der Gemeinschaft aus Bildung und Forschung mit der Wirtschaft gelebt wird. Der Standort am Flughafen Düsseldorf im Herzen Europas bietet eine perfekte Grundlage der optimalen Anbindung und Vernetzung.“

Quellen u.a.: Stadt Düsseldorf, Land NRW, EUREF, konii.
Zusammenfassung, Kommentierung und Fotos: Ed Koch



So soll der fertige Campus einmal aussehen. Im Vordergrund die Autobahn, direkt am Hauptgebäude der Bahnhof Flughafen, aus dem heraus es einen Eingang zum Campus geben wird, und dahinter der Flughafen. Rechts im Bild ein Teil des Baggersees, der für Wärme und Kälte in den Gebäuden sorgen wird.



Das meint Chefarchitekt Johannes Tücks mit „introvertiertem Bauen“. Die grünen Freiflächen befinden sich im Gebäude.



Und hier wird auch in neuem Glanze die verkleinerte Nachbildung der Reichstagskuppel ihren neuen Standort finden.

Fotos: EUREF

14) Gedeckelt - Der Gasometer in Berlin-Schöneberg. Zusammenstellung und Kommentierung von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 606-09

12. Oktober 2022

47. Jahrgang

Gedeckelt

Seit dem „Mietendeckel“ hat der Begriff „deckeln“ Einzug in unser Vokabular genommen. Aus dem Mietendeckel ist nichts geworden, mal sehen, was aus den Deckeln für die Gas- und Strompreise und der ebenso steigenden Inflationsrate wird. Zumindest einen erfolgreichen Deckel gibt es aber, nämlich den, der auf den Gasometer in Schöneberg gesetzt wurde.



14 Tage vor dem eigentlichen Fertigstellungstermin konnte gestern die letzte Decke im Gasometer betonierte werden. Mit der EUREF AG als Bauherr und Wolff & Müller als ausführendes Bauunternehmen, das die meisten Neubauten auf dem Campus errichtet hat, ist der Innenausbau des Gasometers in die Höhe gewachsen. Grund genug, mit dem Konstruktions- und Bauteam in luftiger Höhe zu feiern.



Am 24. August 2021 wurde der Grundstein gelegt. Der Innenausbau des Gasometers ist das finale

Bauvorhaben auf dem Campus. Die Neugestaltung des Gasometers lehnt sich dabei an das historische Bild des im Inneren des Gerüsts auf- und abfahrenden Teleskop-Niederdruckgasbehälters an. Das graue, historische Stahlgerüst fungiert, mit einem Respektabstand von einem Meter, als Rahmen für den runden Neubau. Das denkmalgeschützte Stahlgerüst bleibt in seiner Pracht erhalten und sichtbar. Zeitgleich zum Bau wird dabei das Stahlgerüst denkmalgerecht in Stand gesetzt. Dies geschieht unter Einsatz von Sandstrahltechnik.



Der grüne Stahlmantel, also der untere Teil des Gasometers, wird wieder zum Konferenzbereich, also zum Forum des EUREF-Campus. Ab einer Höhe von 16 Metern aufwärts entsteht im Gasometer ein Bürohaus mit rund 28.000 Quadratmetern Fläche. Die überwiegend gläserne Fassade wird eine hohe Transparenz des Gebäudes gewährleisten. In den oberen Etagen entstehen hinter der Stahl-Glas-Fassade Räume für Präsentationen und Events. Auf der obersten Etage des Neubaus wird eine Dachterrasse errichtet, die der Öffentlichkeit zugänglich ist – der Blick über Berlin aus rund 66 Metern Höhe ist inklusive. Mehr als 200 Millionen Euro wird das Projekt kosten. 2024 soll es fertig sein. Die Deutsche Bahn wird mit 2.000 Mitarbeitenden in das Gebäude einziehen. 800 neue Arbeitsplätze entstehen. Von hier aus wird die DB die Digitalisierung der Schiene vorantreiben.

Foto: Und wie sich das gehört, hat EUREF-Chef Reinhard Müller persönlich Hand beim Betonieren der Decke angelegt.

Nicht nur auf dem Berliner EUREF-Campus geht es voran, sondern auch auf dem neu entstehenden in Düsseldorf. Am Freitag findet dort die Grundsteinlegung statt. Das österreichische Unternehmen KEBA aus Linz, das sich für eine „easy to use“ E-Mobilität einsetzt und CO₂-neutrale Ladesäulen produziert, wird Teil der EUREF-Community am Düsseldorfer Flughafen.

Mit über 200 Ladestationen für elektrische Fahrzeuge (inklusive zwölf Tesla-Supercharger) ist der EUREF-Campus Berlin ein Vorreiter in Sachen Mobilität. Hier werden Ansätze für eine schnellere Verkehrswende entwickelt.



Eine erste Ladesäule befindet sich bereits auf dem EUREF-Campus in Berlin. **Reinhard Müller** stellte der Regierenden Bürgermeisterin **Franziska Giffey** bei einem Besuch auf dem Campus die Ladestation von KEBA vor.



So werden der Gasometer Berlin und der EUREF-Campus Düsseldorf, im Dreieck zwischen Bahn, Flughafen und Autobahn, nach ihrer Fertigstellung aussehen.



Quelle und Fotos: EUREF AG
Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

15) Mit voller Energie 175 Jahre Gasag. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



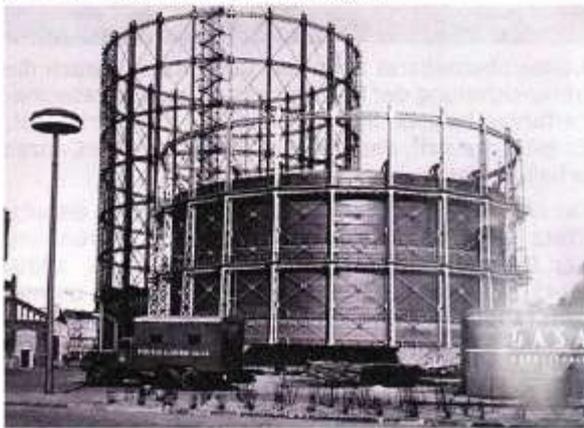
Nr. 606-05

8. Oktober 2022

47. Jahrgang

Mit voller Energie 175 Jahre GASAG

Auch oder gerade in schwierigen Zeiten braucht man kein schlechtes Gewissen zu haben, Feste zu feiern, wie sie fallen. Und so lud eines der ältesten Berliner Unternehmen zu seiner Geburtstagsfeier am Fuße des 1913 in Betrieb genommenen Gasometers auf dem heutigen **EUREF-Campus** ein. Dort, wo sich seit 2021 der Firmensitz befindet.



So sah das GASAG-Gelände damals aus. Der vordere kleinere Gasometer wurde im Krieg zerstört. Der große ist erhalten geblieben und inzwischen ausgebaut und in zwei Jahren mit einer Sky-Lounge eröffnet. Foto: GASAG

Kein Thema beschäftigt uns gegenwärtig mehr als die Gas- und übrigen Energiepreise. Die Angst geht um, Briefe vom Vermieter oder Versorger zu öffnen, in denen Preiserhöhungen mitgeteilt werden. Zu verdanken haben wir den ganzen Schlamassel einem Mann, der ausgerechnet auch am 7. Oktober Geburtstag feierte. **Wladimir Putin** wurde 70 Jahre alt. „Wer die Sowjetunion nicht vermisst, hat kein Herz.“, sagte er einst. Der größten Teil der Menschen läuft demzufolge herzlos durchs Leben. Putin setzt noch eins drauf: „Wer sie sich zurückwünscht, keinen Verstand.“ Da kann man Putin nur mit dem Adenauer-Zitat antworten: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern.“ **Konrad Adenauer**, unser erster Bundeskanzler, hat ergänzend hinzugefügt: „Nichts hindert mich daran, klüger zu werden.“ Darauf werden wir bei Putin vergeblich warten müssen.

Was aber schon an diesem Wochenende beraten wird, ist der Umgang mit der „Gaspreisumlage“, woraus eine „Gaspreisbremse“ entstehen soll. Die Vor-

sitzende der eingesetzten Expertenkommission, **Veronika Grimm**, dämpft aber schon im Vorfeld die Erwartungen und sagt, dass der Gaspreis trotz der Bremse deutlich höher bleiben wird als vor Putins Angriffskrieg auf die Ukraine.

Für ein paar Stunden rückten die Probleme bei der Geburtstagsfeier gestern Abend in den Hintergrund, auch wenn sie in den Festreden angesprochen wurden. Fast entschuldigend sagte GASAG-Chef **Georg Friedrichs**, dass man angesichts der Lage die Feier bescheidener ausgestaltet habe und nur eine „abgespeckte Version“ durchführe. Nun, „es muss nicht immer Kaviar sein“, schrieb uns schon **Johannes Mario Simmel** ins Stammbuch. Ein Berliner Unternehmen darf auch mit Berliner Spezialitäten wie Buletten, Curry Wurst und Schmalzstullen feiern. Und die Roulade à la **Thomas Kammeier** schlägt ohnehin jedes Trüffelgericht. Auch das kulturelle Programm war hervorragend, auch ohne Stargast, aber mit Berliner Institutionen wie der **Neuköllner Oper** oder dem **Grips-Theater**, die von der GASAG gefördert werden. Ein besseres Geburtstagsgeschenk als das 3:1 gegen Ingolstadt konnten die **Eisbären** gestern Abend ihrem Hauptsponsor nicht machen. Seit über 20 Jahren unterstützt die GASAG den Eishockey-Kultverein.



In der Werkstatt 26, gleich neben dem GASAG-Gebäude, fand die Geburtstagsfeier statt.

GASAG-Chef **Georg Friedrichs** ging in seiner Begrüßung auf die Sorgen und Ängste der Menschen ein und versprach, dass alle durch den Winter kommen werden. „Niemand wird frieren müssen.“ Auch daran, dass das Gas bezahlbar bleiben muss, arbeite man. Friedrichs betonte, dass die Bewältigung des Klimawandels, trotz aller Probleme, auch weiterhin Priorität habe.

Berlins Regierende Bürgermeisterin **Franziska Giffey** hielt ihre Rede in der von ihr gewohnten empathischen Art. Es gäbe keinen besseren Ort als den **EUREF-Campus**, um den Geburtstag zu feiern. Giffey nannte den EUREF-Campus „**Ein Schlüsselloch**“



der Zukunft". Giffey ging auf die Geschichte der GASAG ein. Alles begann mit der Beleuchtung der Straßen in Berlin durch gasbetriebene Laternen. Auch in diesem Winter wird es nicht dunkel sein, versprach sie und erwähnte das am 7. Oktober parallel gestartete „Festival of Lights“, das bis zum 16. Oktober auch in bescheidenerer Form stattfindet.

Giffey vergaß nicht, alle Probleme zu erwähnen, die Berlin belasten, wie zum Beispiel die Flüchtlingslage und die Energiekrise. Nicht unerwähnt durfte das Berliner Entlastungspaket von über einer Milliarde Euro bleiben. Exemplarisch nannte sie das 29-Euro-Ticket, das bereits 100.000-mal verkauft wurde. Dabei blickte sie auf den anwesenden Brandenburger Wirtschaftsminister **Jörg Steinbach**. Berlin habe andere Bedürfnisse als Brandenburg im ÖPNV. Aber, in der Energieversorgung arbeiten beide Bundesländer bestens zusammen.



Ein Elefant stünde im Raum, sagte Giffey, und meinte damit die Zukunft der GASAG. Intensiv wird derzeit mit den Eigentümern der GASAG verhandelt. Es gilt als sicher, dass das Unternehmen am Ende des Tages, in welcher Form auch immer, in den kommunalen Schoß Berlins zurückkehren wird, so wie zuvor die Wasserwerke und das Stromnetz. Die Fehler der Vergangenheit werden teuer repariert. Allerdings darf nicht unerwähnt bleiben, dass sich das Stromnetz Berlin und die GASAG in privater Trägerschaft sehr positiv zum Wohle der Stadt entwickelt haben. Berlin wird zeigen müssen, ob das auch weiterhin gelingt. Anteilseigner der GASAG sind Vattenfall und Engie zu je 31,575 Prozent und Eon mit 36,85 Prozent.

Ein letztes Wort von Giffey galt der vermutlich ins Haus stehende Neuwahl. Trotzdem werde man gut durchkommen. Und, als sei es schon eine Wahlkampfaußsage: „Es ist eine Ehre, hier arbeiten zu dürfen!“

In einer Talk-Runde mit dem GASAG-Vorstand **Georg Friedrichs**, **Matthias Trunk** und **Stefan Hadré** wurde nochmals unterstrichen, dass, wer ein

Problem mit dem Bezahlen der Gasrechnung hat, auf die GASAG zukommen solle. Das Kundenzentrum am Hackeschen Markt, das auch mit auf den EUREF-Campus gezogen ist, wird wiedereröffnet, so dass es eine zweite Anlaufstelle gibt.



Konzernbetriebsrat **Stephan Lachmann** sprach die Verunsicherung der Mitarbeiter an. Das Konzessionsverfahren belaste die Mitarbeiter, so der Betriebsrat. Er wünsche sich, dass die GASAG-Gruppe als Ganzes erhalten bleibe.

Die Geschichte der GASAG ist die Geschichte Berlins. Trotz Revolution (1848/49) ein Jahr nach Gründung der GASAG, zweier Weltkriege (1914-1918, 1939-1945), Blockade (1948/49), Chruschtschow-Ultimatum (1958) und den Mauerbau (1961) haben Berlin und die GASAG überlebt und sind immer wieder, wie der berühmte Phoenix, aus der Asche entstiegen.

Die Geschichte der Gasversorgung in Berlin begann schon 1925 durch ein in London gegründetes Unternehmen. Wegen unverhältnismäßig hoher Gaspreise kam es aber zum Streit und in der Folge erhielt Berlin am 25. August 1844 per königlicher Kabinettsorder die Genehmigung, ab dem 1. Januar 1847 die öffentliche Beleuchtung zu übernehmen. Die städtischen Gasanstalten wurden geleitet von dem „Curatorium für das städtische Erleuchtungswesen.“ So ein Kuratorium wünschte man sich für die Politik auch heute. Die ganze Geschichte der GASAG unter

<https://de.wikipedia.org/wiki/GASAG>

Unter den Gästen der Geburtstagsfeier haben wir unter anderem natürlich die EUREF-Vorstände **Reinhard Müller** und **Karin Teichmann** entdeckt, sowie **Klaus Wowerit**, Parlamentspräsident **Dennis Buchner**, die Senatoren **Bettina Jarasch**, **Stephan Schwarz**, **Daniel Wesener** und **Iris Spranger**, Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann**, CDU-Chef **Kai Wegner** und FDP-Fraktionsvorsitzender **Sebastian Czaja**, STADT UND LAND-Chef **Ingo Malter**, Zoo-Direktor **Andreas Knieriem**, Landessportbundpräsident **Thomas Härtel**, den Herausgeber des Hauptstadt-Briefes **Detlef Prinz**, den ehemaligen Chef der Stromnetz Berlin GmbH und LEAG, **Dr. Helmar Rendez**, und Ex-GASAG Vorstand **Olaf Czernomoriez**.

Ed Koch
(auch Fotos)

16) Bundesverfassungsrichter zu Berliner Wahl: „Zustände wie in einer Diktatur“

Von ELMAR FORSTER

07. 10. 2022



Zustände wie in einer Diktatur

Der deutsche Bundesverfassungsrichter Peter Müller äußerte sich in einem [FAZ-Podcast](#) entsetzt: Derartige Wahl-Abläufe wie in Berlin hätten in Deutschland wohl noch nie stattgefunden. In einer massiven Kritik verglich er die Wahlpannen vom letzten September mit Zuständen wie in einer Diktatur. Diese Zweifel äußerte Müller sowohl über die Vorgänge bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus aber auch zum deutschen Bundestag.

Bezug nehmend auf die Darstellung in deutschen Medien würde es sich demnach wohl um einen „einmalig gelagerten Fall“ handeln:

„So etwas hätte man sich vor einigen Jahrzehnten vorstellen können, in irgendeinem diktatorischen sogenannten Entwicklungsland, aber doch nicht mitten in Europa, mitten in Deutschland“.

Denn die „tatsächlich Abläufe“ hätten „jedenfalls in Deutschland noch nie stattgefunden“.

Zudem ließ Müller (im Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts für das Wahlrecht zuständig) auch bezüglich der gesamtdeutschen Bundestagswahl aufhorchen: Die Mandatsverteilung nach dem Bundeswahlgesetz hätte nämlich „mittlerweile ein Maß an

Komplexität erreicht, das für den Normalbürger aus meiner Sicht nicht mehr durchschaubar ist“. Zurzeit läuft ein abstraktes Normenkontrollverfahren gegen diese Regelung.

Wahlwiederholung immer wahrscheinlicher

Nach einer ersten Einschätzung hält der Berliner Verfassungsgerichtshof die Wahlen (zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen – BVV) für ungültig. (BZ) Aus diesem Grunde neige das Gericht „dazu, die Wahlen insgesamt für ungültig zu erklären“ – wie es in einer Pressemitteilung hieß. Dann aber müssten die Wahlen in ganz Berlin wiederholt werden. – Noch steht aber noch nicht fest, wann das Urteil über die Gültigkeit der Wahl gesprochen wird.

Verfassungsgericht: Dokumentierte Wahlpannen nur „Spitze des Eisbergs“

Laut Präsidentin des Berliner Verfassungsgerichtshofs, Ludgera Selting, hätte bereits „die Wahlvorbereitung „den rechtlichen Anforderungen voraussichtlich nicht genügt“. Danach sei es dann aber auch am Wahltag selbst „zu unzumutbar langen Wartezeiten“ vor den Wahllokalen gekommen. Selting bemängelte auch die zeitweisen Schließungen von Wahllokalen sowie die Austeilung von zu wenigen oder falschen Stimmzetteln. Weiters wiegt schwer die Intransparenz der skandalösen Vorgänge – wohl zur Vertuschung derselben: Denn aufgrund der nur sehr lückenhaften Dokumentation dürfte es sich nur um „die Spitze des Eisbergs“ handeln. Zurzeit spreche viel für eine „vollständige Ungültigerklärung“ der beiden Berliner Wahlen. (BZ)

War der Berliner Senat jemals demokratisch legitimiert?

Sollten die Wahlen vom Berliner Verfassungsgerichtshof tatsächlich für ungültig erklärt werden, kommt es innerhalb von 90 Tagen zu einer Wiederholungswahl. Daran dass bis dahin alle Abgeordneten als politische Entscheidungsträger in ihren Ämtern verbleiben, gibt es aber auch erhebliche Zweifel, wie etwa der Marcel Luthé (Senatsabgeordneter der Freien Wähler) kommentierte:

„Wenn der Verfassungsgerichtshof derart schwere Wahlfehler erkennt, dass diese Wahlen wiederholt werden müssen, dann sind die Personen, die als Parlament handeln, nicht demokratisch legitimiert. Und wer nicht demokratisch legitimiert ist, kann nicht Abgeordneter sein – das aktuelle Parlament war also dann nie eines.“ (BZ)

Mittlerweile fordern FDP und CDU den Rücktritt des damaligen SPD-Innensenators Andreas Geisel, der für die Wahlen zuständig war. Nun SPD-Bürgermeisterin Giffey ist aus durchsichtigen parteipolitischen Gründen dagegen. (BZ) Geisel leitet mittlerweile als Senator das Ressort für Stadtentwicklung, Wohnen und Bauen.

Und auch bei den Berliner Grünen stellt man sich mittlerweile kleinlaut auf Neuwahlen ein: „Ordnungsgemäße Wahlen sind das Grundprinzip einer Demokratie und müssen funktionieren“ – wie die beiden Grünen-Landesvorsitzenden, Susanne Mertens und Philmon Ghirmai, am Mittwoch kleinlaut mitteilten. (BZ)

Die 1986 (!) ausgesprochene Warnung von Franz Josef Strauss vor einer rot-grünen Machtübernahme war aus heutiger Sicht geradezu prophetischer Natur:

„Bei fundamentaler Richtungswechsel von Rot-Grün: Parlamentarische Arbeit der BRD wäre umsonst gewesen“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Zu Lande, in der Luft und jetzt auch auf dem Wasser. Von Ed Koch



Zu Lande, in der Luft und jetzt auch auf dem Wasser



Foto: dpdhl.com

Die elektrobetriebenen DHL-Streetscooter sehen wir jeden Tag auf unseren Straßen.



Foto: dpdhl.com

Auch DHL-Flugzeuge haben wir schon erblickt.



Foto: paperpress

Neu ist seit heute, dem 6. Oktober, ein elektrisch angetriebenes Solarschiff. Damit startet DHL den Pakettransport auf dem Wasser. Was Sinn macht, sprechen wir doch bei Flüssen auch von Wasserstraßen.

Bei dem deutschlandweit, und vermutlich darüber hinaus, ersten Pilotprojekt dieser Art wird das Solarschiff auf der Spree täglich hunderte Sendungen vom Südhafen Spandau zum Westhafen transportieren – ohne Emissionen zu verursachen. Das Solarschiff fährt umweltschonend und geräuschlos. **Sven Goerke**, Leiter der Niederlassung Betrieb Berlin Paket,

hielt die Pressekonferenz auf einem Begleitboot ab, das neben dem neuen Solarschiff zum Westhafen fuhr. Und dort warteten zwei neue, ebenfalls elektrobetriebene Lastenfahrräder für die berühmte letzte Meile bis zum Empfänger auf die Medienvertreter und natürlich auf die Pakete.



Foto: DHL



Foto: paperpress

Das Solarschiff-Projekt wurde vom Leiter für „Nachhaltige Transport- und Zustellösungen“, **Andreas Schwager**, und seinem Team in den letzten Monaten entwickelt und auf den Weg, besser, aufs Wasser, gebracht.

Die Problemlage ist klar, dazu reicht ein Blick auf Berlins Straßen. Corona hat dazu beigetragen, dass wir uns immer mehr Güter nach Hause liefern lassen. Die Straßen sind voll mit Lieferfahrzeugen, von Paketzustellern wie DHL, UPS, DPD, GLS und natürlich Amazon. Ganz abgesehen von den Lebensmittel- und Getränkelieferanten wie Bringmeister oder Durs-texpress. Hinzukommen noch die Fahrrad- oder Moped-Kuriere, die uns eine frische Pizza nach Hause bringen, weil wir Strom oder Gas zur Selbstzubereitung im Ofen sparen wollen.

Auch nach Corona-Lockdowns werden sich die Menschen weiterhin Waren aller Art nach Hause liefern lassen, weil es doch so bequem ist. Und da es doch noch Menschen gibt, die tagsüber einer Beschäftigung nachgehen und nicht zu Hause auf den Paketboten warten können, sprießen Paketstationen wie Pilze aus dem Boden. Diese sind teils legal, teils illegal aufgestellt worden. Who Cares? Die Politik tut



alles, um den Autoverkehr aus den Kiezen zu drängen. In den Niederlanden, wo sonst, schon erprobt, sind auch in Berlin Kiezblocks angesagt, die keinen Durchgangsverkehr mehr zulassen. Autofreie Idylle in der Großstadt, niemand muss mehr aufs Land ziehen, um Ruhe zu haben. Lieferfahrzeuge und zum Glück Rettungswagen dürfen in die abgeschotteten Kieze dennoch hineinfahren.

Trotz fußläufig zu erreichender Paketstationen wird man es niemand verbieten können, sich seine Waren bis an die Haustür liefern zu lassen. Der Lieferverkehr ist Fakt. Deshalb muss gerade in diesem Sektor alles unternommen werden, um ihn wenigstens CO₂-neutral zu machen. Viele haben sich auf den Weg gemacht, längst nicht alle. Um aber auch nur annähernd die Klimaziele noch erreichen zu können, muss mehr passieren.

Auf den Wasserwegen umweltschonende Fahrzeuge einzusetzen, ist vielleicht nur ein kleiner Schritt, aber viele kleine Schritte ergeben letztlich eine beachtliche Strecke. „Berlin ist eine Wasserstadt im Sinne des Wortes. Nimmt man alle Flächen, die das Wasser innerhalb der Stadt bildet, zusammen, dann sind es immerhin 6,6 Prozent der Berliner Gesamtfläche mit beachtlichen 58,9 km².“ *Wikipedia*

Demzufolge gibt es auch Häfen in Berlin, die für den Umschlag von Paketen in Frage kommen, neben dem Südhafen Spandau und dem Westhafen verfügen auch Neukölln und Mariendorf über einen Hafen (nicht zu verwechseln mit dem Tempelhofer Hafen).



Foto: DHL

Und wer jetzt googelt und herausfindet, dass in Berlin heute nicht das erste DHL-Schiff zu Wasser gelassen wurde, wird in London (Foto) und Amsterdam fündig. „Der Zustellservice löst den bisherigen Straßentransport der Sendungen vom DHL Servicecenter Heathrow ins Stadtzentrum Londons ab.“ Hierbei geht es aber nicht um Pakete, sondern um

Expresssendungen. So gesehen liegt Berlin mit seinem Solarschiff europaweit ganz weit vorn.

Was bedeutet eigentlich **DHL**, ist eine immer wieder gern gestellte Frage. *Wikipedia* hilft uns weiter: „DHL ist ein deutscher, 1969 in San Francisco von **Adrian Dalsey, Larry Hillblom und Robert Lynn** gegründeter Paket- und Brief-Express-Dienst, die Anfangsbuchstaben der Namen ergeben das Firmenlogo. Seit 2002 gehört das Unternehmen als Dachmarke für verschiedene Tochtergesellschaften in den Geschäftsbereichen Express, Global Forwarding, Freight und Supply Chain sowie den Produkten Paket und eCommerce zum Konzern Deutsche Post DHL Group.“

Die Zeit der guten alten Deutschen Bundespost endete am 31. Dezember 1994. Der Staatskonzern unterstand einem eigenen Ministerium, das auch für das Fernmeldewesen zuständig war, worum sich heute die Telekom kümmert. Die Deutsche Post DHL Group, die 1995 aus der Deutschen Bundespost hervorging, ist in „über 220 Ländern und Territorien präsent und damit eines der internationalsten Unternehmen der Welt“. Beim Nachfolger der Deutschen Bundespost DHL sind 510.000 Menschen weltweit beschäftigt, bei der Telekom 27.800. Bei der Deutschen Post waren damals 543.000 Menschen nur für die Bundesrepublik Deutschland ohne DDR beschäftigt.

Bei jedem Paketzusteller gibt es auch Kritik. Man wartet zu Hause auf sein Päckchen und findet im Briefkasten dann eine Mitteilung, dass man nicht angetroffen wurde. In den meisten Fällen klappt es bei der DHL aber besser als bei anderen.



Foto: DHL

Dieses Foto haben wir im Internet gefunden. DHL Express startete im Mai 2019 einen Drohnen-Lieferservice in Guangzhou/China. Bald auch bei uns? Auf das Motto „Zu Lande, zu Wasser und in der Luft“, hat Mercedes längst kein Monopol mehr. Wir fragten Projektleiter **Andreas Schwager** nach seinem Motto. Er überließ die Antwort **Franz Kafka**: „Neue Wege entstehen dadurch, dass man sie geht.“

Ed Koch

Österreich (Seiten E 84 – E 92)

18) US-Fitch-Ratings lässt Bombe vor Präsidenten-Wahl platzen: Österreich auf „negativ“ herabgestuft

08. 10. 2022



Herabstufung vor Endphase der Wahl zum Bundespräsidenten

Fitch-Ratings stufte den Ausblick für österreichische Staatsanleihen von „AA plus“, also bisher „stabil“, auf „negativ“ herab. Fitch begründete den am Samstagmorgen in London angekündigten Schritt vor allem damit: Dass die makroökonomischen Aussichten sowie das öffentliche Finanzsystem Österreichs durch Abwärtsrisiken belastet seien, die sich aus der Energieversorgung und den Energiepreisen ergäben. Die Ratingagentur nannte diesbezüglich eine mögliche vollständige und längere Stilllegung der russischen Erdgaslieferungen.

Warum gerade jetzt?

Über den Zeitpunkt der Bekanntgabe kann nur spekuliert werden: Findet doch morgen in Österreich die Wahl zum Bundespräsidenten statt.

VdB wird von allen großen österreichischen Parteien unterstützt. Die Regierungs-Partei ÖVP hat keinen eigenen Gegenkandidaten aufgestellt. Hängt alles etwa mit der aktuell unfreundlichen Flüchtlingspolitik des österreichischen ÖVP-Bundekanzlers Nehammer zusammen? ([UM](#) berichtete: „Flüchtlingskrise eskaliert.“) Etwa seine Teilnahme am Gipfeltreffen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Orban und dem serbischen Präsidenten Vucic diesen Montag in Budapest. Die österreichischen Grünen und deren Kandidat VdB haben – wohl aus Rücksicht auf die österreichischen Wähler – keinen Protest dagegen erhoben.

„Hohe Abhängigkeit von russischem Erdgas“

Fitch-Ratings betonte außerdem: Dass Österreichs Abhängigkeit von russischem Erdgas selbst im europäischen Vergleich sehr hoch wäre. Und das, obwohl der Anteil der russischen Importe, gemessen am Gesamtangebot von 80 % vor dem Ukraine-Krieg nun unter 50 % gefallen wäre. Somit revidierte Fitch seine bisherige Erwartung, dass der Wert des österreichischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im nächsten Jahr um 0,2 % sinken würde. Die Ratingagentur weist dezidiert darauf hin, dass es sich hierbei um eine deutliche Abwärtskorrektur handelt, da die Fitch-Frühjahrsprognose-2023 ein österreichisches Wirtschaftswachstum von 2,4 % prognostiziert hatte.

Rezession erwartet

Fitch erwartet nun also eine Rezession, vor allem im verarbeitenden Gewerbe und zwar aufgrund der außergewöhnlich hohen Energiepreise, der beschleunigten Straffung der Geldpolitik und des Übergreifens negativer Auswirkungen auf wichtige Handelspartner.

Gleichzeitig erwartet Fitch aber für dieses Jahr ein BIP-Wachstum von 4,5 %, und zwar deutlich besser als bisher von 3,3 % – allerdings bedingt durch die außergewöhnlich starke Entwicklung der österreichischen Wirtschaft im ersten Halbjahr.

Budget-Defizit steigt

Außerdem soll Österreichs Gesamtdefizit, und zwar im Verhältnis zum BIP in diesem Jahr 3,2 % erreichen und im nächsten Jahr auf 3,4 % steigen, aber 2024 wieder auf 2,2 % sinken. Die Gesamt-Staatsschuldenquote soll von ihrem letzten Höchststand von 82,9 % (2020) bis Ende 2024 auf 76,1 % sinken, und zwar in einem Umfeld von nominalem BIP-Wachstum und noch geringen Defiziten.

Trotzdem aber liegt die Staatsschuldenquote immer noch deutlich über den 70,6 % vor der Coronavirus-Pandemie, sowie der mittleren 47 % des BIP, die von der Schuldenquote der Staatsschuldner von Fitch im „AA“ -Band projiziert werden – schließt Fitch seinen Bericht.

Dieser Bericht entstand in Zusammenarbeit mit [MANDINER](#), unserem Partner der Medienkooperation

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Österreich: Wie demokratisch ist die Bundespräsidentenwahl?

07. 10. 2022



Eine faire Wahl setzt gleiche Bedingungen für alle Kandidaten voraus. Sie kann nur als demokratisch bezeichnet werden, wenn auch die Rahmenbedingungen, unter der sie stattfindet, demokratische sind. Zentral ist dabei eine unabhängige und pluralistische Medienlandschaft.

Sie ermöglicht es den Bürgern, sich umfassend und aus unterschiedlichen politischen Blickwinkeln über die Kandidaten und deren Ziele zu informieren. Erst auf dieser Basis können sie eine möglichst unbeeinflusste Wahlentscheidung treffen. Unter diesen Gesichtspunkten ist es fraglich, ob Wahlen in Österreich im Allgemeinen und die aktuelle Bundespräsidentenwahl im Speziellen tatsächlich eine demokratische ist. Die heimische Medienlandschaft hat eine schwere linke Schlagseite und alle großen Medien sind in hohem Maße finanziell von staatlichen Zuwendungen in Form von Inseraten, Förderungen und Zwangsgebühren abhängig.

Hunderte Millionen für Systemmedien

Die türkis-grüne Bundesregierung und die rot-pinke Wiener Stadtregierung haben in den vergangenen Jahren hunderte Millionen Euro an die Medien ausgeschüttet. 2020 und 2021 flossen allein über Werbeschaltungen eine halbe Milliarde Euro von der öffentlichen Hand an systemtreue Medien.

Verteilt wurde diese gigantische Summe von jenen politischen Kräften, die derzeit allesamt Alexander Van der Bellen unterstützen. So etwas nennt man einen Deal – auch wenn dieser

unausgesprochen bleibt. Dazu kommt, dass das journalistische Personal in Österreich ohnehin zum überwiegenden Teil politisch links der Mitte steht. Das sind die medialen Rahmenbedingungen, unter denen in Österreich Wahlen stattfinden. Die Bürger werden massiv und gezielt politisch beeinflusst. Bei der Bundespräsidentenwahl herrscht also keine Waffengleichheit unter den Kandidaten.

Haltungsjournalisten schonen Van der Bellen

Van der Bellen wird von den Medien, allen voran vom ORF, der besonders vom Wohlwollen des politischen Establishments abhängig ist, durch diesen Wahlkampf getragen. Jeder seiner verbalen Ausrutscher und geistigen Aussetzer, und davon gab es in den vergangenen Wochen viele, wurden von den medialen Handlangern überspielt und ausgebügelt. Die Haltungsjournalisten schonen Van der Bellen, fragen nicht kritisch nach und fallen ihm nicht permanent ins Wort, wie sie das bei seinen Herausforderern gerne tun.

Einige von ihnen – wie etwa Corinna Milborn von Puls4 – verhalten sich gegenüber Van der Bellen regelrecht unterwürfig, als ob sie seine Pressesprecher oder Claqueure wären. Würden die Journalisten Van der Bellen behandeln wie Walter Rosenkranz oder Gerald Grosz, hätte rasch eine Frage den Wahlkampf beherrscht: Ist der 78-Jährige überhaupt noch amtsfähig? Aber selbst die mediale Sonderbehandlung kann nicht mehr kaschieren, dass Van der Bellen überfordert wirkt und immer öfter wirre Antworten gibt. Sein eigenes Umfeld traut ihm offenbar nicht einmal mehr zu, dass er eine direkte Konfrontation mit einem seiner Herausforderer durchstehen kann, ohne sich zu blamieren. Van der Bellen konnte sich der Wiederwahl nur noch stellen, weil er sich der Unterstützung der Medien sicher sein konnte und nie vorhatte, sich direkt mit seinen Gegenkandidaten zu messen.

Nichtlinker Kandidat muß verhindert werden

Dass die Medien dabei mitspielen, das Offensichtliche ignorieren bzw. relativieren, ist den Bürgern und dem Land gegenüber hochgradig unverantwortlich, zumal die Amtszeit eines Bundespräsidenten sechs lange Jahre dauert. Es geht den Haltungsjournalisten ausschließlich darum, zu verhindern, dass ein nichtlinker Kandidat in die Hofburg einzieht, selbst auf die Gefahr hin, dass jemand an der Spitze des Staates steht, der dazu gesundheitlich gar nicht mehr in der Lage ist.

Mitbewerber werden medial bekämpft

Um Van der Bellen den Weg zu ebnen, haben dutzende Journalisten von ORF, Puls4, Falter etc. das Vorleben von Rosenkranz, Grosz und Wallentin durchwühlt, um ihre Schmutzkübel füllen zu können, während Van der Bellen dunkle Flecken aus der Vergangenheit konsequent ignoriert werden. Dermaßen aufmunitioniert, versuchte etwa Armin Wolf in der ZiB2 einen Tassilo Wallentin zu demontieren. Van der Bellen's Gegner werden von den Journalisten wie Verdächtige vorgeführt und verhört. Im Gegenzug erwarten sich die Medien und deren Umfeld, dass Van der Bellen auch sie unterstützt, in ihrem Interesse sein Amt ausübt. Dass er diese Erwartungen erfüllt, hat er unter anderem im Zug der Ibiza-Affäre bewiesen, als er tatkräftig mithalf, die von der Linken ghasste FPÖ aus der Regierung zu entfernen.

Dabei haben sich die Medien im Wahlkampf zurückgehalten, zumal Van der Bellen's Wiederwahl laut Umfragen ohnehin nie gefährdet war. Sollte es zu einer Stichwahl zwischen Van der Bellen und Walter Rosenkranz am 6. November kommen, würden ORF und Co.

erst die wirklich schweren Geschütze auffahren. Dann wird man wie 2016 auf Dirty Campaigning setzen, wird es erneut zu einem Schulterschluss jener Kräfte kommen, die vom türkis-linken Umverteilungsstaat profitieren.

Faire Wahl?

Das sind alles in allem keine Rahmenbedingungen für eine faire Wahl. Die Politiker, Institutionen und Akteure aus der Zivilgesellschaft, die sich gerne öffentlichkeitswirksam um Demokratie und Grundrechte sorgen, interessieren sich für diese Missstände nicht. Warum auch? Sie sind nicht nur diese Verhältnisse verantwortlich, sie profitieren auch ihnen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Sorge um Österreich: Warum Pensionist Hubert (81) Dr. Walter Rosenkranz wählt (Video)

07. 10. 2022



Hubert (81) hat große Angst um Österreich und wählt daher Dr. Walter Rosenkranz

Hubert ist 81 Jahre alt und hat schon einiges in seinem Leben mitmachen müssen. Im Krieg geboren, hatte er keinen leichten Start ins Leben. Die aktuellen Krisen erinnern Hubert sehr an seine eigene Kindheit und Jugend. Er macht sich große Sorgen um die Zukunft der kommenden Generationen und er hat Angst.

Aber es gibt jemanden, der Hubert wieder Hoffnung gibt und das ist Walter Rosenkranz

<https://www.youtube.com/watch?v=28KjssfmEKY&t=1s>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Österreich-Wahl: Van der Bellen – Systemkandidat als Spalter der Gesellschaft

05. 10. 2022



Van der Bellen: Der Systemkandidat als Spalter der Gesellschaft

Alexander Van der Bellen startete 2016 als Kandidat der Grünen in Rennen um die Hofburg und landete mit deutlichem Abstand hinter dem Freiheitlichen Norbert Hofer auf Platz zwei. Die Positionierung der mit ihren Anwärtern kläglich gescheiterten damaligen Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP in der Stichwahl machte deutlich, dass die Grünen trotz teilweise radikaler Ansichten längst zum Establishment gehören, die Freiheitlichen hingegen weiterhin ausgegrenzt werden. Die Linksparteien SPÖ, Neos und natürlich Grüne versammelten sich geschlossen hinter Van der Bellen, und auch die ÖVP rief teilweise zur Wahl des weit linksstehenden Wirtschaftsprofessors auf.

Es verlief ein tiefer Graben zwischen dem politischen Establishment und der in den Mainstream-Medien verächtlich gemachten freiheitlichen Opposition. Nach gewonnener

Wahl äußerte sich Van der Bellen anfänglich noch dahingehend, dass ihm alle Österreicher gleich viel wert seien und er sie unabhängig von deren Parteizugehörigkeit vertreten wolle. Das änderte sich wenige Wochen später, als der „glühende Europäer“ das erste Mal als Bundespräsident nach Brüssel reiste und dort eine Rede vor dem Europäischen Parlament hielt. Die Freund-Feind-Bestimmung, die natürlich auch die Österreicher in zwei Gruppen teilt, hätte nicht eindeutiger sein können:

„Meine Wahl zum Bundespräsidenten der Republik Österreich vom Dezember 2016 war eine klare Absage an den aufkeimenden Nationalismus, Protektionismus an den verführerischen, vereinfachenden Populismus. Es ist meine Überzeugung (...), dass man mit der Verletzung der Würde des Menschen, mit der Ablehnung gegenüber allem Fremden, bei Einschränkung von Grundwerten, Grundrechten und Grundfreiheiten, mit den neuen Mauern und alten Nationalismen kein einziges Problem löst. Im Gegenteil: Man schafft neue.“

Eine klare Breitseite gegen die FPÖ, die seit jeher gegen überbordenden EU-Zentralismus und für eine Rückgewinnung an Brüssel abgegebener nationaler Souveränität eintritt – also genau für das, was Van der Bellen hier als „Nationalismus“ und „Protektionismus“ herabwürdigte. Dass Van der Bellen der perfekte Systempräsident und damit 2022 auch der perfekte Systemkandidat werden konnte, war vor allem einem Ereignis geschuldet: der sogenannten Corona-Pandemie. Betrachtet man seine Stellungnahmen in Reden, Interviews oder Social-Media-Postings seit Ausbruch der Pandemie, muss man zwangsläufig zu der Erkenntnis kommen, dass Van der Bellen jegliche Entscheidungen und Vorgehensweisen der schwarz-grünen Regierung nicht nur mitträgt, sondern auch goutiert. In dieser Krise, bei der die Regierung orientierungslos von einer politischen Kurzschluss-Reaktion in die Nächste taumelte, breitete Van der Bellen seinen Mantel des Schweigens und der uneingeschränkten Akzeptanz darüber. Es scheint, als gelten für ihn die Entscheidungen und Aussagen sowohl der Regierung als auch der rot-pinken (Schein-)Opposition als alternativlos und in keiner Weise hinterfragenswert.

Unterstützer eines „globalen Impfplanes“

Bereits zu Beginn der Corona-Pandemie bezeichnete der Bundespräsident am 4. März 2020 das Krisenmanagement der Bundesregierung in Sachen Corona als „höchst professionell“. Explizit jenes, des überforderten und gescheiterten Gesundheitsministers Rudolf Anschober (Grüne). Auch in der damals auf Hochtouren anlaufenden, von der Regierung unter Drohungen und Horrorszenarien geforderten Impfkampagne zeigte sich Van der Bellen als absolut systemtreu. Am 11. März 2021 sprach er sich für einen koordinierten globalen Impfplan aus:

„Ich unterstütze den UN-Aufruf zu einem globalen Impfplan.“

In dieser Tonart ging es munter weiter. August 2021 zeigte er sich über die einsetzende Impfmüdigkeit besorgt und appellierte in einem Video: *„Ich bitte Sie, nehmen Sie das Impfangebot wahr, das ist ein kleiner Stich, dann hat sich's schon“*. Am Nationalfeiertag lud er als Bundespräsident in die Hofburg zur Corona-Impfung ein:

„Holen Sie sich Ihren Piks in der schönsten Impfstraße Österreichs (...) Wir machen die Hofburg heuer zur Impfburg!“

Als jedoch FPÖ-Chef Herbert Kickl Van der Bellen in einem offenen Brief aufgefordert hatte, die Novelle des COVID-19-Maßnahmengesetzes, die das diskriminierende „3G am Arbeitsplatz“-Regime ermöglichen sollte, zu verhindern, war aus der Hofburg kein Pieps zu

vernehmen. Dabei hatte Van der Bellen unmittelbar nach Ibiza von der „Eleganz der Verfassung“ geschwärmt. Dass er sich auch nicht zu Wort meldete, als das Ministerium von Anschöber eine verfassungswidrige Verordnung nach der anderen erließ, ist mittlerweile nur noch eine Fußnote.

Keine Reaktion bei Verstoß gegen Versammlungsfreiheit

Für all jene, denen die Maßnahmen zu weit gingen, die Impfbzwang und Freiheitseinschränkungen ablehnten und für ihre Grundrechte auf die Straße gingen, fand der Bundespräsident kein Wort des Verständnisses oder gar der Unterstützung ihrer demokratischen Rechte. Als Anfang 2021 Versammlungen von der Polizei verboten wurden und damit ein klarer Verstoß gegen das verfassungsmäßig garantierte Recht auf Versammlungsfreiheit vorlag, kam dem Präsidenten kein Wort der Kritik über die Lippen. Selbst dann nicht, als die Verwaltungsgerichte die Demo-Verbote als rechtswidrig verurteilten.

Solidarität für Ukraine statt innerösterreichische Solidarität

Auch zu der maßgeblich durch eine global wie national überschießende Corona-Politik getriebene Rekordinflation schwieg sich der Bundespräsident lange aus. Während die Bürger bereits rund ein Jahr lang in monatlich steigendem Ausmaß unter der Kostenlawine leiden und vielfach nicht wissen, wie sie ihre explodierenden Strom- und Gasrechnungen bezahlen sollen, wartete Van der Bellen bis zur Festspielsaison 2022, um hier erstmals Worte zu finden. Für die Lösung der Probleme sei vor allem Solidarität gefragt – natürlich nicht nur innerösterreichische Solidarität, sondern vor allem mit der Ukraine, denn die Energiekrise, die Inflation und die Armutsgefahr seien ein vom russischen Präsidenten *„bewusst herbeigeführter, kriegerischer Akt“*. Putin wird so zur Universalursache allen Leidens nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Österreich verteufelt. Praktisch vor allem für die Regierung, die Van der Bellen trotz massiver Turbulenzen unbedingt weiterarbeiten lassen will. Um *„gerade in dieser Zeit die größtmögliche Stabilität zu garantieren“*.

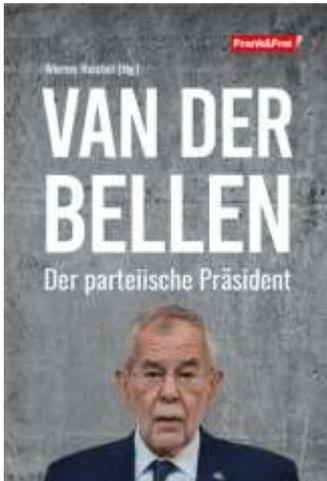
Abrücken von Neutralität als „Preis für Freiheit“

Die Weigerung, an den tatsächlichen Ursachen von Teuerung und Energiekrise anzusetzen und die selbstzerstörerische Sanktionspolitik gegen Russland aufzugeben, ist zu einem, vom Bundespräsidenten vollumfänglich mitgetragenen, gemeinsamen Dogma der Regierung und ihrer pseudo-oppositionellen „Blockparteien“ geworden:

„Das ist der Preis unserer Freiheit. Und wenn wir nicht bereit sind, ihn zu erbringen, werden ihn unsere Kinder und Enkelkinder doppelt und dreifach bezahlen.“

Von welcher Freiheit hier genau die Rede ist, erschließt sich nicht, zumal man in Österreichs Zweiter Republik wohl niemals unfrei gewesen war. Van der Bellen war und ist es auch kein Anliegen, auf die Möglichkeiten Österreichs durch seine immerwährende Neutralität hinzuweisen – oder wenigstens die Wahrung dieser Neutralität von den verantwortlichen Politikern einzufordern. Bei seiner Eröffnungsrede zu den Bregenzer Festspielen am 20. Juli 2022 bezichtigte er die Gegner der EU-Sanktionen gegen Russland sogar der Kollaboration mit Putin. Van der Bellen's unbeeirrte Unterstützung für den regierenden Status Quo macht sich für ihn bezahlt. Die einstigen Großparteien SPÖ und ÖVP verzichteten zu seinen Gunsten völlig auf die Nominierung eines Bundespräsidenten-Kandidaten, ebenso die Neos. Somit stehen vier Parteien hinter dem aktuellen Präsidenten, der sich damit mehr denn je als System-Kandidat entpuppt. Van der Bellen ist zum lebenden Monument für die

von ihm selbst angeblich kaum wahrgenommene Spaltung der Gesellschaft geworden. Hier die Mächtigen, dort die Bürger, die unter Corona-Quälereien und Kostenlawine leiden. Wenn sie aufbegehren, sind die für den Präsidenten und seine Unterstützer im polit-medialen Establishment „unsolidarisch“ oder gar Putin-Kollaborateure. Und als solche sind sie maximal Bürger zweiter Klasse, deren Stimmen man nicht braucht – ja nicht einmal will.



Buch-Info: Werner Reichel (Hg.) VAN DER BELLEN Der parteiische Präsident Verlag Frank&Frei 204 Seiten, € 19,90/eBook € 18,99 ISBN: 9783903236622
[Bestellungen hier direkt beim Verlag.](https://frankundfrei.online/produkt/van-der-bellen-der-parteiische-praesident/)

<https://frankundfrei.online/produkt/van-der-bellen-der-parteiische-praesident/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Südtirol (Seiten E 93 – E 103)

22) Giorgia Meloni gefährdet deutsche Minderheiten in Südtirol und im Trentino! Hilferuf nach Bayern!

PRESSEAUSSENDUNG

Sehr geehrte Damen und Herren!
Sehr geehrte Medienvertreter!

Im Anhang finden Sie unsere aktuelle Presseaussendung zu:
Giorgia Meloni gefährdet deutsche Minderheiten in Südtirol und im Trentino! Andreas-Hofer-Bund Tirol bittet Bayern um Schutz!

Das ebenfalls als Anhang beigefügte Memorandum wurde Frau Giorgia Meloni persönlich übergeben.

Mit Gesamttiorler Gruß/Con saluti tirolesi

Alois Wechselberger MAS, e.h.
Obmann/Il Presidente
Andreas Hofer-Bund für Tirol (AHBT)
obmann@andreashoferbund.tirol
www.andreashoferbund.tirol
gegr./founded/established 1919; ZVR.: 68061556



Andreas-Hofer-Bund für Tirol

gegr. 1919

PRESSEAUSSENDUNG

30-09-2022

Giorgia Meloni gefährdet deutsche Minderheiten in Südtirol und im Trentino!

Andreas-Hofer-Bund Tirol bittet Bayern um Schutz!

Innsbruck/Bozen/Trient/München: Erstmals in seinem mehr als 100jährigen Bestehen richtet sich der *Andreas-Hofer-Bund für Tirol* (AHBT) mit einem Hilfsansuchen an die Bayrische Staatsregierung, so AHBT-Obmann Alois Wechselberger MAS.

Existenz der Deutschen in Südtirol und im Trentino in Gefahr!

In den vergangenen 15 Jahren wurde die Südtirol-Autonomie durch Italien massiv ausgehöhlt. Die deutsche Sprache und Kultur befinden sich erstmals seit Mussolini in größter Gefahr. In den letzten Jahrzehnten wurden die Finanz- und Verwaltungshoheit massiv eingeschränkt. Im öffentlichen Bereich (Verkehrs- und Gesundheitswesen, Polizei- und Landesverwaltung, in akademischen Bildungseinrichtungen bis hin zu Beschriftungen von Lebensmitteln und Medikamenten sowie im Arbeitsalltag etc.) wird die autochthone deutsche Sprache zurückgedrängt. Die eigentliche Schutzmacht in Wien beschwichtigt und schweigt und macht sich seit Jahren zum Helfershelfer eines Ethnozids. Der gegenwärtige österreichische Außenminister wird von Kritikern als unfähig bzw. einseitig italienfreundlich eingestuft. So wird der letzten noch lebenden Katakombenlehrerin (1), der im 104. Lebensjahr stehenden Hermine Orian (geb. Mayr), die noch als Österreicherin geboren wurde, die österr. Staatsbürgerschaft verweigert. Die Politik zeigt sich im Fall Orian stur und scheint auf eine biologische Lösung zu warten.

Giorgia Meloni könnte AUS für Autonomie bedeuten!

Wir befinden uns in einer besonders ernsten Notlage, die durch die mögliche faschistische Regierung unter Giorgia Meloni so verstärkt wurde, dass wir uns an den Bayrischen Ministerpräsidenten Söder und

alle Bayern wenden, um das Überleben der österreichischen und bayrischen Volksgruppen (Zimbern und Fersentaler) in Süd- und Welschtirol (Trentino) zu sichern.

Nachdem Frau Meloni auf das vom AHBT in Trient überreichte Memorandum (Anlage) nicht geantwortet hat, befürchten wir sogar ein AUS für die Autonomie!

Tiroler bitten Markus Söder um ein Gespräch – Bayern als zweite Schutzmacht für Südtiroler?

AHBT-Vorsitzender Alois Wechselberger MAS hat bereits um einen möglichst zeitnahen Gesprächstermin beim bayrischen Ministerpräsidenten Markus Söder angefragt. Bayern könnte der Wiener Regierung unter die Arme greifen, so Wechselberger. Wir sind nicht zuletzt aufgrund eines Interviews von Markus Söder in einer deutschsprachigen Zeitung in Südtirol sehr zuversichtlich, rasch einen Gesprächstermin in der Bayrischen Staatskanzlei zu erhalten. Die Zeit drängt, in wenigen Wochen werden die Faschisten erstmals seit Mussolini in Rom voraussichtlich das Sagen haben! Wir vom AHBT würden gerne den Freistaat Bayern als weitere Schutzmacht für die Einhaltung des Südtiroler Autonomie-Pakets verankert sehen, so AHBT-Obmann Alois Wechselberger.

(1) [Südtirol: Frau kämpft um Staatsbürgerschaft - ServusTV](#)

Rückfragen:

Alois Wechselberger, MAS

+43 699 177 00 266

Andreas Hofer-Bund-Tirol (AHBT)

info@andreashoferbund.tirol

www.andreashoferbund.tirol



Memorandum

© AHBT/10-09-2022



Memorandum

des/di Andreas Hofer-Bundes für Tirol

für/per Giorgia Meloni

SICHERHEITSGARANTIEN

Der 1919 gegründete **Andreas-Hofer-Bund für Tirol (AHBT)**, gilt als älteste, überparteiliche nichtstaatliche Organisation der Region sowie als höchste moralische Instanz für das alte Tirol (Gebietsstand 30.04.1915) **und fordert Sicherheiten von Giorgia Meloni ein!**

*

Unsere Heimat (die Gefürstete Grafschaft von Tirol) ist in Folge des italienischen Aggressionskriegs (1. WK) gegen das kaiserliche Österreich, das es militärisch nie besiegen konnte, durch den Diktatfrieden von Saint-Germain-en-Laye mehrfach geteilt und gegenwärtig auf die Staaten Österreich und Italien, bzw. auf die Gebiete Bundesland Tirol, die Provinzen Südtirol, Welschtirol, sowie die Gemeinden Col/Verseil (Colle Santa Lucia), Fodom/Buchenstein (Livinallongo del Col di Lana), Anpëz/ Hayden (Cortina d'Ampezzo) in der Provinz Belluno, die Gemeinde Astachtal (Pedemonte) in der Provinz Vicenza und die Gemeinden Magasa und Valvestino in der Provinz Brescia aufgeteilt.

*

Mit großer Sorge mussten wir in den vergangenen Jahren beobachten, dass die Republik Österreich ihrer Schutzpflicht gegenüber der unteilbaren drei-(fünf-)sprachigen Tiroler Nation nicht nachkommt, während die Republik Italien die Südtirol-Autonomie massiv aushöhlt. Wir, der AHBT, als legitime Vertretung Gesamttirols, sind aufs Äußerste darüber besorgt, dass ein Ethnozid droht und dass die kulturelle, sprachliche Einheit Tirols durch die römische Zentralregierung gefährdet ist.

*

DESIDERIAMO SICUREZZA, GARANZIE E CERTEZZE

Fondata nel 1919, l'**Andreas-Hofer-Bund für Tirol (AHBT)**, la più antica ONG apartitica, modello e massima autorità morale per l'intero Tirolo storico (nei confini al 30.04.1915), **esige garanzie da Giorgia Meloni!**

*

La nostra terra, la nostra Heimat (il Tirolo storico/ contea principesca del Tirolo), a seguito della campagna fascista di assimilazione e trapianto etnico d'aggressione italiana contro l'Austria Imperiale (1° GM), è stata frammentata dal Trattato di Saint Germain-en-Laye ed attualmente è divisa tra Austria e Italia, ovvero nello federale del Tirolo, della provincia autonoma di Bolzano, della provincia autonoma di Trento i comuni di Colle Santa Lucia (Col/Verseil), Livinallongo del Col di Lana (Fodom/Buchenstein), Cortina d'Ampezzo (Anpëz/ Hayden) in prov. di Belluno, il comune di Pedemonte (Astachtal) in prov. di Vicenza ed i comuni di Magasa e Valvestino in prov. di Brescia.

*

Nell'ultimo anno abbiamo dovuto constatare, con grande preoccupazione, che la Repubblica d'Austria non sta adempiendo al suo dovere di tutela, volto a proteggere l'indivisibile TIROLO STORICO (dove si parlano tutt'ora 3 (5) lingue), e che la Repubblica Italiana sta minando massicciamente le autonomie speciali di Trento e Bolzano. Noi dell'AHBT, in qualità di legittimo e più antico rappresentante del Tirolo, siamo estremamente preoccupati: la cultura, l'etnocidio, l'unità culturale e linguistica del Tirolo sono messi in pericolo dal governo centrale romano.

*

<p>Die fortschreitende Assimilation, die Zurückdrängung der deutschen Sprache mitsamt ihren dialektischen Färbungen in Südtirol und in den deutschen Sprachinseln im Trentino, sind evident. Die Infragestellung des Autonomiestatus für Südtirol-Trentino durch politische Vertreter Roms ist ein ernstzunehmendes Zeichen, dem es geschlossen entgegenzutreten gilt. Die finanzielle und administrative Aushöhlung auf dem Gebiet von Südtirol-Welschtirol (Trentino) ist unbestreitbar, ebenso unbestreitbar ist die auf vielfältige Art und Weise verstärkte Zurückdrängung der Tiroler Sprachen: Ladinisch, Deutsch, Trentinisch zu Gunsten des in diesen Regionen ursprünglich nicht verwurzelten Italienischen.</p> <p style="text-align: center;">*</p>	<p>Il tentativo di assimilazione al resto dell'Italia, l'arretramento della nostra fiera cultura mitteleuropea e di tutte le lingue tedesche-trentine-ladine-mochene-cimbre, sono evidenti, così come la messa in discussione dello statuto di autonomia della regione Trentino Sudtirolo da parte della politica. Sono segnali da prendere sul serio e come tali devono essere prontamente contrastati. Il buon funzionamento della regione Trentino Sudtirolo dovuto anche alla sua speciale autonomia e autogoverno, è innegabile, così come è innegabile la soppressione -per molti versi- delle lingue tirolesi: ladino, tedesco, trentino, mocheno e cimbro a favore dell'italiano, lingua non auto .</p> <p style="text-align: center;">*</p>
<p>Wir sehen die Gesamtheit, das Überleben der Tiroler Nation, die sich aus deutschen, ladinischen und trentinischen ethnisch-kulturellen Elementen zusammensetzt, die über mehr als 1200 Jahren gewachsen sind, gefährdet.</p> <p style="text-align: center;">*</p>	<p>Vediamo a rischio l'insieme, la sopravvivenza della nazione tirolese, che è composta da elementi etnico-culturali tedeschi, ladini, trentini, mocheni e cimbri, uniti da più di 1200 anni.</p> <p style="text-align: center;">*</p>
<p>In Anbetracht des voraussichtlich bevorstehenden politischen Wandels Italiens, der möglichen Regierungsbeteiligung der italienischen extremen Rechten, ersuchen wir Frau Giorgia Meloni, ein klares Bekenntnis gegenüber der auf gegenwärtig italienischem Staatsgebiet lebenden Tiroler Nation abzulegen.</p> <p style="text-align: center;">*</p>	<p>In vista dell'imminente cambiamento politico in Italia, a seguito delle imminenti elezioni nazionali con la possibile partecipazione al governo della estrema destra, chiediamo alla Sig.ra Giorgia Meloni di assumere un chiaro e forte impegno a difesa della nazione tirolese sull'attuale territorio italiano.</p> <p style="text-align: center;">*</p>
<p>Wir fordern neben einem Bekenntnis auch Taten, die beweisen, dass das Autonomiepaket von Italien – ohne Wenn und Aber – als international verankertes, notfalls auch einklagbares Recht anerkannt wird.</p> <p style="text-align: center;">*</p>	<p>Oltre a questo, chiediamo anche un'azione che dimostri che garanzie certe per l'attuale autonomia è riconosciuto dall'Italia - senza se e senza ma - come un'azione diplomatiche e legislativa, ancorata a livello internazionale e, se necessario, anche esecutiva.</p> <p style="text-align: center;">*</p>
<p>Wir fordern, die Aufhebung aller künstlichen faschistischen Namen sowohl in Süd- als auch in Welschtirol (Trentino).</p> <p style="text-align: center;">*</p>	<p>Chiediamo l'abrogazione di tutti i toponimi fascisti e ridicoli, artificiali ed artificiosi sia in provincia di Trento che in provincia di Bolzano.</p> <p style="text-align: center;">*</p>

<p>Wir fordern die massive Förderung der tirolerischen Sprachen, inklusive der altbayerischen Dialekte in den deutschen Sprachinseln südlich der Salumer Klause (Autonome Provinz Trient (Trentino)).</p> <p style="text-align: center;">*</p> <p>Wir fordern die Herausgabe einer Identitätskarte (Landesbürgerschaft) für die Europaregion Tirol, also für alle Gebieten der ehemaligen Gefürsteten Grafschaft von Tirol (d.h. auch für die Prov. Bozen und Trient und für die tirolerischen Gemeinden, die ab 1919 an die Provinzen Belluno, Vicenza und Brescia angegliedert wurden).</p> <p style="text-align: center;">*</p> <p>Wir fordern einen Gesamttiroler Sportverein, der weder von Österreich noch von Italien vereinnahmt wird. (Vorbild Wales, Schottland, Färöer)</p> <p style="text-align: center;">*</p> <p>Wir fordern die Errichtung einer ladinisch-rätoromanischen Universität und anderer akademischer Bildungseinrichtungen, um die älteste der Kultursprachen der Tiroler Nation in die Zukunft zu tragen.</p> <p style="text-align: center;">*</p> <p>Wir fordern eine konsequente Umsetzung des Proporz in allen öffentlichen Einrichtungen, insbesondere im Gesundheits- und Verkehrswesen. Wir fordern die konsequente Umsetzung der autonomen Finanzhoheit für die Provinzen, Südtirol und Trient.</p> <p style="text-align: center;">*</p> <p>Wir fordern die Rückgliederung tirolerischen Gemeinden Col/Verseil (Colle Santa Lucia), Fodom/Buchenstein (Livinalongo del Col di Lana), Anpèz/Hayden (Cortina d'Ampezzo) in der Provinz Belluno, die Gemeinde Astachtal (Pedemonte) in der Provinz Vicenza und die Gemeinden Magasa und Valvestino in der Provinz Brescia an Tirol.</p> <p style="text-align: center;">*</p>	<p>Chiediamo la massiccia promozione delle lingue tirolesi, compresi gli antichi dialetti bavaresi nelle isole di lingua tedesca in provincia autonoma di Trento.</p> <p style="text-align: center;">*</p> <p>Chiediamo il rilascio di una carta d'identità per la Regione Europea Tirolo - in tutto il Tirolo storico (contea principesca del Tirolo) - e quindi anche nelle aree di Trento, Bolzano e Bellunese oltre ai comuni di comuni di Colle Santa Lucia (Col/Verseil), Livinalongo del Col di Lana (Fodom/Buchenstein), Cortina d'Ampezzo (Anpèz/ Hayden) in prov. di Belluno, il comune di Pedemonte (Astachtal) in prov. di Vicenza ed i comuni di Magasa e Valvestino in prov. di Brescia.</p> <p style="text-align: center;">*</p> <p>Promuoviamo un'intera società sportiva tirolese che non è né austriaca né italiana. (Modello Galles, Scozia, Färöer)</p> <p style="text-align: center;">*</p> <p>Chiediamo l'istituzione di un'università ladino-retoromanza oltre altre istituzioni educative accademiche a sostegno della più antica delle lingue culturali della nazione tirolese in futuro.</p> <p style="text-align: center;">*</p> <p>Chiediamo un'attuazione coerente della rappresentanza proporzionale in tutte le istituzioni pubbliche, in particolare nei settori della sanità e dei trasporti. Chiediamo l'attuazione completa della sovranità finanziaria per le province di Trento e Bolzano.</p> <p style="text-align: center;">*</p> <p>Chiediamo il reinserimento delle comunità tirolesi a Belluno nel Tirolo così come degli ex comuni tirolesi di Colle Santa Lucia, Livinalongo del Col di Lana, Cortina d'Ampezzo (Anpèz/ Hayden) in prov. di Belluno, il comune di Pedemonte (Astachtal) in prov. di Vicenza ed i comuni di Magasa e Valvestino in prov. di Brescia.</p> <p style="text-align: center;">*</p>
---	--

<p>Wir fordern Umwelt- und Menschenschutz vor Transitfreiheit (Untertunnelung Franzensfeste-Verona Nord)</p> <p style="text-align: center;">*</p>	<p>Chiediamo la protezione dell'ambiente e degli esseri umani prima della libertà di transito (tunnel Fortezza/Franzensfeste-Verona!)</p> <p style="text-align: center;">*</p>
<p>Wir sprechen uns für die umgehende Entmilitarisierung (USA und/oder NATO-gestützter Einrichtungen, Waffendepots und sonstiger Einrichtungen) in den Prov. Bozen und Trient aus.</p> <p style="text-align: center;">*</p>	<p>Incoraggiamo la smilitarizzazione immediata (strutture sostenute dagli USA e/o dalla NATO, depositi di armi e altre strutture nelle province de Bolzano e Trento.</p> <p style="text-align: center;">*</p>
<p>Wir fordern aus humanitären Gründen die Aussetzung der Strafverfolgungen gegen Prof. Dr. Erhard Hartung, Siegfried Steger und Sepp Forer. In diesem Zusammenhang scheint es unerlässlich, eine internationale Kommission einzusetzen, die sowohl die juristischen als auch die politischen Elemente aufarbeitet.</p> <p style="text-align: center;">*</p>	<p>Chiediamo la sospensione del procedimento penale nei confronti del Prof. Dr. Erhard Hartung, Siegfried Steger e Sepp Forer, in quanto, in questo contesto, sarà essenziale istituire una commissione internazionale che lavorerà attraverso gli elementi legali e politici.</p> <p style="text-align: center;">*</p>
<p>Wir fordern eine offizielle Entschuldigung Italiens für den Aggressionskrieg gegen Österreich, der für die Tötung Hunderttausender österr.-ungarischer und deutscher Soldaten, Zivilisten und auch für den Tod Hunderttausender italienischer Soldaten verantwortlich zu machen ist. Wir fordern eine Überarbeitung der Geschichtslehrbücher für die Schulen im Sinne einer objektiven und unparteiischen Darstellung des „Risorgimento“ und des Ersten Weltkriegs.</p> <p style="text-align: center;">*****</p>	<p>Chiediamo all'Italia le scuse ufficiali per la guerra di aggressione contro l'Austria, responsabile dell'uccisione di centinaia di migliaia di soldati austro-ungarici e tedeschi, civili e anche della morte di centinaia di migliaia di soldati italiani. Chiediamo la revisione dei libri di storia per le scuole, nel senso di renderli oggettivi e non partigiani circa il risorgimento e la 1° GM.</p> <p style="text-align: center;">*****</p>

Dieses Memorandum wurde am Samstag, den 10. September 2022 an Frau Giorgia Meloni, Vorsitzende der Partei „Fratelli d'Italia“ persönlich in Trient ausgehändigt

Questo memorandum è stato consegnato personalmente alla signora Giorgia Meloni, presidente del partito Fratelli d'Italia, a Trento sabato 10 settembre 2022.

Innsbruck, Bozen, Trient (Trento):



Massimiliano MATTEO

Primo Rappresentante dell'AHBT, Sezione di Trento (Welsch-(Sud-)Tirolo)



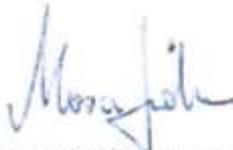
Edith WEINREICH

Erste Repräsentantin des AHBT, Sektion Bozen (Deutsch-Südtirol)



Hermann UNTERKIRCHER

Bundesobmann des AHB Deutschland e.V.



Johann MOSER, Hauptmann (Capitano)
der Alt Tyroler-Schützen-Andreas Hofer



Alois Wechselberger MAS
Presidente des/del Andreas Hofer-Bundes für Tirol



Schweiz (Seiten E 104 - E 105)

23) Schweiz: Regierung setzt Burka-Verbot um

15. 10. 2022



Öffentliche Gesichtshüllung kostet bis zu 1.000 Franken Strafe

BERN – Nachdem sich die Schweizer im März 2021 bei einer Volksabstimmung für ein verfassungsrechtliches Gesichtshüllungsverbot ausgesprochen hatten, hat nun der Bundesrat (Regierung) ein Ausführungsgesetz verabschiedet. Demnach wird es in der Schweiz künftig verboten sein, an öffentlich zugänglichen Orten sein Gesicht zu verhüllen. Das Gesetz zielt auf die Burka, die islamistische und frauenverachtende Ganzkörperhüllung ab.

Zuwiderhandelnden droht ein Bußgeld von bis zu 10.000 Schweizer Franken (1.022 Euro). Ursprünglich war sogar ein Bußgeld von bis zu 10.000 Franken vorgesehen, aber nach Kritik an dieser Höhe ließ die Regierung davon ab.

Ausnahmen auch für linksfaschistische Schlägertrupps

Das Gesetz sieht auch Ausnahmen vor. Etwa in Sakralstätten, aus gesundheitlichen Gründen oder aus Gründen des einheimischen Brauchtums – damit sind Perchtenläufe und ähnliche Veranstaltungen gemeint. Eine weitere Ausnahme ist als Zugeständnis an linksfaschistische Schlägertrupps wie die Antifa zu werden. So bleibt die Gesichtsverhüllung auf Kundgebungen, wie das Boulevardblatt „Blick“ schreibt, „für den Schutz der Meinungs- und Versammlungsfreiheit“ erlaubt.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [ZURZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Tschechien (Seiten E 107 – E 110)

01) Regierungskoalition verteidigt Mehrheit im tschechischen Senat

Die Regierungskoalition „SPOLU“, bestehend aus ODS, KDU-ČSL und TOP 09 kommt nach den Stichwahlen vom vergangenen Wochenende auf 20 von 27 Sitzen.

Wahlsieger ist die Demokratische Bürgerpartei (ODS), gefolgt von den Christdemokraten (KDU-ČSL) und der oppositionellen Partei Ano. Die Partei Ano von Ex-Premier Andrej Babiš konnte die Stichwahl nur in drei Wahlkreisen gewinnen. Mit ihren jetzigen zwei Senatoren kann die Ano-Partei allerdings erstmals eine eigene Fraktion im Senat stellen.

Die sozial-demokratische Partei ČSSD, die früher mit der Mehrheit der Sitze im Senat vertreten war, verfügt jetzt nur noch über einen einzigen Senator. Die Wahlbeteiligung betrug übrigens nur 19,4 %! [Hier sehen Sie alle Ergebnisse der Stichwahlen](#), viermal ging es äußerst knapp zu (Sieger unter 51%)...

https://docs.google.com/document/d/1T8tR-1cHxSkVbhRXe_5hpwNQR61S7dEo/edit

SENATSWAHL ČR Ergebnisse:

Stichwahl 30.9. – 01.10. 2022:

[Beroun](#) Beraun
Oberfalzer: 55,08%
KDU+ODS+TOP 09
Sidovský
LES+SEN 21

[Blansko](#)
Vítková: 65,36%
KDU+ODS+TOP 09
Žirovnický
ANO

[Brno-město](#) Brünn Stadt I
Töpfer: 52,79%
KDU+ODS+TOP 09
Semrád
ANO

[Brno-město](#) Brünn Stadt II
Dušek: 62,91%
ČSSD+ODS+VasFaktB
Vokřál
ANO

[Bruntál](#) Freudenthal
Václavec
ANO, bereits mit 58,55% gewählt

[Český Krumlov](#) Krumau

Jirsa: 66,36%

ODS

Lorenc

ANO

[Frýdek-Místek](#) Friedeck

Matušek: 50,98%

ČSSD+ANO

Folwarczny

KDU+ODS+TOP 09

[Hodonín](#) Göding

Rajchmanová: 51,61%

KDU+ODS+TOP 09

Brančíková, ANO

[Jičín](#) Jitschin

Czernin: 53,83%

KDU+ODS+TOP 09

Dědeček

ANO

[Jihlava](#) Iglau

Senatspräsident **Vystrčil:** 60,03%

KDU+ODS+TOP 09

Nagyová

ANO

[Karlovy Vary](#) Karlsbad

Procházková: 67,97%

ANO

Chromcová

SPD

[Kroměříž](#) Kremsier

Zwyrtek Hamplová: 50,65%

NEZ

Pluhařová

ANO

[Kutná Hora](#) Kuttenberg

Procházka: 50,62%

KDU-ČSL

Strnad

ČSSD+ANO

[Liberec](#) Reichenberg

Canov: 66,34%

SLK

Loučková Kotasová

ANO

[Mělník](#) Melnik
Smotlachová: 65,22%
ODS
Brzobohatá
ANO

[Most](#) Brütz
Paparega: 58,79%
ProMOST
Dernerová
SD-SN

[Nový Jičín](#) Neutitschein
Váňová: 50,79%
KDU+ODS+TOP 09
Radkovský
ANO

[Olomouc](#) Olmütz
Kantor: 60,07%
KDU-ČSL
Brázdil
ANO

[Ostrava-město](#) Mähr. Ostrau
Nytra: 51,53%
KDU+ODS+TOP 09
Antl
ANO

[Pardubice](#) Pardubitz
Horská: 57,23%
KDU-ČSL+Nestran
Charvát
ANO

[Plzeň-město](#) Pilsen Stadt
Kovářová: 54,06%
NK
Naxera
KDU+ODS+TOP 09

[Praha 6](#) Prag 6
Růžička
KDU+ODS+STA+TOP
Bereits mit 50,28% gewählt

[Praha 10](#) Prag 10
Pirk: 60,44%
KDU+ODS+TOP 09
Chmelová
Ze+STAN+LES+SEN

[Praha 11](#) Prag 11

Kordová Marvanová: 67,87%

KDU+ODS+TOP 09

Kos

Zel+HPP11+SEN21

[Tábor](#) Tabor

Slabý: 53,47%

KDU+ODS+TOP 09

Větrovský

JIH 12

[Ústí nad Labem](#) Aussig

Krsek: 67,71%

SEN 21

Nedvědický

ANO

[Ústí nad Orlicí](#) Wildenschwert

Fiala

KDU-ČSL+SproK

Bereits mit 65,66% gewählt

Peter Barton, Prag

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 120, 2022

Wien, am 04. Oktober 2022

02) Ein Viertel aller tschechischen Senioren lebt am Rande der Armut

Etwa eine halbe Million Senioren in Tschechien leben am Rande der Armut, wie das öffentlich-rechtliche Tschechische Fernsehen am Sonntag berichtet hat. Hierzulande gibt es etwas mehr als zwei Millionen Menschen im Rentenalter, die meisten von ihnen leben allein von ihrer Altersrente und machen sich Sorgen wegen der hohen Inflation.

Die jährliche Inflation in Tschechien lag in den letzten Monaten bei rund 17 Prozent, und es ist anzunehmen, dass die Preise noch weiter steigen werden.

Der Direktor der Seniorenorganisation Život 90, **Jaroslav Lorman**, erklärte gegenüber dem tschechischen Fernsehen, dass die Situation für jene alte Menschen besonders schwierig sei, die allein in Mietwohnungen leben, da die Mieten und die Strompreise stiegen. Auch die steigenden Lebensmittelpreise trafen die älteren Menschen, so Lorman.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 120, 2022

Wien, am 04. Oktober 2022

Ungarn (Seiten E 111 – E 123)

03) Ungarischer Gedenktag 1849: „Zerschlagt die Throne! Hängt die Fürsten auf!“ – Ein Menetekel für die linken EU-Eliten?

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

07. 10. 2022



In der Schlacht von Tápióbicske (4. April 1849) gelang den Ungarn ein Sieg über die Österreicher



„Hinrichtung der Märtyrer von Arad 1849“ (János Thorma)



Katalonische
Unabhängigkeitsdemonstration

Unabhängigkeitsdemonstration

2019 in
Barcelona

Gestern wurde in ganz Ungarn, sowie in den ausländischen Gebieten mit einer ungarischen Minderheit, des 173. Jahrestages der sogenannten „Bluzeugen von Arad“ gedacht. Die Veranstaltung begann um 8 Uhr vor dem Parlament auf dem Kossuth-Lajos-Platz mit dem Hissen der ungarischen Nationalflagge auf Halbmast. In allen ungarischen Schulen wurde mindestens eine ganze Unterrichtsstunde dafür aufgewendet.

Orban-Regierung: Nationale Identität

Die Veranstaltungen stehen in einem größeren Zusammenhang der, von der Orban-Regierung, umgesetzten nationalen Identität. Diesbezüglich verweise ich auch auf meine [UM-Analyse](#): „**101 Jahre Trianon – Das zerbrochene Schweigen**“ sowie auf die eindrucksvolle übernationale Solidarität aller Ungarn mittels einer Grußbotschaft mit der ungarischen Nationalhymne aus allen Minderheitsgebieten.

Ungarisches Trauma: Totalitärer Habsburger-Kolonialismus als EU-Revival?

Die 13 ungarischen Märtyrer (allesamt Generäle der ungarischen Unabhängigkeits-Revolution von 1848–49) wurden am 6. Oktober 1849 in Arad (heute in Rumänien) hingerichtet – trotz Zusicherung von freiem Geleit. Außerdem wurde noch Graf Lajos Batthyány, Führer der ersten unabhängigen Regierung Ungarns, in Budapest hingerichtet. Weil die österreichisch-habsburger Henker danach mit Bier auf die Hinrichtung angestoßen haben sollen, verweigern die Ungarn bis heute diese Tischsitten standhaft.

Die Revolution gegen die kolonialisatorische Unterdrückung in den damaligen Kronländern bzw. Provinzen des Habsburgerreiches (Ungarn, Böhmen, Oberitalien) konnte in Ungarn erst nach anfänglichen ungarischen militärischen Erfolgen durch Eingreifen der russischen Zaren-Armee niedergeschlagen werden – und zwar in der Schlacht von Segesvár (heute Rumänien), wodurch diese zusammen mit den österreichischen Verbänden mit über 250.000 Mann die ungarische Armee um das Doppelte übertraf.

Ungarischer Nationaldichter Sandor Petöfi: „Hängt die Fürsten auf!“

Während der vorletzten Schlacht von Segesvár (31. Juli 1849 – heute Sighișoara, Rumänien) fiel auch Sandor Petöfi im Kampf. Eines seiner eindrucksvollsten Gedichte wäre heute zur Zeit des postmodernen Totalitarismus der Political Correctness längst wegen Hass-Rede zensuriert.

„Lamberg erdolcht, Latour gehenkt am Strick! Nun, schön und gut, doch ist's ein Meisterstück? – Gewiss, das Volk zeigt endlich, was es kann. Doch hängt's auch noch ein paar, was wäre dann? Es ändert nichts an der Geschichte Lauf! Zerschlagt die Throne, hängt die Fürsten auf!“

Petöfi bezieht sich dabei auf die Lynchhinrichtungen der ungarischen Revolutionäre am Verräter Graf Lamberg. Dieser wurde beim Überqueren der Budapester Kettenbrücke von einem wütenden Mob erdolcht. Dessen verstümmelte, in Stücke gerissene Leiche wurde dann triumphierend, auf Sensen aufgespießt, herumgetragen. – Und außerdem an die Ermordung des österreichischen Kriegsministers Latour durch bürgerliche Revolutionäre in Wien 1848.

Man stelle sich vor ! Was würde passieren...: Wenn fantasie-begabte Zeitgenossen diese Zeilen in einen aktuellen (und freilichst zutiefst verwerflichen und völlig an den Haaren herbeigezogenen) Zusammenhang mit Vertretern des Tiefen Staates stellen würden!

„Verderbt sind sie, ihr Herz ist kalt und leer, schon niederträchtig von der Mutter her. Ihr Lasterleben spricht dem Volke Hohn. Schwarz ist die Luft von ihrem Atem schon. Noch aus dem Grab stinkt diese Pest herauf. Zerschlagt die Throne, hängt die Fürsten auf!“

Denn laut Petöfi müsste eine Revolution eine solche sein, welche ihrem Namen als solche gerecht wird. Runde Tische und sanfte Rosenrevolutionen kamen für ihn nicht in Frage. Insofern hätte er wahrscheinlich auch den ungarisch-österreichischen Ausgleich von 1867 kritisch gesehen...

„Nachsicht zu üben, edel ist's fürwahr. Wer sie an Fürsten übt, der ist ein Narr! Nichts andres wendet der Geschichte Lauf! Zerschlagt die Throne, hängt die Fürsten auf!“

Was wir freilich alle nicht hoffen mögen. Auch wenn sich die postmodernen Macht-Verweser gerade davor ängstigen...

Böhmisches Trauma: Jan Hus (1415) und Schlacht auf dem Weißen Berg (1620)

Die damalige – wortbrüchige – Hinrichtung erinnert an jene des böhmischen Reformators Jan Hus, der – trotz Zusicherung von freiem Geleit – am 6. Juli 1415 in Konstanz auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurde. Seine mahnenden Worte seien an die EU-Eliten gerichtet: „Die Wahrheit stirbt nicht in den Flammen.“



Kupferstich von Matthus Merian, 1630.

Ebenfalls erinnert alles an die Hinrichtung von 61 böhmischen Revolutionären nach der verlorenen Schlacht auf dem Weißen Berg (Prag), während des 30-jährigen Krieges (8. November 1620). Unter ihnen exekutierten die Habsburger Bluthenker 27 Standesherrn (22 tschechischen und 5 deutschen Ursprungs) am 21. Juni 1621 auf dem Altstädter Ring in einer wahren Blutorgie.



zeitgenössischer Holzschnitt

Interessant auch: Bei einer in Rom abgehaltenen Prozession zum Dank für den Sieg erlitt der Borghese-Papst Paul V auf dem Platz vor dem Quirinalspalast einen Schlaganfall, an dessen Folgen er wenige Wochen später starb.

Böhmen, Polen, Ungarn: Widerstand des östlichen Mitteleuropas gegen EU-Totalitarismus

Warum aber gerade nun der „Osten“?

Sowohl was Denken, Zeitempfinden und historische Erfahrungen betrifft, unterscheiden sich die neuen, (größtenteils) christlich^[1] verankerten „östlichen“ mitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten diametral vom westlichen, multipluralistisch-entseelten 68-er-„Alt“-Europa. Daraus resultierte ein völlig anders gearteter historisch-politischer Bewusstseinszustand: eine tiefe und immer wieder gekehrte politisch-historische Enttäuschung^[2] sowie das Gefühl, auf sich allein gestellt zu sein. Das erkannte auch der deutsche Philosoph Safranski:

„Die deutsche Politik will nicht begreifen, was mit den osteuropäischen Ländern los ist: Die sind eben der Knute der Sowjetunion entkommen und wollen nun erst einmal die neugewonnene Souveränität genießen. Sie möchten ihr Selbstbestimmungsrecht nicht gleich wieder nach Brüssel abgeben, bloß weil Deutschland mit seinem Europa-Traum das forciert. Die Deutschen blenden auch den historischen Hintergrund der Abwehrhaltung in Osteuropa aus: Bulgarien war bis 1908 unter osmanischer Herrschaft. Die Türken standen Ende des 17. Jahrhunderts vor Wien. Das islamische Osmanische Reich war weit in den Balkan vorgedrungen. Das ist im kollektiven Gedächtnis dieser Länder präsent. Und es ist nun mal so, dass die großen Flüchtlingsströme vor allem aus der islamischen Welt kommen.“ (Safranski: „Politischer Kitsch“)

Das andere Denken des historischen (Mittel-)Europas

Während man im westlichen Teil Europas Freiheit mit materieller (Abge)Sicher(t)heit (also v.a. wirtschaftlicher Prosperität infolge des ausgeschütteten amerikanischen Füllhorns des Marshall Plans) verstand und sich dementsprechend sowohl politisch und kulturell an den american-way-of-life anpasste und durch diesen korrumpieren ließ, waren die Völker im östlichen Teil Europas unter den tektonischen Verwerfungen der Nachkriegsordnung vom Westen einfach schulterzuckend vergessen, verraten und dem ideologischen Erzfeind des Kommunismus überantwortet worden.

Doch: Diese Erfahrung ist dem westlichen Denken und seiner Mentalität seit drei Generationen abhanden gekommen: Warten, Warten müssen und daraus resultierend: Warten können. Doch auch die Freiheit von 1989 war wieder von neuen Enttäuschungen gekennzeichnet: Die wirtschaftlich bedingten sozialen Kollateralschäden auf dem Weg in den neoliberalen Finanzkapitalismus; die verächtliche Bevormundung der eigenen Traditionen und kulturellen Werte (der Katholizismus Polens, der Nationalstolz Ungarns auf seine Krone, die schwejk'sche Subversivität Böhmens), die subtile Verachtung slawischer und magyrischer Völker durch die westlichen Eliten im Allgemeinen...: Allen Staaten im Osten blieb gemeinsam jene schmerzliche Erfahrung, dass staatliche Souveränität, kulturell-nationale Einheit brüchig und von fremden Mächten und Invasoren bedroht sind.

Daraus resultierte ein interessantes Paradoxon: Durch diese Verlust-Optionalität erfuhr der Staat, die Nation zwar einerseits eine bis ins Mystisch-Religiöse hinein gesteigerte Wertschätzung, wobei sich das Individuum gleichzeitig (sozusagen aus Eigeninitiative und Selbstverantwortungsbewusstsein heraus) dazu gezwungen sah, ein starkes familiäres und regionales soziales Netz aufzubauen.

Im Gegensatz dazu hatte sich in den Sozialstaaten W-Europas diese Wertschätzung der Nation und christlicher Kulturalistaion durch die nihilistische Kultur-Destruktion der 68-er aufgelöst, als dessen Endprodukt wir ab 2015 jene entwurzelten Single-Individualisten erleben, welche nun ihren Post-Post-Midlife-Crisis-Frust mit einem so naiv wie a-historischen Be-Wellcome-Klatschen von Flüchtlingsmassen als ihr mehrfaches biographisches Versagen kompensieren.

Somit aber, und damit schließt sich der Kreis auch schon wieder: „*Es ist wichtig, dass jemand seiner Zeit den Spiegel vorhält.*“ wie Václav Havel, ehemaliger tschechischer Staatspräsident und Dissident, es formuliert hatte. Dass dieser erneut aufklärerische Akt nun plötzlich von den Staaten des Ostens geleistet wird, kommt freilich – aus Sicht der überholt-senilisierten Alt-68er – einer tiefen Kränkung, kulturhistorisch einer kopernikanischen Wende am Himmel der Political Correctness gleich.

Wen mag es also verwundern, dass Skepsis gegenüber realen oder potentiellen „Bevormundern“ (egal ob damals in Moskau oder eben jetzt mit Hauptsitz im „links-nihilistischen“ Brüssel) so etwas wie eine geheime Staatsverfassung des Ostens sind.

Orbán, Ungarn, Polen, Slowakei, Tschechien...: Sie alle sahen im Spätsommer 2015 nicht nur im wörtlichen Sinne das, was kommt, nämlich jene (schiefer unbewältigbaren und desintegrierbaren) Menschenmassen, sondern auch den Culture-Clash, mit dem sich die 68er-Eliten im Westen in Form von Terroranschlägen und letztlich auch einem Back-slash gegen ihre (von sexueller Freizügigkeit und beliebig-kultureller Ersetzbarkeit von Werten geprägten) Kultur von nun an auseinandersetzen werden müssen. Doch (und dieses Gefühl ist den dekadenten 68-er-Selbsthassern völlig fremd): Die eigene nationale Identität wird in

Ost-Europa größtenteils als etwas erlebt, was man immer schon (letztlich erfolgreich) verteidigen und bewahren musste und es auch weiterhin muss – und zwar immer wieder gegen neue Invasoren...

Zum Höhepunkt der Flüchtlingskrise sprach ich am Bahnhof des ungarischen Grenzortes Hegyeshalom mit einem Polizei-Kommandanten über die mediale Verleumdungskampagne gegen Ungarn. Als von Neuem voll besetzte Flüchtlingszüge anrollten, und die ungarischen Polizisten die Flüchtlingsmassen kontrollierten, erwiderte der ungarische Beamte in einer Mischung aus Realitätssinn, Dienstethos und Volksweisheit lapidar: „*Wir in Ungarn wissen: Jedes Wunder dauert genau drei Tage!*“

„*Wo immer einer die Wahrheit sagt, da ist schon ein Stück Freiheit.*“ (Vacláv Havel) — Doch steht diese Wahrheit nun nicht mehr unter dem Diktat der Gut-Menschen-Political-Correctness: Deren Rhetorik hat sich überholt, deren Sinn säkularisiert, deren Vertreter uneinsichtige Mächtigen-Propheten eines unmöglichen Post-Histoire-Zustandes...

ANHANG:

[\[1\]](#) Tschechien bildet diesbezüglich eine Ausnahme, da es sich seit der Verbrennung des Kirchenreformators Jan Hus, 1415 in Konstanz, als religiös-indolentes Staatswesen begreift, welches sich durch die folgende katholisch-habsburgische Repression (Schlacht am Weißen Berg 1620) verfestigte.

[\[2\]](#) etwa über das Ausbleiben westlicher Unterstützung im Freiheitskampf der Ungarn 1956, obwohl der damalige amerikanische Präsident Eisenhower solche Hoffnungen subtil geschürt hatte, um diese dann aus wahltaktischen Gründen zu verraten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Radio-Interview mit Viktor Orbán

05. 10. 2022



Viktor Orbán im Interview mit Radio Kossuth | *Bild: screenshot YouTube*

Viktor Orbáns Interview in der Sendung „Guten Morgen Ungarn“ von Radio Kossuth
Zsolt Törőcsik: *Im Laufe der Woche hat sich herausgestellt, dass die Regierung eine Nationale Konsultation über die Brüsseler Sanktionen und deren Auswirkungen initiieren wird. Laut der Begründung ist es aus dem Grund wichtig, sich die Meinung der Menschen anzuhören, weil sie es sind, die mit den Konsequenzen der über Moskau verhängten Strafmaßnahmen konfrontiert werden. Unser Gast im Studio ist Ministerpräsident Viktor Orbán. Ich wünsche Ihnen einen guten Morgen!*

In solchen Momenten geht einem auch unfreiwillig die Frage durch den Kopf, wenn man die Meldungen über die Konsultation hört, wie viel eine Antwort, wie viel das Ausfüllen eines Fragebogens in diesem geopolitischen Match wert ist? Denn wenn wir das große Ganze betrachten, dann geht es doch darum.

Man pflegt zwar viele Überlegungen über die Politik anzustellen, doch ist das eine auf Erfahrung basierende Gattung, es ist also am besten diese – wenn man über Erfahrung verfügt – zu nutzen. Und es gab schwierige, ja krisenhafte Momente im Laufe unserer Regierung in den vergangenen zwölf Jahren, denn es gab eine Wirtschaftskrise, die wir noch zu Beginn der 2010-er Jahre geerbt hatten, dann überfiel uns die Migration, die doch ernsthafte Dilemmata aufwarf, es gab auch die COVID-Krise. Und ich habe während dieser zwölf Jahre gelernt, ich habe jene Erfahrung gesammelt, dass es am besten ist, wenn wir in solchen Momenten in irgendeiner Form die Menschen in die Entscheidung miteinbeziehen können. Denn es gibt Entscheidungen in der Politik, bei denen man einfach nur fachlich eine gute Entscheidung treffen muss. So in einer wirtschaftlichen Angelegenheit, über einen Haushaltsposten, jene stellen also eher das Gebiet des Fachwissens dar, doch gibt es Fragen, sagen wir die Migration, mit wem wir bis ins siebte Glied in Ungarn zusammenleben werden oder COVID, wie man damit umgehen muss, was die Gesellschaft aushält. In solchen Momenten ist es gut, wenn wir die Menschen in die Entscheidung miteinbeziehen können. Dafür gibt es auch mehrere Möglichkeiten: Die Volksabstimmung, doch solch eine ist auch die Nationale Konsultation. Juristisch gesehen ist das die flexibelste Form, deshalb pflegen wir in solchen Momenten eine Nationale Konsultation anzuwenden. Nicht als ob ich im Übrigen keine eigene Meinung darüber hätte, was ich über die Sanktionen denken sollte und was ich darüber denke, was in dieser Hinsicht die nationalen Interessen Ungarns sind. Ich habe diesbezüglich einen Standpunkt, ich werde gerade deshalb auch den Konsultationsfragebogen ausfüllen, doch ist jetzt nicht die Frage, ob die Regierung eine Meinung hat, sondern dass wir einen Punkt der Übereinstimmung schaffen können, denn einen je schwierigeren, krisenhafteren Zeitraum wir erleben, desto größere Notwendigkeit besteht für die Einheit. Und die Einheit entsteht nicht von allein. Man pflegt zu sagen, der Konsens müsse gesucht werden, doch ist das kein Osterei, um ihn zu suchen, er muss geschaffen werden. Die Übereinstimmung muss also geschaffen werden, man muss den Menschen die Chance geben, zustimmen zu können oder ihre eigene Meinung mitzuteilen. Dafür muss man eine Form finden. Die Nationale Konsultation ist eines der erfolgreichsten nationalen, nationalstrategischen Regierungsinstrumente der vergangenen zwölf Jahre. Jetzt erleben wir schwierige Zeiten, die Nationale Konsultation ist notwendig.

Es ist ja auch aus dem Grund interessant, ob das notwendig ist, denn es gibt Regierungen, die einen anderen Weg gewählt haben. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat geradezu dahingehend formuliert, dass es sie nicht interessiere, was ihre Wähler denken. Sie will das einhalten, was sie der Ukraine versprochen hat.

Wir sind nicht gleich. Der eine macht es so, der andere anders. Und in Deutschland kann man das machen, dort sind die politischen Traditionen andere, aber wir sind Ungarn. Wenn irgendein ungarisches Regierungsmitglied so einen Satz gesagt hätte, mich selbst

miteingeschlossen, dann hätte es keine lange Zukunft mehr im öffentlichen Leben vor sich gehabt. Bei uns geht das also nicht. In Deutschland hat man nicht einmal – soweit ich das sehe – darauf reagiert, man ist an anderes gewohnt, ihre Geschichte ist anders, doch in Ungarn kann man so etwas nicht tun und in Ungarn würde dies eher als eine Respektlosigkeit gewertet werden. In Deutschland hört sich das vielleicht so an, dass sie es besser weiß. In Ungarn deuten dies die Menschen irgendwie anders. Deshalb, da die Menschen den Preis der Sanktionspolitik zahlen, es gibt also einen Sanktionsaufpreis, wenn wir Gas, Strom und Öl oder Benzin kaufen, dann zahlen die europäischen Menschen, so auch die Ungarn, einen Sanktionsaufpreis. Und der Preis der Energie ist nicht wegen der wirtschaftlichen Zusammenhänge gestiegen. Im Übrigen hat es so etwas in der Welt schon gegeben, dass die eigenen Zusammenhänge der Wirtschaft den Preis der Energie nach oben getrieben haben, die Gesichtspunkte von Angebot und Nachfrage, doch hier ist das nicht die Situation. Hier treffen wir politische Entscheidungen, hier hat man in Brüssel politische Entscheidungen getroffen, und diese Entscheidungen, die politischer Natur sind, denn Politiker treffen sie, diese haben die Preise nach oben getrieben. Wenn es keine Sanktionen gäbe, dann läge der Preis der Energie irgendwo dort, wo er – sagen wir – im Zeitraum der Wahlen im April und unseres Wahlkampfes war, irgendwo um 100 Dollar, was kein guter Preis ist, denn er pflegt auch niedriger als dieser zu liegen, doch auch wir haben zur Zeit der Wahlen damit gerechnet, dass der Preis des Öls und des Gases sich irgendwo in der Gegend von 100 Dollar stabilisieren werde, und das würde dann eine Situation sein, die man auch ohne die Veränderung der Nebenkostenvorschriften dann würde managen können. Und wir sind auch im Übrigen in Brüssel darüber übereingekommen, dass wir die Sanktionen nicht auf die Energie ausweiten würden. Noch vor dem Wahlkampf gab es, vielleicht in Versailles, ein Gipfeltreffen, wo mit der Führung der Deutschen und der Ungarn, wenn es zulässig ist, die Maus und den Elefanten im gleichen Satz zu erwähnen, also wir beide waren die kraftvollsten, die jene Gruppe anführten, nach der die Sanktionen nicht auf die Energie erweitert werden sollten. Und darüber sind wir zu dem Zeitpunkt auch übereingekommen. Und auf einmal haben im Juni die Deutschen die Seiten gewechselt, und haben in Brüssel ihre Entscheidung geändert, und auf einmal wurden die Sanktionen auf das Öl eingeführt und die Gassanktionen auf die Tagesordnung gesetzt. Und die Energiepreise sind in die Höhe geschossen. Und seitdem zahlen wir den Sanktionsaufpreis, weshalb auch das System der Senkung der Nebenkosten in Ungarn umgeformt werden musste, Preisstopps mussten eingeführt werden, weshalb jetzt ein jeder dividiert, multipliziert, rechnet, denn berechtigt sieht man im Übrigen die kommenden Monate als unsicher an – sowohl im Fall der Unternehmen als auch im Fall der Familien. Und die Regierung versucht zu helfen, das ist die neue Situation. Jetzt ist die Frage, ob wir diese Situation weiter verschlechtern, denn man will weitere und weitere Sanktionen in Brüssel einführen. Einmal hat man uns schon betrogen. Ich versuche jetzt eleganter zu formulieren, doch die Wahrheit ist, dass man in Brüssel die europäischen Menschen belogen hat, denn man hatte gesagt, man werde die Sanktionen nicht auf die Energie ausweiten, dann hat man sie dennoch ausgeweitet; sie sagten, mit den Sanktionen könnte man dem Krieg ein Ende setzen. Der Krieg zieht sich dahin, es gibt heute niemanden, der mit einem raschen Abschluss rechnen würde, die Preise aber sind im Himmel und das quält die Menschen, und die Spekulanten reiben sich die Hände.

Es ist übrigens interessant, was Sie gesagt haben, dass von Brüssel die Kommunikation war, man müsse die Sanktionen ausweiten und kontinuierlich weitere und weitere verhängen, weil das dem Krieg ein Ende bereiten werde. Experten vermissten, bereits als sie über die Energiesanktionen zu sprechen begannen, Studien über die Auswirkungen. Haben Sie eventuell auf der Sitzung der Staats- und Regierungsoberhäupter Berechnungen darüber gesehen, wem dies in welchem Maß wehtun wird?

So etwas haben wir nicht gesehen, doch ist die Wahrheit, dass sie mich so sehr auch nicht interessiert haben, denn ich habe den Zusammenhang deutlich gesehen, dass wenn wir die Frage in den Raum stellen, ob wir Sanktionen über das Gas verhängen und tatsächlich welche über das Öl verhängen, dann wird dies eine einzige Auswirkung haben, dazu muss man kein Atomwissenschaftler sein. Und diese ist, dass die Preise, die Energiepreise innerhalb von Augenblicken zu steigen beginnen. In solchen Momenten bewegt sich ein jeder. Die Händler sehen eine neue Möglichkeit, die Verkäufer passen sich dem an, ob mehr oder weniger gefördert wird, in solchen Momenten bewegt sich also ein jeder. Und da hier große Summen in Bewegung sind, die Energiefirmen also die mit dem höchsten Profit der Welt arbeitenden Firmen sind, hier beginnen in solchen Momenten gewaltige Kräfte zu arbeiten, um sich dem von ihnen angenommenen höheren Preis anzupassen und dies treibt an sich schon die Preise in die Höhe. Die Spekulanten, wie ich sagte, hier angefangen mit George Soros, das kann man schon wissen, erlangen als große Aktieninhaber an den Energiefirmen viele Milliarden an Extraprofit, die Kasse klingelt, und sie sammeln das Geld ein. Ich habe auch deshalb keine gründlicheren Wirkungsstudien für nötig erachtet, da wir nicht für die Sanktionen gestimmt haben. Diese sollen die Sorge jener sein, die für sie gestimmt haben. Wir haben nicht für sie gestimmt, sondern wir haben eine Ausnahme erkämpft, eine Befreiung auch erhalten. Also zum Glück, wenn es nicht so wäre, dass Ungarn die Ausnahme erkämpft hat, dann wäre die Lage viel schlechter in Ungarn. Dann wären wir nicht wegen der Preise empört, die ziemlich viel Kopfschmerzen bereiten, sondern dann wäre das Problem, dass es auch keine Energie gibt. Aber Ungarn hat, dass es eine Befreiung bekommen hat, Energie, und der Preis ist der des Weltmarktes, und an den müssen wir uns anpassen. Wir können uns keinen gesonderten ungarischen Preis in einer Welt der Wirtschaft ausdenken, in der der Preis der Energie in Europa im Wesentlichen überall einheitlich ist, da wir uns auf einem einheitlichen gemeinsamen Markt befinden. Was wir sofort auch ohne Berechnungen gewusst haben: Als ich sah, dass die Deutschen die Seiten wechseln und die Brüsseler Bürokraten die Sanktionen durchdrücken, war klar, dass wegen der Energiepreise auch die Preise der Lebensmittel ansteigen werden. Denn zum Kunstdünger ist ja Gas notwendig, der Transport besitzt Kosten, und auch die Lebensmittelherstellung besitzt einen Energiebedarf, und ich wusste, daraus wird ein sich verschnellernder Inflationspreisanstieg, und in der Zwischenzeit waren wir hier zu Hause auch noch von der Dürre betroffen, diese neue Situation quält also die Landwirte und die Lebensmittelindustrie, und uns dann – da sie dadurch gequält werden –, uns quält das auch als Käufer in den Geschäften. Deshalb musste der Lebensmittelpreisstopp eingeführt werden. Das haben wir gleich zu Beginn gesehen, dass wir gezwungen sein werden, uns mit solchen Schritten zu verteidigen.

Wir sprechen gleich auch über die Situation hier zu Hause, doch wenn wir noch ein bisschen über die europäische Wirtschaftslage sprechen: Ende Juli, im Laufe unseres letzten Gesprächs sagten Sie, Sie halten den Oktober für die Wasserscheide, wenn sich herausstellen wird, ob die europäische Wirtschaft in eine Kriegswirtschaft hineinschliddert. Morgen haben wir den 1. Oktober und Brüssel hat an der Sanktionspolitik nichts verändert und auch der Krieg scheint sich nicht – so wie Sie darauf verwiesen haben – seinem Ende zu nähern. Wie sehen Sie die Dinge jetzt?

Ich sehe es so, auch in unserem Metier, der Politik, kommt es vor, dass die Entscheidungsträger Fehler machen. Es gibt auch so etwas, wie das, was jetzt in Brüssel geschehen ist, dass sie die europäischen Menschen belogen haben, weil sie nicht das taten, wozu sie sich verpflichtet hatten, und es nicht die Folge der Maßnahmen wurde, was sie als solche gedacht hatten, also als Auswirkung der Maßnahmen. Doch diese Dinge kann man korrigieren. Natürlich gibt es in der Politik Fehler, die man nicht korrigieren kann, jetzt wo ich nachdenke, ist zum Beispiel die Migration so einer, denn wenn Du sie einmal

hereingelassen hast, kannst Du sie nicht mehr hinaustun, doch ist das die Ausnahme. Die meisten politischen schlechten Entscheidungen sind korrigierbar. So eine ist auch die Entscheidung über die Sanktionen. Diese kann man korrigieren. Und deshalb ist es wichtig, dass wir eine Stimme haben, nicht nur weil wir zornig sind, dass man uns betrogen hat – und in solchen Momenten ist es gut, wenn man seinen Zorn artikuliert, weil das die Entscheidungsträger von den nächsten ähnlichen Dingen abhält –, sondern wir müssen unsere Meinung auch deshalb zum Ausdruck bringen, weil wenn man die Sanktionspolitik nicht ändert, dann wird sich jener Sanktionsaufpreis, den wir heute zahlen und der eine vorübergehende Sache ist, in die Wirtschaft integrieren und hier langfristig mit uns bleiben. Dann reden wir also nicht davon, dass es noch einige Monate oder Jahre so sein wird, dass die Energiepreise hoch sind. Wenn wir also nicht protestieren, wenn wir nicht erreichen, dass man in Brüssel die Sanktionspolitik modifiziert, dann baut sich dieser Aufpreis, den wir für die Energie zahlen, den die Menschen für die Energie zahlen, in die Wirtschaft ein, und von da an wird dies in den folgenden fünf bis zehn Jahren Teil unseres Lebens werden. Deshalb habe ich gesagt, dass der Oktober die Wasserscheide sein wird, denn dann muss klargestellt werden, dass wir dies nicht wollen. Jetzt wird es in Prag in einer Woche ein Gipfeltreffen geben, auf dem bereits die europäischen Ministerpräsidenten über diese Frage reden. Und es ist die Natur der Sanktionen, dass man sie nicht für eine unbestimmte Zeit einführt, sondern immer für sechs Monate, man muss sie also alle sechs Monate erneuern. Das wird nicht jetzt sein, sondern irgendwann im Laufe der vor uns stehenden Monate. Und dann, wenn man die Sanktionen erneuern muss, werden die Brüsseler Politiker die Möglichkeit haben, ihre Fehler einzusehen, und ihre eigenen früheren Entscheidungen sie einer Revision, also einer Überprüfung zu unterziehen.

Sie haben darauf hingewiesen, dass sich dieser Kriegsaufpreis in den Alltag und in die Alltagspreise integriert, und tatsächlich hat die Regierung unlängst die Verlängerung des Benzinpreis-, des Lebensmittelpreis- und des Zinsstopps beschlossen. Demnach sind Sie der Ansicht, dass diese Maßnahmen sich bewährt haben? Denn die Kritiker haben ja noch bei deren Einführung vor dem Krieg damit argumentiert, dass diese nicht aufrechtzuerhalten sind, doch inzwischen ist doch langsam ein Jahr vergangen.

In solchen Momenten haben die Regierung und ich persönlich zwei Dinge zu tun. Die erste Sache ist es, alles zu unternehmen, damit es in Ungarn Energie gibt. Darum haben wir ja die Befreiung von der Sanktionsentscheidung erkämpft und deshalb haben wir unsere Verhandlungen über den Einkauf verschnellert und sehr viel Geld im Interesse dessen mobilisiert, damit wir Energie einspeichern, in erster Linie Gas. Heute ist es die Situation, und deshalb kann ein jeder hinsichtlich der Versorgung ruhig sein, dass Ungarn in der Lage ist, wenn ab morgen Früh kein Tropfen, nicht einmal ein Molekül über die Gasleitungen käme, auch dann würde über viereinhalb bis fünf Monate die ungarische Wirtschaft so funktionieren wie jetzt, wir würden das nicht spüren, weil wir eingespeichert haben. Ich habe also das Gefühl, dass es gelungen ist, die erste Aufgabe zu lösen. Die zweite Aufgabe ist es, die Familien zu schützen, denn inzwischen sind die Preise zu Preisen von europäischem Niveau geworden; wir befinden uns auf einem einheitlichen Markt, deshalb steigen sie auch in Ungarn, doch verdienen die ungarischen Menschen nicht so viel, um dies erwirtschaften zu können, deshalb muss man sie schützen. Man muss die Familien schützen und man muss auch die Unternehmen schützen, damit die Menschen einen Arbeitsplatz haben, weil ansonsten die Unternehmen schließen, es keine Arbeitsplätze gibt. Nun, was den Schutz der Familien angeht, dort nutzen wir viele Instrumente. Es gibt den Schutz der Nebenkosten. Man kann es sich nur sehr schwer vorstellen, aber ich sage es immer: Im Durchschnitt erhält eine Familie 181 tausend Forint monatlich in Form der gesenkten Nebenkostenpreise. Wenn also die Regierung nicht diese Politik verfolgen würde, dann würden die Familien durchschnittlich monatlich um 181 tausend Forint mehr zahlen. Was gibt es im Westen?

Auch dort versucht man zu helfen, aber, sagen wir, wir geben 30 Prozent des Durchschnittseinkommens als Unterstützung, das beträgt bei den Deutschen vielleicht 20 und bei den Österreichern 6 Prozent. Wir stehen in Europa also weit an erster Stelle hinsichtlich des den Familien gebotenen Schutzsystems, hinsichtlich des finanziellen Schutzsystems. Dies hält das ungarische Budget vorerst aus. Für dieses Jahr kann ich es mit Sicherheit sagen, dass wir es auch erwirtschaftet haben und ich habe begründete Hoffnung, dass wir dieses System auch in dem kommenden, dem 2023-er Jahr werden aufrechterhalten können, doch dafür wird man noch sehr viel arbeiten müssen. Dann haben wir das Brennholzprogramm gestartet, das Braunkohleprogramm gestartet, den Treibstoffpreisstopp, den Lebensmittelpreisstopp und auch den Zinsstopp eingeführt. Das ist das System, mit dem wir die Familien schützen. Die Schwierigkeiten der Unternehmen vervielfachen sich jetzt, deshalb haben wir jetzt ein Programm für Klein- und mittlere Unternehmen der Summe von 200 Milliarden – das ist sehr viel Geld – gestartet, um ihnen helfen zu können. Auch große Fabriken, große Fabriken in ungarischem Besitz sind in Problemen. Wenn sie aus der internationalen Versorgungskette fallen, wird sofort jemand anderes an ihre Stelle treten, es ist also unser Interesse, die ungarischen Fabriken innerhalb des Systems der internationalen Arbeitsteilung zu behalten. Dazu benötigen wir Hilfe, deshalb wird es auch ein Programm zur Rettung von Fabriken geben, das gilt für größere Firmen und größere Arbeitgeber. Und wenn die Arbeitslosigkeit wegen der in der Welt der Unternehmen auftretenden Störungen ansteigen sollte – wir wissen nicht, ob dies so sein wird, doch ausschließen kann man dies überhaupt nicht –, dann muss man sofort einen Aktionsplan zum Schutz der Arbeitsplätze starten, woran die Arbeiten ebenfalls im Gang sind. Das ist es, was man in dieser Situation tun kann.

Wie kann man aus der Perspektive des Staatshaushaltes und auch für die Firmen planen, denn das eine Problem ist ja, dass die Energiepreise hoch sind, aber sie sind auch hektisch. Ich habe mir zum Beispiel in den vergangenen beiden Tagen den Gaspreis an der niederländischen Gasbörse angesehen, vorgestern betrug er 207 Euro, dann gestern nur noch 187, doch praktisch beschreibt der Preis so einen Zickzackkurs.

Wir versuchen mit den Lieferern Zahlungsmodalitäten zu vereinbaren – das ist die der MVM zugeteilte Aufgabe, das ist eine energetische Firma, die Ungarischen Elektrizitätswerke, sie kaufen den Großteil der nach Ungarn kommenden Energie –, wir haben sie angewiesen, flexible Zahlungsmodalitäten zu finden, die sich diesem sich rasch verändernden Preisniveau anpassen. Auf der Ebene des Budgets ist es jetzt beinahe unmöglich zu planen, deshalb sind wir lieber vorsichtig, wir zahlen auch im Oktober die Löhne, und was unbedingt gezahlt werden muss, doch das restliche Geld behalten wir ein. Bis zum Ende des Oktobers werde ich es vielleicht sehen, sieht es der Finanzminister, wie sich die Zahlen des Budgets gestalten, meiner Ansicht nach werden wir innerhalb des Maßes jenes Defizits bleiben, das wir uns vorgenommen hatten. Was eine schwierigere Sache ist, das ist das nächste Jahr, denn zum Abschluss dieses Jahres muss man drei Monate vorausschauen, aber für das nächste Jahr noch plus 12 Monate. Da ist die Situation schwierig. Wir sind auch darin verblieben, dass wir das Haushaltsgesetz jetzt auch so belassen, wie es ist, jenes für das Jahr 2023 lassen wir so, wie es ist, und Anfang Dezember setzen wir uns hin und hoffen, dass man dann schon klarer, deutlicher vorausblicken kann, und im Dezember werden wir die Modifikationen an dem Haushalt des nächsten Jahres vornehmen, die die Schwankungen der Energiepreise erfordern.

Wie reden viel darüber, dass wenn es negative weltwirtschaftliche Prozesse gibt und vor allem Inflationsauswirkungen, denen besonders die Rentner ausgesetzt sind. Worauf können sie seitens der Regierung hoffen?

In dieser unsicheren Lage gibt es einige Fixpunkte. Der eine ist die Lage der Rentner. Das ist auch politisch eine wichtige Sache, oder ich würde so formulieren: in moralischer Hinsicht. Denn 2010 hatten wir eine Vereinbarung mit den Rentnern getroffen. Wenn wir uns erinnern, es war vor zwölf Jahren, doch 2010 litten die Rentner darunter, dass der Wert der Renten kontinuierlich abnahm. Man hatte ihnen die dreizehnte Monatsrente genommen und den Wertverlust durch den Preisanstieg nicht kompensiert. Und 2010, als wir die Wahlen gewonnen hatten, haben wir die Vereinbarung mit den Rentnern getroffen, dass diese Regierung, diese bürgerliche nationale Regierung es den Rentnern garantiert, dass sie den Wert der Renten verteidigt. Da die Wirtschaft in den vergangenen zehn und einigen Jahren gute Leistungen erbracht hat und meiner Ansicht nach auch die Regierung eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik verfolgt hat, gelang es, so viel Geld zu erwirtschaften, um nicht nur den Wert der Renten zu schützen, sondern auch die dreizehnte Monatsrente zurückzugeben, wir konnten sie also auch erhöhen. Und ich werde dieses Versprechen von mir einhalten. Das ist eine Vereinbarung, ich betrachte sie als eine Sache der Ehre, die Rentner werden also die dreizehnte Monatsrente im kommenden Jahr auf die Weise erhalten, wie sie sie in diesem Jahr erhalten haben, und wir behalten die der Inflation folgende Rentenerhöhung bei, wie also die Inflation hochgeht, erhöhen wir dementsprechend die Renten. Wenn wir sehen, wie sich die Inflation gestaltet, werden wir bereits in der Mitte des Jahres erhöhen. Das ist auch jetzt im Juli geschehen, und wenn es nicht voraussehbar oder das Maß der Inflation geringer sein sollte, dann korrigieren wir immer im November die Renten. Ich füge noch hinzu, dass wenn die Inflation niedriger sein sollte, als wie wir es erwarten, dann nehmen wir von den Renten nichts zurück, doch wenn sie höher ist, dann geben wir dies immer den Rentnern. Ja, wir geben es im Übrigen nicht nur jenem Kreis, dem es laut Gesetz zusteht, sondern geben es einem breiteren Kreis, auch jenen Menschen, die eine rentenartige Versorgung erhalten. Dies bedeutet noch 400 tausend Menschen über die mehr als 2 Millionen Rentner, die ohne eine gesetzliche Verpflichtung jenes Geld erhalten, das wir bei solchen Anlässen den Rentnern geben. Es wird also eine der Inflation folgende Erhöhung geben und wir haben auch eine solche Regel – frei nach dem wie es im Lied heißt: „wir weinen gemeinsam, wir lachen gemeinsam“ –, dass wenn das Wachstum auf nationalwirtschaftlicher Ebene die 3,5 Prozent überschreitet, dann geben wir den Rentnern auch noch danach eine Summe. Meiner Ansicht nach wird dies heuer, obwohl es hierüber Diskussionen gibt, aber dieses Jahr wird dies eintreten. Nach der Ansicht der Nationalbank werden wir ein Wachstum von 4 Prozent haben, dementsprechend werden die Rentner über die Inflationsergänzung hinaus auch noch eine Rentenprämie erhalten, und auch die rentenartige Versorgung erhaltenden plus 400 tausend Menschen bekommen die Rentenprämie. Das ist der Plan jetzt, diese Beschlüsse haben wir bereits gefasst.

Wenn Sie schon „wir weinen gemeinsam, wir lachen gemeinsam“ erwähnt haben, da ergibt sich die Frage, ob die Regierung auf die ungarische Linke rechnen kann in der Auseinandersetzung im Zusammenhang mit den Sanktionen oder bei den heimischen Anstrengungen? Ich frage dies, da ja unlängst sich eine Angelegenheit in der Wahlkampffinanzierung herausgestellt hat, die sie selbst zugegeben haben, dass sie in Milliardenhöhe Unterstützung aus Amerika erhalten haben. Hat dies Ihrer Ansicht nach irgendeine Wirkung darauf, wie sie sich zu diesen Fragen stellen?

Das bereitet Schwierigkeiten. Meiner Ansicht nach können dies auch Zuhörer und Menschen, die sich nicht mit der Politik beschäftigen, leicht einsehen. Es ist also schwierig, mit Menschen zusammenzuarbeiten, über die man weiß, dass sie nicht Herr ihres eigenen Willens sind, sondern aus der Partitur von jemand anderem spielen. Also auf die Weise mit jemandem zu kooperieren, dass Du weißt, man hat Deinen Partner oder Deinen Verhandlungspartner gekauft und es gibt dort im Hintergrund jemanden, und Du müsstest gar nicht mit ihm Gespräche führen, sondern mit dem Menschen im Hintergrund, denn er

wird sowieso entscheiden, was sein wird, also so kann man nur sehr schwer mit jemandem kooperieren. Das ist auch im Privatleben schwer, ist auch im Geschäftsleben schwer und auch im politischen Leben. Deshalb wäre es ein Fehler, wenn die Regierung und das Land ihre Politik auf die Kooperation mit der Opposition aufbauen würden, denn sie sind ganz einfach nicht die Herren ihrer selbst, sie werden von Amerika aus finanziert: Wer zahlt, der bestellt das Lied. Damit müssen wir zusammenleben, jetzt haben wir so eine Opposition.

Sprechen wir am Ende des Interviews über noch ein Thema, das in den vergangenen Wochen ein großes Echo ausgelöst hat. Das ist die so genannte Herzttonverordnung des Innenministers. Dies bedeutet auch, dass sich die gesetzliche Regelung der Abtreibung in Ungarn strenger wird? Denn hier geht es ja darum, dass eine einen Schwangerschaftsabbruch planende Mutter vor der Abtreibung sich den Herztton des eigenen Kindes anhören muss.

In Ungarn regelt das Gesetz die Abtreibung. Dieses Gesetz hat das ungarische Parlament vor ziemlich langer Zeit formuliert. Meiner Ansicht nach hat dies die im Zusammenhang mit der Abtreibung immer heftigen Diskussionen an einen Ruhepunkt ankommen lassen. Es gibt kein vollkommenes Abtreibungsgesetz, doch ist das eine Regel, mit der die ungarische Gesellschaft zusammenleben kann, deshalb wäre es ein Fehler, dieses Gesetz zu verändern. Ich lehne also strikt jedwede Modifizierung des Abtreibungsgesetzes ab, ich argumentiere für die Beibehaltung des gegenwärtigen Systems. Hinzu kommt noch, dass dies nicht die Angelegenheit ist, mit der wir uns jetzt beschäftigen müssen, denn es gibt Sanktionen, es gibt Krieg, die Energiepreise sind im Himmel, da haben wir diese Dollarlinke im Rücken, unter solchen Umständen muss man sich also nicht mit dieser Frage beschäftigen. Aber selbst wenn wir uns mit ihr beschäftigen würden, käme dann die Regierung zu dem Standpunkt, dass sie keine Modifizierung des Abtreibungsgesetzes plant, ich halte das auch nicht für vorstellbar.

Über die Brüsseler Sanktionen, deren Auswirkungen und auch über die über diese initiierte Nationale Konsultation befragte ich in der vergangenen halben Stunde Ministerpräsident Viktor Orbán.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ukraine (Seiten E 124 – E 128)

01) Musk verbietet Starlink – Nutzung für „russische“ Krim

15. 10. 2022



Kein Starlink für die Krim, Musk befürchtet Atomkrieg

Nach Aussagen eines politischen Analysten, soll der US-Tech-Milliardär Elon Musk die Bitte der Ukraine, Starlink auch auf der Krim nutzen zu können, abgelehnt haben.

Als Grund soll Musk die Befürchtung geäußert haben, dass der Konflikt zu einem Atomkrieg eskalieren könne.

Angst vor Atomkrieg als Grund?

Elon Musk soll eine ukrainische Anfrage abgelehnt haben, seinen Satelliten-Internetdienst auf die Krim auszuweiten. Der SpaceX-Chef befürchte, dass ein Versuch, die Halbinsel von den russischen Streitkräften zurückzuerobern, zu einem Atomkrieg führen könne, wie ein Business Insider am 11. Oktober berichtete.

Ganz simpel betrachtet scheint Herr Musk wohl Herrn Selenskiy nicht im Geringsten zu vertrauen, sowohl geht dann seine US-Regierungstreue derzeit doch nicht.

Nach der militärischen Eskalation in der Ukraine im Februar hatte Musk in Kooperation mit der US-Regierung Kiew Tausende von Starlink-Systemen zur Verfügung gestellt. Mittels dieser Technologie konnten ukrainische Streitkräften auch in Gebieten per Satellit über das Internet kommunizieren, in denen das vorher nicht möglich war.

Zusätzlich konnten die Bodenstationen des Satelliten-Dienstes dank des vergleichsweise geringen Energiebedarfs [mit Aufklärungsdrohnen verbunden werden](#), wie verschiedene Medien berichtet hatten. Dies ermöglichte den ukrainischen Truppen, wichtige Informationen über russische Truppenbewegungen in Echtzeit zu gewinnen.

Probleme mit Starlink aufgetaucht

Doch in letzter Zeit mehrten sich Berichte, dass es auch Probleme mit dem System gibt. So berichtete [unter anderem ntv](#) vergangene Woche, dass Starlink „an den Frontlinien oft ausfalle“. Es wurde darüber spekuliert, ob Starlink die Systeme womöglich selbst abschalte, um die Nutzung auch durch russische Truppen verhindern zu können.



Christopher Miller · 7. Okt. 2022



@ChristopherJM · Folgen

NEW: Ukraine troops reported outages of Starlink devices on frontline, hindering efforts to liberate territory from Russian forces, Ukrainian officials & soldiers told us.

My first @FT byline, with star squad @MehulAtLarge, @felschwartz, Roman Olearchyk.



ft.com

Ukrainian forces report Starlink outages during push against Rus...
Some of Elon Musk's SpaceX devices stopped working when
Ukrainian soldiers liberated territory, Kyiv officials say

Musk hatte auf Twitter erklärt, dass er sich nicht zu Details „auf dem Schlachtfeld“ äußern werde, da diese Fragen „Geheimsache“ seien.



Elon Musk 
@elonmusk · Folgen

Bad reporting by FT. This article falsely claims that Starlink terminals & service were paid for, when only a small percentage have been.

This operation has cost SpaceX \$80M & will exceed \$100M by end of year.

As for what's happening on the battlefield, that's classified.

5:14 nachm. · 7. Okt. 2022



37.243



Antworten



Link kopier.

[2.629 Antworten lesen](#)

In einem Gespräch Ende September mit dem politischen Analysten Ian Bremmer der Eurasia Group soll Musk jedoch bestätigt haben, dass der Satellitendienst teils absichtlich abgeschaltet werde, berichtete ein Business Insider.

Musk soll in dem Gespräch mit Bremmer auch erklärt haben, er sei vom ukrainischen Verteidigungsministerium gebeten worden, Starlink auch über der Krim zu aktivieren. Laut Bremmer habe Musk dies aber „angesichts des Eskalationspotenzials“ abgelehnt.

Wie ein Business Insider weiter berichtet, behauptete Bremmer auch, dass Musk kürzlich mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gesprochen hätte. Der russische Präsident habe dabei seine Bereitschaft für Verhandlungen geäußert. In dem Gespräch soll Putin auch mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht haben, falls die Ukraine versuchen sollte, die Halbinsel Krim zurückzuerobern, behauptete Bremmer weiter.



Sven Henrich · 11. Okt. 2022

@NorthmanTrader · Folgen

Hi @elonmusk Is this true?



vice.com

Elon Musk Spoke to Putin Before Tweeting Ukraine Peace Plan: R...
The world's richest man spoke directly with Vladimir Putin, Eurasia Group's Ian Bremmer reported. Musk denied the report in a tweet.



Elon Musk

@elonmusk · Folgen

No, it is not. I have spoken to Putin only once and that was about 18 months ago. The subject matter was space.

4:58 nachm. · 11. Okt. 2022



119.558



Antworten



Link kopier.

6.192 Antworten lesen

Musk dementierte auf Twitter jedoch, in letzter Zeit ein Gespräch mit dem russischen Präsidenten geführt zu haben. Musk schrieb vielmehr, er habe „nur einmal mit Putin gesprochen, und das war vor etwa 18 Monaten“. Das Thema dabei sei „der Weltraum“ gewesen.

Über die vom Business Insider gestreuten Gerüchte schrieb Musk auf Twitter:



„Niemand sollte Bremmer trauen.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) BR Ofner: „Nicht nur russische Kriegsverbrechen aufklären“

„Natürlich sind die jüngsten Kriegsverbrechen in der Ukraine lückenlos aufzuklären und die Täter einem Gericht zuzuführen. Diese Meinung ist wohl unumstritten und auch der tschechische Außenminister **Jan Lipavský** hat sich in der ‚Frankfurter Allgemeinen Zeitung‘ (FAZ) dazu geäußert, indem er dafür plädierte, die russischen Kriegsverbrechen vor einem internationalen Strafgerichtshof anzuklagen, um die ‚nachhaltig verwundeten Gerechtigkeitsgefühle langfristig zu heilen‘. So spricht er davon, dass eine *späte Justiz, besser als gar keine sei*“, berichtete der **freiheitliche Vertriebenensprecher und Bundesrat Josef Ofner**.

„Deshalb möchte ich Herrn Lipavský auch gerne daran erinnern, welches Leid der deutschen Volksgruppe 1945 und danach in der damaligen Tschechoslowakei (ČSR) widerfahren ist. Die Sudetendeutschen waren **keine Minderheit**, sondern eine **große und solide Volksgruppe**, die in der nach 1918 geschaffenen Tschechoslowakei in vielen Teilen des Landes (Anm.: z.B. Egerland, Böhmerwald, Südmähren, Schönhengstgau usw.) die Mehrheit stellte. Die sogenannten Beneš-Dekrete hatten nun zur Folge, dass diese Altösterreicher ab 1945 erschlagen, vergewaltigt, enteignet und vertrieben wurden, und dass weder die Tat an sich noch die Täter verurteilt wurden. Im Gegenteil, die Verbrecher wurden als Staatshelden gefeiert“, so Ofner.

Diese Verbrechen seien **bis heute ungesühnt** und in vielen Köpfen in Vergessenheit geraten. „Deshalb fordere ich gerne den tschechischen Außenminister Lipavský auf, sich auch an die Verbrechen seiner Landsleute zu erinnern und diese vor ein ordentliches Gericht zu stellen, denn das Kehren vor der eigenen Stube schafft noch immer das sauberste Haus. In diesem Zusammenhang darf er sich auch gerne an seinen ehemaligen Staatspräsidenten **Václav Havel** halten, der öffentlich sein Bedauern über das Leid, das den Sudetendeutschen bei der Vertreibung 1945 angetan worden war, äußerte“, forderte Ofner.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 121, 2022

Wien, am 05. Oktober 2022

Keine Berichte

Keine Berichte

Frankreich (Seiten E 131 - Seiten E 133)

01) Frankreich empört über „astronomische“ Preise für US-Flüssiggas

14. 10. 2022



"üble Stimmung" in Frankreich Dank astronomischer Gaspreise aus USA

Der französische Finanzminister Le Maire beklagte sich darüber, dass die Vereinigten Staaten ihr Flüssiggas **zum Vierfachen** dessen an die EU verkaufen, als sie im eigenen Land dafür verlangen.

Eine Einigung über eine Preisgrenze für Erdgas konnte in der EU bisher kaum verwunderlich, nicht erreicht werden.

Warnung vor US-Dominanz des Energiemarktes

Der französische Finanzminister Bruno Le Maire warnte davor, dass die Vereinigten Staaten den globalen Energiemarkt dominieren, während die Europäische Union unter den Folgen des Konflikts in der Ukraine leidet.

„Der Konflikt in der Ukraine darf nicht in einer wirtschaftlichen Dominanz der USA und einer Schwächung der EU münden“, sagte er am 10. Oktober vor der französischen Nationalversammlung. Dabei versucht er seine Empörung in die offiziell vorgegebenen EU-Floskeln zu verpacken.

Le Maire empörte sich, dass es inakzeptabel sei, wenn Washington „sein verflüssigtes Erdgas zum vierfachen Preis an die EU verkauft, den es für seine heimischen Industrien festlegt“ und fügte hinzu, dass „die wirtschaftliche Schwächung Europas in Niemandes Interesse ist“.

„Wir müssen in der Energiefrage zu ausgewogeneren Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren amerikanischen Partnern und dem europäischen Kontinent finden“, betonte Le Maire.

Die Warnung des französischen Finanzministers bezog sich dabei auf die Art und Weise, wie die Energiekrise die Wettbewerbsfähigkeit der großen Industrienationen der Welt verändert.

US-Wucherpreise als „Retourkutsche“ für Russland-Sanktionen

Vor dem Konflikt in der Ukraine war Russland der größte Gaslieferant der EU und für etwa 45 Prozent der Gasimporte der Union verantwortlich. Aufgrund der, in den vergangenen Monaten gegen Moskau verhängten Sanktionen, sind die russischen Gaslieferungen in die EU jedoch deutlich zurückgegangen. Nun kommt auch noch der Totalausfall durch die, für die USA sehr „vorteilhafte“ Sprengung der Nord-Stream Pipelines, dazu.

Angesichts einer drohenden Energiekrise, haben sich nun die EU-Länder beeilt, ihre Gasspeicheranlagen zu füllen, das Niveau der Reserven lag laut dem Verband Gas Infrastructure Europe am 10. Oktober bei fast 91 Prozent.

Die Speicherstandorte werden größtenteils mit verflüssigtem Erdgas (LNG) gefüllt und befinden sich laut Daten von Bloomberg derzeit auf dem höchsten saisonalen Niveau seit mindestens 2016. Importe von Flüssiggas aus Übersee kostet jedoch viel mehr als Gas, das im Rahmen langfristiger Verträge über Pipelines geliefert wird, wodurch die Kosten für Energie innerhalb der EU weiter steigen werden.

Ansätze für Preisdeckelung der EU erfolglos

Zwar hat die EU Überlegungen angestellt, die Erdgaspreise für alle Lieferanten zu deckeln, aber einige Mitgliedsländer lehnen dies ab.

Norwegen, ein Nicht-EU-Staat, aber Partner im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und einer der wichtigsten Gaslieferanten der EU, warnte kürzlich, dass ein Schritt in diese Richtung die Situation verschlimmern würde und Exporteure zwingen könnte, ihre Gasmengen auf andere Märkte umzuleiten.

Beim Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs in der vergangenen Woche in Prag, sprach Bundeskanzler Olaf Scholz davon, eine Allianz der EU mit Japan und Südkorea zu schmieden, um einen Konkurrenzkampf mit Herstellern alternativer Energieressourcen zu vermeiden und Gespräche mit den Vereinigten Staaten, Kanada und Norwegen aufzunehmen, um die Preise bei Neuverträgen zu senken.

Zu Bedenken ist dabei lediglich, dass Deutschland und sein Kanzler Scholz wohl dabei schlechte Karten haben werden, ist die Situation dank der Sanktionen wohl völlig verfahren und damit auch jegliches „Druckmittel“ inexistent geworden. Man ist also auf den „guten Willen“ anderer großer Industrienationen angewiesen, die wohl kaum auf ihren „Profit“ zu Gunsten Deutschlands und der EU verzichten werden.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Streiks in französischen Ölraffinerien weiten sich aus – Engpässe an Tankstellen

10. 10. 2022



Empörung: Acht Milliarden Dividende an Aktionäre aufgrund von Kriegsgewinnen

Die Mitarbeiter von „TotalEnergies“ fordern eine sofortige Gehaltserhöhung von 10 Prozent und sind empört darüber: Dass nämlich das Unternehmen aufgrund der gestiegenen Energiepreise Dividenden in Höhe von mehr als acht Milliarden Euro an die Aktionäre ausschütten konnte.

Raffinerien von „Total„und „Exxon“ betroffen

Seit drei Wochen werden nun drei französische „Total“-Raffinerien bestreikt, und ein Kraftstoffdepot wurden vor zwei Wochen langsam eingestellt. Ursprünglich hätte die Arbeitsniederlegung nur drei Tage dauern sollen, aber „TotalEnergies“ möchte erst Mitte November wegen Lohnerhöhung von 3,5 Prozent beginnen. Am Sonntag wurde dann allerdings den Beschäftigten eine Verhandlung noch im Oktober versprochen, wenn sie den Streik einstellen würden. Ähnlich verhält es sich bei „ExxonMobil“, wo nach Angaben der Gewerkschaft rund 70 Prozent der Beschäftigten streiken.

60 Prozent weniger Kraftstoff produziert

Laut Reuters ist die von französischen Ölraffinerien produzierte Kraftstoffmenge um mehr als 60 Prozent gesunken. Es gibt Orte, an denen man zwei Stunden warten muss, um aufzutanken, vor allem rund um Paris und im Norden des Landes. An einer Tankstelle kochten die Gemüter so hoch, dass ein Autofahrer mehrmals auf einen anderen einstach und sagte, er sei vor der Warteschlange gewesen. ([guardian](#), [reuters](#), [vadhajtasok](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Dänemark (Seiten E 134 - E 135)

01) Bornholm ohne Strom – ist Unterseekabel schuld?

12. 10. 2022



Blackout auf Bornholm als europäischer Probelauf?

Auf der dänischen Ostseeinsel Bornholm ist es am 10. Oktober zu einem mysteriösen Stromausfall gekommen. Auslöser soll angeblich ein Stromkabel aus Schweden gewesen sein, das offenbar unterbrochen wurde. Die Hintergründe des Vorfalls sind noch nicht genau geklärt.

Mysteriöse Unterbrechung eines Unterseekabels

Auf der dänischen Ostseeinsel Bornholm kam es am 10. Oktober zu einem totalen Stromausfall. Die Behörden erklärten, dass angeblich ein Unterwasserkabel aus Schweden keinen Strom durchleiten würde. Der Grund dafür, so die Behörden, sei noch nicht bekannt.

Das Unternehmen Trefor, das die Insel mit Strom versorgt, erklärte, die Insel sei „leider im Moment von Betriebsstörungen betroffen“. Nachstehendes schrieb der Versorger auf seiner Webseite.

„Über die Ursache können wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht spekulieren. Und wir sind dabei zu klären, was für den Stromausfall verantwortlich ist.“

Der Stromausfall ereignete sich kurz vor acht Uhr morgens erklärte Trefor und fügte hinzu, dass ein Drittel der Bevölkerung um 9:35 Uhr wieder Strom hatte und die gesamte Insel voraussichtlich bis zum Mittag wieder mit Strom versorgt sein würde.

Energinet, ein öffentliches Unternehmen, dem das Unterwasserkabel gehört, erklärte, ein Fehler im Hochspannungsnetz habe dazu geführt, dass die Stromverbraucher auf Bornholm keinen Strom mehr hätten, und man arbeite „mit Hochdruck daran, das Problem zu lokalisieren“.

Bornholm ist eine 588 Quadratkilometer große Felseninsel südlich von Schweden, auf der fast 40.000 Menschen leben. Der Ausfall erfolgte nun, nachdem im vergangenen Monat zwei der von Russland gebauten Erdgasleitungen in der Ostsee durch Explosionen beschädigt wurden. Zwei Lecks wurden vor Schweden und zwei vor Dänemark gemeldet. Alle befanden sich in internationalen Gewässern.

Es darf daher gemutmaßt werden, was hier noch alles zu „Gunsten“ der USA und deren angestrebtem Energie-Monopol in Europa, „verursacht“ wurde

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Schweden (Seiten E 136 - E 138)

02) Schweden: Rechts-liberale Minderheits-Regierung steht: Rechte Schwedendemokraten erhalten Duldungsrecht

15. 10. 2022



Ulf Kristersson, der Führer der konservativen Moderaten Partei, gab am Freitag folgende Einigung bekannt: Zusammen mit den Christdemokraten und Liberalen wurde eine Minderheitsregierung gebildet.

Mitspracherecht der rechten „Schwedendemokraten“

Die einwanderungsfeindlichen, nationalistischen Schwedendemokraten werden die Arbeit des Kabinetts von außen unterstützen und im Gegenzug ein Mitspracherecht bei Regierungsentscheidungen haben.

Kristersson sagte, er werde dem Sprecher des Repräsentantenhauses, Andreas Norlén, am Morgen besuchen folgendes mitteilen: Die Parteien wären für die Parlamentsabstimmung am Montag bereit, eine Regierung zu bilden. Somit könnte das Parlament frühestens am Montag über das Kabinett abstimmen.

Parlamentswahlen am 11. September

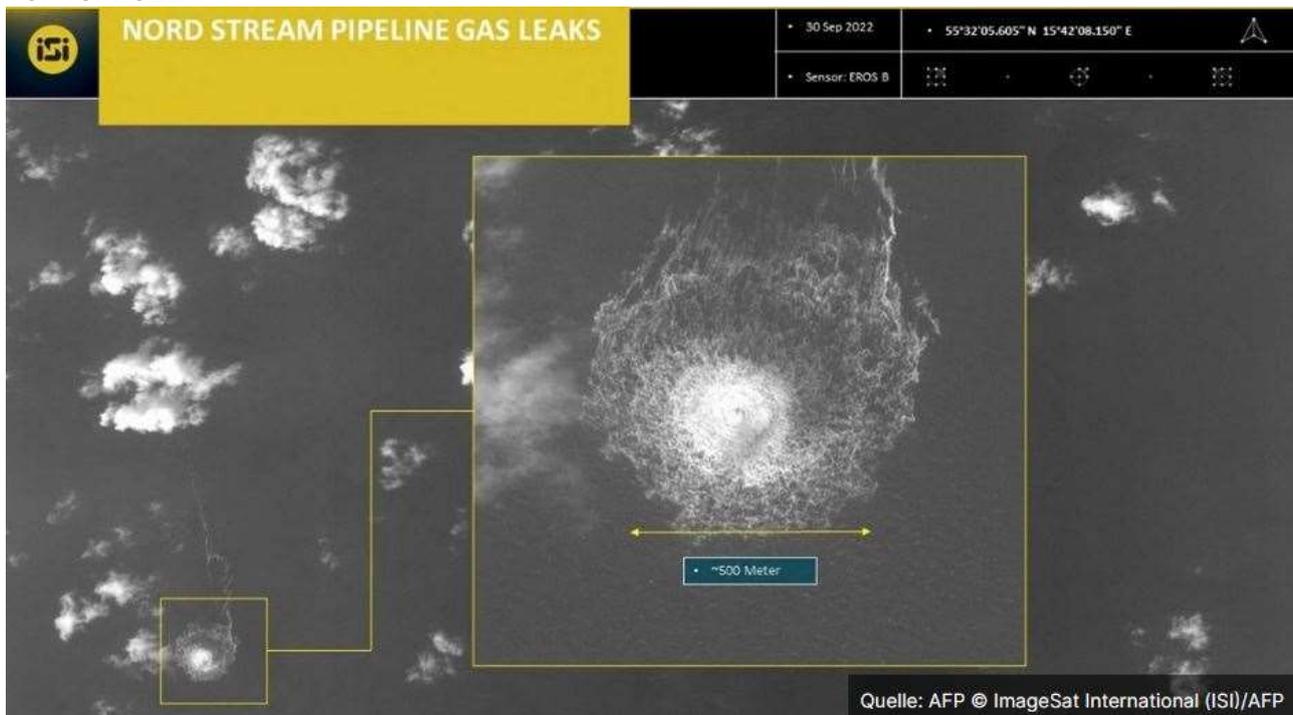
Vor einem Monat erreichte der rechte Block der Moderaten Partei, der radikalen Schwedendemokraten, der Christdemokraten und der Liberalen zusammen 176 Sitze im 349-köpfigen Parlament, knapp vor den Mitte-Links-Parteien mit 173 Sitzen. Somit gilt Kristersson die Unterstützung der parlamentarischen Mehrheit zur Regierungsbildung als sicher.

Der konservative Politiker machte deutlich, dass zwar eine Drei-Parteien-Koalition regieren würde, welche aber „eng“ mit den Schwedendemokraten zusammenarbeiten würde. Jimmie Akesson, Vorsitzender der rechten Partei sprach von einem Paradigmenwechsel in der Einwanderungs- und Asylpolitik.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Schweden verweigert Ergebnisweitergabe zu Nord-Stream Explosionen an Russland

13. 10. 2022



Satellitenaufnahme der Nord-Stream "Sprengungen"

Schweden wird die Ergebnisse der Ermittlungen zu den Explosionen der Nord Stream-Gaspipelines nicht mit den russischen Behörden oder Gazprom teilen.

Das erklärte die sozialdemokratische schwedische Ministerpräsidentin Magdalena Andersson.

Leck in Schwedischer „Seezone“ auf Satellitenbild erkennbar

Ein von ImageSat International (ISI) am 30. September 2022 veröffentlichtes Handout-Bild zeigt ein Foto aus einem Geheimdienstbericht. Dieses belegt den Gasaustritt aus einem Leck an der Nord Stream 1-Gaspipeline in der schwedischen Wirtschaftszone der Ostsee.

Im Verlaufe des 26. September 2022 kam es zu mindestens zwei Explosionen an den Nord Stream-Pipelines. Die Ergebnisse einer Untersuchung dazu will Schweden aber nicht mit Russland oder der Gazprom teilen, wie die schwedische Ministerpräsidentin Magdalena Andersson bestätigte.

Was soll Russland nicht zu sehen bekommen?

Schwedischen Angaben zu Folge habe eine Tatortuntersuchung der Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 von Russland nach Europa Beweise für Explosionen erbracht, die Staatsanwaltschaft vermutet wenig erstaunlich Sabotage.

Letzte Woche hatte der russische Ministerpräsident Michail Mischustin in einem Schreiben an die schwedische Regierung gefordert, dass die russischen Behörden und Gazprom an den Ermittlungen beteiligt werden. Dies lehnte Schweden allerdings dezidiert ab.

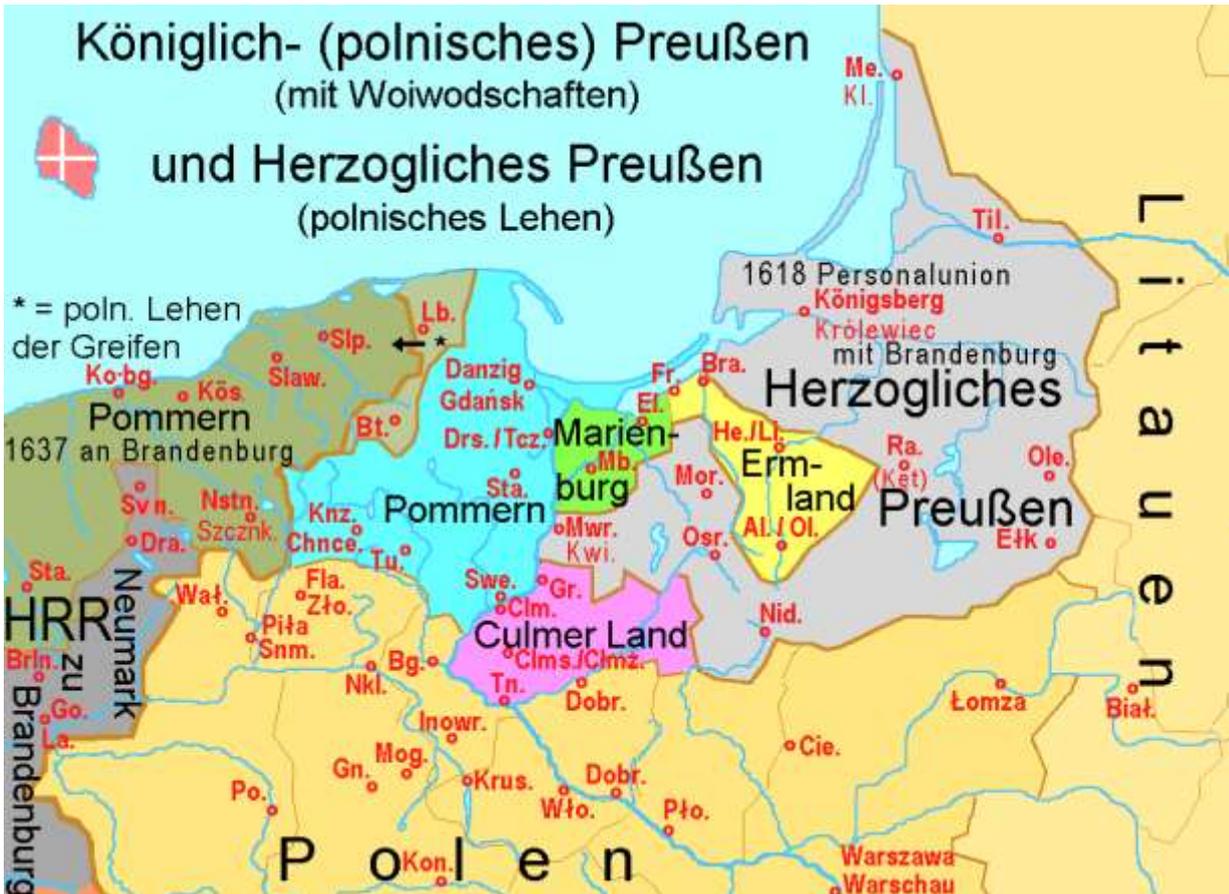
Am Montag erklärte Andersson, Schweden werde die Ermittlungsergebnisse zu den Explosionen in der schwedischen Wirtschaftszone nicht mit den russischen Behörden teilen.

Sie begründete dies so, „in Schweden sind unsere Voruntersuchungen vertraulich, und das gilt natürlich auch in diesem Fall.“

Andersson erklärte aber gleichzeitig, dass Schweden nicht verhindern könne, dass russische Schiffe die Orte der Explosionen anlaufen, nachdem die Tatortuntersuchungen abgeschlossen seien.

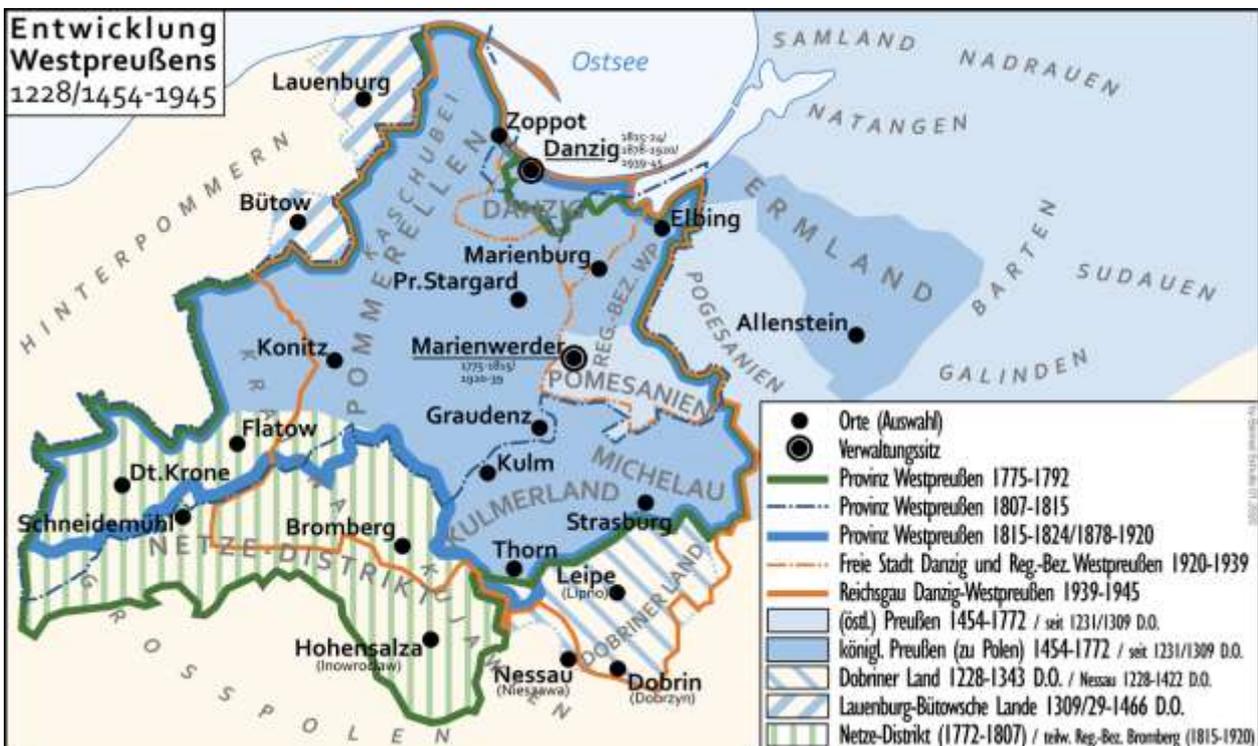
Ein Schelm der Böses denkt, die Frage der „Ausgrenzung“ Russlands aus den Ermittlungen führt allerdings zwangsläufig zu dem Schluss, wem das wohl nützen könnte.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbige: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr: <https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>

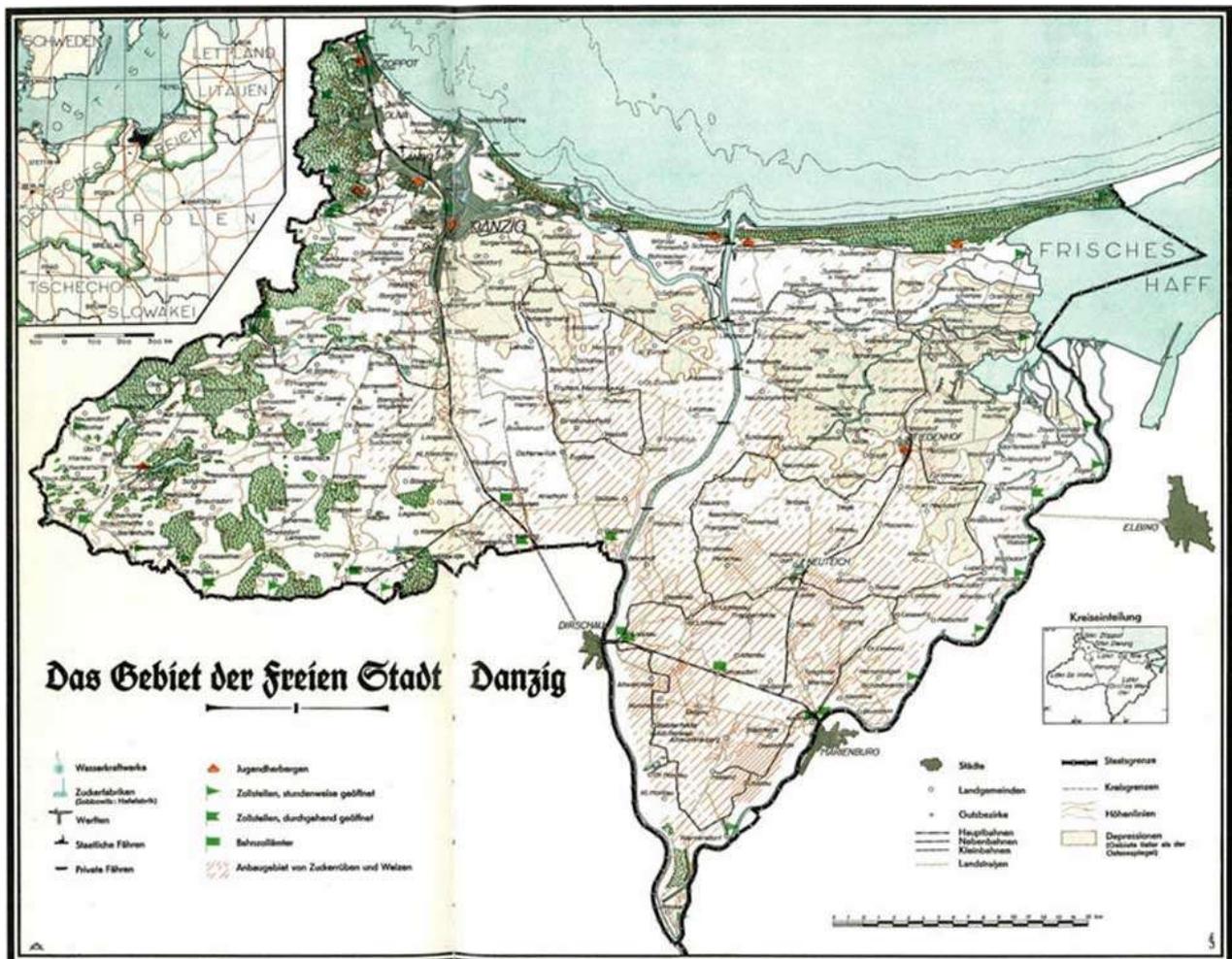


Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945



Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz. Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!



**Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 826 vom 20.10.2022:
17.10.2022, 12:00 Uhr (vereinzelt auch später)**

**Der nächste Rundbrief Nr. 827 erscheint) voraussichtlich, am
03.11.2022.**

Redaktionsschluss für AWR-826: Dienstag, 31.10.2022, 12:00 Uhr